

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 20



Wege aus der
Katastrophe

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 20

Wege aus der Katastrophe

Debatten über ein Nachkriegsdeutschland und nationale
Wege zum Sozialismus im europäischen Vergleich

Herausgegeben von Klaus Kinner

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2006

ISBN 3-89819-229-6

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2006
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9 60 85 31 · Fax (0341) 2 12 58 77
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung: Hans Rossmanit

Redaktion: Lutz Höll · Klaus Kinner

Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Vorwort | 5 |
| <i>Günter Benser</i> : Der besondere deutsche Weg zum Sozialismus in der politischen und ideologischen Arbeit der KPD zwischen Dezemberkonferenz und Vereinigungsparteitag | 7 |
| <i>Jürgen Hofmann</i> : Anton Ackermann über den »besonderen deutschen Weg« | 23 |
| <i>Stefan Doernberg</i> : Ein embryonaler deutscher Weg zum Sozialismus | 35 |
| <i>Simone Barck</i> : Deutschland – Sein oder Nicht-Sein: Paul Merkers historische Analyse und sein Nachkriegskonzept .. | 42 |
| <i>Gerd Dietrich</i> : Kulturelle Konzepte antifaschistischer Demokratie (1945/46) (Anton Ackermann, Johannes R. Becher, Fritz Selbmann, Richard Weimann) | 58 |
| <i>Günter Agde</i> : Ein anderes deutsches Kino: Exilkonzepte und Nachkriegspraxis | 66 |
| <i>Karl-Heinz Gräfe</i> : Polens eigener Weg zum Sozialismus – Chance oder Utopie? | 77 |
| <i>Ernstgert Kalbe</i> : Konzepte nationaler Wege zum Sozialismus im internationalen Vergleich. Zur Diskussion um nationale Wege zum Sozialismus in Osteuropa | 102 |

| | |
|---|-----|
| <i>Harald Neubert: Nationale Wege zum Sozialismus am Ende des Zweiten Weltkriegs: Das italienische Beispiel</i> | 124 |
| Autorenverzeichnis | 147 |

Vorwort

Die nachstehenden Texte sind Ergebnis zweier Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS im Jahr 2005. Beide Konferenzen waren dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus gewidmet.

Konzentrierte sich die erste Konferenz, das IV. Ständige Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung im Juni 2005 auf die Debatten über ein Nachkriegsdeutschland, fokussierte die zweite Konferenz sich im Dezember 2005 auf die Analyse der Konzeptionen zu einem nationalen Weg zum Sozialismus.

Beide Konferenzen vermögen in ihren Ergebnissen Aussagen über die Vielfalt linken Denkens am Ende des zweiten Weltkrieges zu vermitteln, die für gegenwärtige Entwicklungen nicht unberücksichtigt bleiben sollten.

Der Herausgeber

GÜNTER BENSER

Der besondere deutsche Weg zum Sozialismus in der politischen und ideologischen Arbeit der KPD zwischen Dezemberkonferenz und Vereinigungsparteitag

An den Konzepten besonderer Wege zum Sozialismus interessiert uns vornehmlich ihr Platz im Prozess der Theorieentwicklung und im Werdegang politisch-konzeptioneller Orientierungen marxistisch-leninistischer Parteien. Ihre Schicksale wollen beachtet sein, wenn heute über Perspektiven sozialistischer Bewegungen und über Alternativen zum gegenwärtigen Kapitalismus nachgedacht wird. Es ist aber auch lohnend, der Frage nachzugehen, wie eigentlich kommunistische Parteien zeitgenössisch in ihrer politischen Praxis und in ihrer propagandistischen Tätigkeit mit diesen Konzepten umgegangen sind und wie diese zu ihrer Entstehungszeit real gewirkt haben.

Was die KPD betrifft, so bietet es sich an, zu prüfen, welche Rolle das Konzept eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus im Sekretariat des Zentralkomitees, auf der am 2. und 3. März 1946 tagenden Reichskonferenz der KPD und auf dem am 19. und 20. April abgehaltenen 15. Parteitag der KPD beziehungsweise im Vorfeld dieser zentralen Ereignisse gespielt hat.

In den Protokollen des Sekretariats des ZK der KPD, als der engeren – aus Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem und Anton Ackermann bestehenden – Parteiführung findet sich kein Hinweis darauf, dass in diesem Gremium eine gründliche Beratung dieses Konzeptes beziehungsweise eines Manuskriptes von Anton Ackermann stattgefunden hat. Lediglich finden wir vermerkt, dass am 14. Januar 1946 unter Punkt 2 c in Vorbereitung der nächsten gemeinsamen Sitzung des Arbeitsausschusses KPD/SPD über den Inhalt der beiden ersten Nummern der gemeinsamen Zeitschrift »Einheit« gesprochen worden

ist¹, also jenes theoretischen Organs, in der Ackermanns Aufsatz zuerst veröffentlicht wurde. Stellen wir in Rechnung, dass die Tagesordnung dieser Sitzung 15 Beratungsthemen umfasste, dass – nach den getroffenen Festlegungen zu urteilen – unter Punkt 2 vor allem die Komplikationen des Vereinigungsprozesses in Berlin zur Sprache kamen, so muss man eigentlich ausschließen, dass hier intensiv über Ackermanns Konzept diskutiert worden sein könnte. Eher ist anzunehmen, dass die Sekretariatsmitglieder die Entwürfe ihrer Beiträge für die »Einheit« ausgetauscht und im Umlaufverfahren Meinungen eingeholt haben.

In der Sitzung vom 27. Januar 1946 stand unter anderem die Vorbereitung der Reise Walter Ulbrichts nach Moskau zur Beratung. Auch aus diesem Protokoll geht nicht hervor, dass explizit von der Wegeproblematik die Rede gewesen sei. Festlegungen wurden zum Verfahren der Vereinigung getroffen, dem vorgelegten Wirtschaftsprogramm wurde zugestimmt. Zu Fragen der Programmatik enthält das Protokoll nur die Aussage: »Der vorgelegte Entwurf eines Programms für die Sozialistische Arbeiterpartei soll in die Form einer Erklärung der Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Arbeiterpartei umgearbeitet werden.«² Das könnte die Vermutung nahe legen, dass es der KPD erst nach Absprachen Walter Ulbrichts mit Stalin gestattet gewesen sei, in Vorbereitung der SED-Gründung einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus zu thematisieren. Da ist Zweifel angebracht.

Denn während Ulbricht in Moskau weilte, fand am 1. Februar 1946 in Berlin die periodisch durchgeführte Anleitung der Schulungsleiter der KPD statt. Das Thema lautete »Der Weg zum Sozialismus«. Es sollte der Diskussion um das von der Dezemberkonferenz von KPD

1 Siehe Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Bd. 1. München / New Providence / London / Paris 1993. S. 148.

2 Ebenda. S. 159.

und SPD⁵ anvisierte sogenannte Maximalprogramm⁴ der Einheitspartei dienen. Wörtlich heißt es in den Materialien dieser von Wolfgang Leonhard durchgeführten Anleitung »In Kürze wird ein Artikel von Anton Ackermann über diese Frage erscheinen.«⁵ Dass Anton Ackermann eine Positionsbestimmung hinsichtlich des Weges zum Sozialismus formulieren sollte, war also von der Führung der KPD nicht von den Ergebnissen der Moskaureise Ulbrichts abhängig gemacht worden. Für Ackermanns Argumentation dürften indes die Äußerungen Stalins von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen sein.

Anfang 1946, also noch vor Ulbrichts Moskaureise, stand die KPD mit ihren strategischen Erwägungen und den Vorstellungen über neue Wege zum Sozialismus jedoch nicht am Punkte Null.

Erstens waren bereits mit der Auflösung der Komintern und mit Positionierungen ihrer Nachfolgeinstitutionen grundsätzliche Entscheidungen für die stärkere Beachtung nationaler Gegebenheiten, für die Schaffung Nationaler Fronten und für die Einbettung der Strategien kommunistischer Parteien in den Konsens der Antihitlerkoalition gefallen⁶;

3 Diese Konferenz fand am 20. und 21. Dezember 1945 mit etwa je 30 Vertretern von KPD und SPD statt, weshalb sie als »Erste Sechzigerkonferenz« oder »Dezemberkonferenz« in die Geschichte einging.

4 In der von der Konferenz angenommenen Entschliebung zur Vorbereitung der Einheitspartei hieß es: »Grundsätzlich soll im Programm dieser Partei im Minimum die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Republik mit gesetzlich gesicherten weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter und Werktätigen festgelegt werden; im Maximum soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein, wie sie im Kommunistischen Manifest, im Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind.« (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III. Bd. 1. Berlin 1959. S. 351f.)

5 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [SAPMO (BArch)]. RY1/ I 2/2/2/27.

6 Siehe hierzu die Beiträge von Ernstgert Kalbe und Harald Neubert in diesem Band.

zweitens war für die KPD mit der – allerdings etwas nebulösen – Aussage über das Sowjetsystem im Aufruf vom 11. Juni 1945⁷ die Möglichkeit eines von sowjetischen Beispiel abweichenden Weges grundsätzlich eingeräumt worden;

drittens gibt es Hinweise darauf, dass in Beratungen mit Spitzenvertretern der SMAD, die ja im ständigen Kontakt mit Moskau standen, im Zusammenhang mit der Vereinigungskampagne auch über Übergänge zum Sozialismus gesprochen worden ist.

In die mit und nach dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale unter Vormundschaft der sowjetischen Partei- und Staatsführung getroffenen Entscheidungen, die in der Propagierung nationaler Wege zum Sozialismus gipfelten, war die in Moskau agierende Führungsgruppe der KPD direkt involviert. Im praktischen Vollzug dieser Strategie gibt es indes eine durch die Ereignisse des letzten Kriegsjahres bedingte zeitliche Abfolge, bei der Deutschland am Ende stand. Es bot sich eigentlich die Möglichkeit, aus einem Erfahrungsschatz anderer Länder beim Einleiten grundlegender politischer und sozialökonomischer Veränderungen zu schöpfen. In den reichlich überlieferten Protokollen und Dokumenten der KPD finden sich jedoch keine Belege dafür, dass generell oder auch auf speziellen Aktionsfeldern aus diesem Fundus geschöpft worden sei. Dass lässt sich

7 Siehe Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 1. S. 230f. Dort hieß es: »Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.« Diese Formulierung sorgte zeitgenössisch für heute nur schwer vorstellbares Aufsehen, denn – gemessen an den Losungen der KPD unter Ernst Thälmann – deutete sie auf eine Abkehr von früheren Zielvorstellungen hin. Doch war diese etwas verkrampft wirkende Aussage über das Sowjetsystem in verschiedener Richtung hin anfechtbar, denn sie provozierte Fragen: Was heißt hier »gegenwärtig«, und was bedeutet »aufzwingen«? Zudem ließ die im folgenden Satz verkündete Alternative »Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk« die Perspektive dieser Republik offen.

wohl nur zum Teil mit unterbrochener Kommunikation erklären.⁸ Da spielte sicher auch eine Rolle, dass die KPD meinte, unter Gegebenheiten zu handeln, die sich mit den Bedingungen anderer Parteien nur schwer vergleichen ließen. In keinem anderen Lande war der Einbruch des Faschismus derart verheerend gewesen, das Ausmaß der Niederlage so katastrophal und die (vor allem durch das Viermächte-Besatzungsregime bedingte) Differenziertheit der Bedingungen so ausgeprägt. Im übrigen dürften die Führer der KPD davon ausgegangen sein, dass ihnen in der SMAD Leute zur Seite standen, die nicht nur Kenner und Vermittler des erfolgreichen Weges der Sowjetunion waren, sondern zugleich die verallgemeinerte internationale Erfahrung repräsentierten.

In den Kontakten zwischen der SMAD und Mitgliedern des Sekretariats des ZK der KPD hat es offenbar einen Gedankenaustausch zur Wegeproblematik gegeben, spätestens als die Erarbeitung der programmatischen Grundlagen der Einheitspartei auf die Tagesordnung rückte. So notierte Wilhelm Pieck, der am 22. Dezember 1945 von Walter Ulbricht über ein Gespräch mit F. J. Bockow – einem der Stellvertreter des Chefs der SMAD – informierte wurde, u. a. »Parteiprogramm – Frage d. Übergangs – oder Richtlinien für Programm«.⁹ Doch so recht sicher konnte sich die KPD-Führung erst sein, wenn ihre Linie die Zustimmung Stalins fand. Am 23. Januar 1946 notierte Pieck über eine Besprechung mit Bockow »Programm in M. entscheiden«.¹⁰ Und tatsächlich kam Walter Ulbricht aus Moskau mit Ergebnissen zurück, die auch die Wegeproblematik betrafen. Diese hielt Wilhelm Pieck in folgenden – für geschulte Marxisten unschwer zu entschlüsselnden – Stichworten fest: »Maximalprogramm [-] Übergangsfrage [-] Lage anders [-] in Rußland kürzester Weg [-] Herrsch der Arbeiterklasse [-] Umweg, Lenin Renegat Kautsky [-] im Westen parl.

8 Informationsmöglichkeiten bot der Rundfunk, und es gab auch Erfahrungsträger wie die aus Frankreich zurückkehrenden Emigranten, die aus der Tschechoslowakei in sogenannten Antifatransporten ausgesiedelten Kommunisten wie auch Heimkehrer aus anderen Ländern, die im antifaschistischen Kampf gestanden und erste Schritte der Umgestaltung außerhalb Deutschlands miterlebt hatten.

9 Rolf Badstübner / Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik. 1945–1955. Berlin 1994. S. 62.

10 Ebenda. S. 63.

Traditionen [-] auf demokrat. Weg zur Arbeitermacht [-] nicht Diktatur [-] Säuberung des Staatsapparates, Kommunalisierung der Betriebe, Enteignung der Großgrundbesitzer [-] Sozialismus«¹¹. Die Übereinstimmung mit der Argumentation Anton Ackermanns liegt auf der Hand. Damit ist aber nicht erwiesen, dass diese Argumentation ihren Ursprung in Moskau hatte, denn Pieck kann ja auch zustimmende oder unterstreichende, von Ulbricht übermittelte Bemerkungen Stalins festgehalten haben. Wie auch immer, im Kontakt mit Moskau und den Verantwortlichen in der SMAD ist das Konzept des besonderen deutschen Weges auf jeden Fall entwickelt worden.

Am 7. Februar, also unmittelbar nach Ulbrichts Rückkehr aus Moskau traf das Sekretariat des ZK der KPD Festlegungen für die Vorbereitung einer Parteikonferenz, zeitgenössisch meist als Reichskonferenz¹² bezeichnet. Am folgenden Tag verabschiedete es den Entwurf einer Entschließung dieser Konferenz, der im Vorfeld dieser Tagung zu öffentlichen Diskussion gestellt werden sollte. Man könnte annehmen, dass dies mit einer Diskussion um den Weg zum Sozialismus verbunden wurde. Das war jedoch nicht der Falle, und der Entschließungsentwurf bot hierfür auch keinen Ansatzpunkt. Im Text – er trug die Überschrift »Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands«¹³ – kamen die Worte Sozialismus oder sozialistisch nicht vor. Die einzige Formulierung, die wenigstens entfernt einen Bezug zur Wegeproblematik enthielt, lautete: »Das deutsche Volk muß bei dem demokratischen Neuaufbau von den besonderen Entwicklungsbedingungen in Deutschland ausgehen und darf sich dabei nur von

11 Ebenda, S. 68.

12 Dass die deutschen Kommunisten keine Hemmungen hatten, Begriffe wie Reichsberatung, Reichskonferenz, Reichsparteitag zu benutzen, spricht dafür, dass sie voll ganz auf eine über Zonengrenzen hinweg wirkende Kommunistische Partei Deutschlands und auf den Erhalt beziehungsweise die Wiederherstellung der deutschen Einheit orientiert waren, für dessen politische und sozialökonomische Gestaltung von der sowjetischen Besatzungszone nachhaltige Impulse ausgehen sollten..

13 Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 1. S. 166; Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Bd. 4. München / New Providence / London / Paris 1996. S. 382–400.

seinen Interessen leiten lassen, die gleichbedeutend sind mit den Interessen der deutschen Nation.«¹⁴

So spielte in der öffentlichen Diskussion des Entschließungsentwurfes der Weg zum Sozialismus keine Rolle. Es gingen 118 Stellungnahmen von Parteiorganisationen und 66 Meinungsäußerungen einzelner Personen ein – also in stattlicher Zahl und oft recht ausführlich.¹⁵ Doch nur zwei Zuschriften äußerten sich zur Problematik Demokratie und Sozialismus, allerdings ohne direkten Bezug zu einem besonderen deutschen Weg. Die mit Abstand am meisten, und zwar überaus kontrovers, diskutierte Frage betraf die Entnazifizierung und speziell den Umgang mit den sogenannten kleinen »Pg.«¹⁶ Die Vereinigung von KPD und SPD, die wohl viele als den Hauptdiskussionsgegenstand vermuten würden, rangierte mit deutlichem Abstand dahinter.

Das sind zunächst einmal Feststellungen und keine Abwertungen der um den Entschließungsentwurf geführten Diskussionen. Natürlich hatten die meisten Menschen andere Sorgen, als sich über eine fernere Perspektive den Kopf zu zerbrechen. Aber für Kader der KPD, die sich ja auch an der Diskussion beteiligten, ist dieser Befund schon etwas erstaunlich. Denn nicht wenige Kommunisten hatten ja beim Einmarsch der Roten Armee die Zeit für gekommen gehalten, vor 1933 deklarierte sozialistische Ziele zügig in die Tat umzusetzen, Sozialismus war für sie durchaus ein Thema. Dass sich die KPD – im Unterschied zum Zentralkomitee der SPD – in ihrem ersten Aufruf

14 Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 4. S. 385.

15 Siehe ebenda. S. 402–669. Der Abdruck dieser Zuschriften füllt also 268 Druckseiten. Siehe auch Günter Benser: Ein aufschlußreiches Meinungsbild. Zuschriften und Anträge zum Entschließungsentwurf für die Reichskonferenz der KPD, Febr./März 1946. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 5/1995. S. 5ff.

16 Pg. – Parteigenossen, gemeint waren in diesem Falle die Mitglieder der NSDAP. Ausgelöst wurde die erregte Debatte durch die Formulierung im Entschließungsentwurf, dass nominellen Mitgliedern der Nazi-Partei die Möglichkeit eingeräumt werden solle, »durch aktive ehrliche Mitarbeit am Neuaufbau und durch Teilnahme am Kampf gegen Faschismus und Reaktion sich wieder Vertrauen zu erwerben und gleichberechtigte Glieder unseres Volkes zu werden.« (Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 4. S. 388.

in puncto Sozialismus gänzlich ausgeschwiegen hatte, war nicht so einfach zu vermitteln gewesen. Insofern dürfen wir wohl von einem echten Diskussionsbedürfnis ausgehen. Und diese Debatten hat es sicher auch gegeben, aber eben nicht im Rahmen der öffentlichen geführten Diskussion um den Entschließungsentwurf für die Reichskonferenz der KPD.

Dafür dürfte es zwei Erklärungen geben:

Erstens, weil sich der Entschließungsentwurf explizit auf Benennen und Erläutern der im Rahmen einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung anstehenden Aufgaben beschränkt hatte;

Zweitens weil die Frage des Übergangs zum Sozialismus der Diskussion um die Grundsätze und Ziele der SED zugeordnet und in diesem Zusammenhang erörtert wurde.

So blieb es also der Reichskonferenz selbst vorbehalten, auf die Konzeption eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus einzugehen und ihr Aufmerksamkeit zu verschaffen. Dies geschah jedoch nicht im Redebeitrag Anton Ackermanns, sondern – mit stärkerer Gewichtung – im Referat des Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck. Anton Ackermann tangierte die Wegeproblematik nur, indem er dogmatische Erscheinungen der kommunistischen Bewegung kritisierte, für ein neues Demokratieverständnis und für eine Partei warb, die weder die alte KPD noch die alte SPD sei.¹⁷ Dies belegt nebenbei bemerkt, wie unaufrichtig und verletzend es war, als 1948 Anton Ackermann zum politischen Sündenbock gemacht und zur Selbstkritik veranlasst wurde, denn das Konzept eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus wurde von der Parteiführung der KPD getragen, vom Parteivorsitzenden begründet und von gewählten Delegierten der KPD gebilligt.

Wilhelm Pieck hat in seiner Grundsatzrede immerhin etwa 15 Prozent der Erläuterung eines deutschen Weges zum Sozialismus gewidmet, allerdings mit betonter Berufung auf Anton Ackermann. Und er hat eingangs die Problemlage gemäß dem damaligen Theorieverständnis durchaus treffend umrissen. Er stellte die Frage, ob es möglich ist, »mit den Mitteln der Demokratie zum Sozialismus zu kommen, oder ob dazu nicht die sozialistische Revolution und der gewaltsame Sturz

¹⁷ Siehe Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 4. S. 67–75.

der Herrscher der Reaktion erforderlich ist, so, wie es in Rußland im Jahre 1917 unter der Führung der Bolschewiki vor sich gegangen ist. Es steht die Frage, ob es in Deutschland unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht einen anderen, einen besonderen Weg zum Sozialismus zu kommen, gibt und ob eine solche Annahme nicht im Widerspruch zu unserer marxistischen Lehre steht. [...] In dem vorgelegten Entwurf sprechen wir von der Möglichkeit eines solchen Weges ...«¹⁸ Bei der Beantwortung der so zugespitzten Fragen folgte Pieck weitgehend der Argumentation Anton Ackermanns.

Hervorzuheben ist, dass Wilhelm Pieck die gesamte Problematik in die Behandlung der Grundsätze und Ziele der SED eingebettet hatte. In diesem Zusammenhang ist auch folgende in der archivalischen Überlieferung auftauchende Nuance aufschlussreich. Pieck hatte sich in seinen handschriftlichen Aufzeichnungen für sein Schlusswort notiert: »Wenn man kritisch die einzelnen Diskussionsreden prüft, so sind [sic!] bei den meisten Genossen die große Frage der Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus etwas zu kurz gekommen.«¹⁹ In der stenographischen Niederschrift – und so wird er es sicher gesagt haben – heißt es hingegen: »Wenn man die einzelnen Diskussionsreden prüft, so sind leider von vielen Genossen die großen Fragen, die in unseren Grundsätzen und Zielen aufgerollt sind, nicht so gewürdigt worden, wie es die Bedeutung dieser Fragen erfordert.«²⁰

Als lobenswerte Ausnahmen verwies Pieck²¹ auf die Beiträge von Anton Ackermann, Franz Dahlem²², Paul Wandel²³ und Fred Oelßner²⁴. Von diesen Redner hat natürlich keiner das Konzept eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus angezweifelt. Ihre Argumentationen bewegten sich unter Betonung dieses oder jenen Aspektes im Rahmen der von Pieck vorgetragenen Begründungen. Allerdings machte Josef Ledwohn²⁵ als Mitglied der Bezirksleitung Ruhrgebiet-

18 Ebenda. S. 28.

19 Ebenda. S. 694.

20 Ebenda. S. 165.

21 Siehe ebenda. S. 165.

22 Siehe ebenda. S. 88–92.

23 Siehe ebenda. S. 132–140.

24 Siehe ebenda. S. 159–165.

25 Siehe ebenda. S. 151–158.

Westfalen geltend, dass in den Westzonen die Situation eine andere sei und dort ein anderes Kräfteverhältnis bestehe.

Das am zweiten Verhandlungstag der Reichskonferenz von Walter Ulbricht gehaltene Referat²⁶ konzentrierte sich voll und ganz auf den Plan des demokratischen Neuaufbaus. Von einer sozialistischen Perspektive war hier nicht die Rede und in der zu diesen Darlegungen geführten Diskussion auch nicht. Es entsprach sicher dem praktischen Sinn Ulbrichts, wenn er dafür um so nachdrücklicher jene politischen und sozialökonomischen Veränderungen einforderte, aus denen die Chance eines friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus damals abgeleitet wurde. Er erklärte deshalb gewiss mit Vorbedacht: »Eine solche demokratische Entwicklung in Deutschland ist erst gesichert, wenn den Kriegsinteressenten und Militaristen die materiellen Machtmittel genommen sind, d.h. wenn die Großgrundbesitzer enteignet sind und wenn den großen Kriegsinteressenten die Betriebe weggenommen worden sind.«²⁷ Auch Ulbricht betonte die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in den verschiedenen Besatzungsgebieten, und er nahm dies zum Anlass, die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht hervorzuheben.

So lässt sich zusammenfassend sagen, dass auf der Reichskonferenz der KPD ein unentbehrlicher Beitrag zur Erörterung und Propagierung des deutschen Weges zum Sozialismus geleistet worden ist. Auch darf trotz der Begrenztheit der hier geführten Diskussion auf eine grundsätzliche Akzeptanz dieses Konzeptes geschlossen werden. Eine die Konditionen eines neuartigen Übergangs zum Sozialismus oder gar dessen Konsequenzen für die Gestaltung einer künftigen sozialistischen Gesellschaft tiefer auslotende Debatte war dies indes nicht. Eine Auswertung der Reichskonferenz in den Sitzungen des Sekretariats des ZK der KPD fand nicht statt. Offenbar war die KPD-Führung mit deren Ergebnissen generell zufrieden, vor allem aber jagte – je näher der Zusammenschluss von KPD und SPD rückte – ein Ereignis das andere.

Im Rahmen der Parteischulung nahm jedoch Fred Oelßner am 8. März 1946 zu Ergebnissen und Problemen der Reichskonferenz Stellung und damit auch zur Wegeproblematik, wobei er bereits vom

²⁶ Siehe ebenda. S. 171–214.

²⁷ Ebenda. S. 185.

»friedlichen Weg« sprach. Bei Oelßner finden sich die am weitesten gehenden Formulierungen, auf die ich gestoßen bin. Er wählte die Charakterisierung, »d. h. mit den Mitteln des Stimmzettels.«²⁸ Es handle sich um einen neuen Weg, auf den sich beide Parteien einigen könnten. Dies sei aber nur eine Möglichkeit, Bedingung sei die Einheitspartei und die absolute Mehrheit in den Parlamenten. Am 22. März 1946 führte Oelßner eine Schulung durch, die eigentlich bereits gemeinsam mit den Sozialdemokraten und mit Otto Grotewohl als Referenten abgehalten werden sollte, was jedoch nicht zustandekam. Fred Oelßner hielt auseinander einen »deutschen Weg zum Sozialismus« und einen »deutschen Sozialismus«, den es nicht geben könne. Das heiße aber nicht, dass der Sozialismus in Deutschland genauso aussehen müsse wie in anderen Ländern. Die in Aufbau befindliche Republik sei zwar »noch nicht das Instrument zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung«, dazu bedürfe es der Eroberung der politischen Macht. Doch die »ausschließliche Macht der Arbeiterklasse kann unter den gegenwärtigen Bedingungen auf friedlichem Wege, d.h. auf dem Wege der parlamentarischen Abstimmung, der Wahl erungen werden – mit dem Stimmzettel ...dann braucht die Arbeiterklasse auch keinen großen bewaffneten Kampf zu führen.«²⁹ Diese Ausführungen Oelßners gewinnen zusätzlich an Gewicht, da er ja Walter Ulbricht auf seiner Fahrt nach Moskau als Dolmetscher begleitet hatte.

Oelßners Argumentation weicht auffallend von der für die Parteilungung gedruckten Vortragsdisposition der KPD zum Thema »Der Weg zum Sozialismus« ab. In diesem Text, der als Diskussionsangebot zum »Maximalprogramm der Einheitspartei« ausgewiesen wurde, dominieren noch die Warntafeln - Warnungen vor Illusionen gegenüber der bürgerlich-demokratischen Republik, vor einer Unterschätzung der Notwendigkeit der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, vor reformistischen Theorien über den Weg zum Sozialismus. Die große Lehre sei, »daß die Theorie vom »friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus« ohne Sturz der Macht der Kapitalisten und ohne Aufrichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse sich geschichtlich als falsch erwiesen hat und niemals zum Sozialismus führen kann.«

28 SAPMO (BArch). RY 1 / I 2/2/27.

29 Ebenda.

Daran schlossen sich sofort »Lehren aus der Entwicklung in der Sowjet-Union« an. »Im Unterschied zu Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern« sei in Russland »die Klasse der Kapitalisten und Gutsbesitzer entmachtet und enteignet, der bürgerlich-kapitalistische Staat zerbrochen und die politische Herrschaft der Arbeiterklasse aufgerichtet« worden. Nur die »marxistische Auffassung vom Weg zum Sozialismus« habe sich als richtig erwiesen, und nur dieser Weg habe die geschichtliche Prüfung bestanden und zum vollen Erfolg geführt.⁵⁰ Von neuen Chancen und Möglichkeiten war nur am Rande die Rede. So wurde erwähnt, dass mit dem »Zusammenbruch Hitlerdeutschlands auch der faschistische Staatsapparat als Herrschaftsorgan des Monopolkapitals zerschlagen wurde,« dass die Aufgabe der Arbeiterklasse darin bestehe, »einen solchen Einfluß auf die Selbstverwaltungsorgane zu gewinnen, daß die Verwaltung nicht wieder zu einem arbeiterfeindlichen Staatsapparat und zu einem Herrschaftsorgan der Bourgeoisie werden kann. In dem Falle, daß dies gelingt, ist die Möglichkeit einer Höherentwicklung ohne gewaltsame Revolution nicht ausgeschlossen.«⁵¹ Diese Möglichkeit einzuräumen, war gewiss ein bemerkenswerter Schritt voran. Sie wird aber in dieser 25-seitigen Vortragsdisposition auf einer halben Seite behandelt und nicht als vorzugsweise anzustrebende, günstigste Variante des Übergangs zum Sozialismus mit Nachdruck propagiert.

Dass diese Vortragsdisposition – es handelt sich um Nr. 5/1946 der im Abstand von 14 Tagen erscheinenden Materialien – fast zeitgleich mit Anton Ackermanns Aufsatz in Nummer 1 der »Einheit« erschien, wirft Fragen auf. Ihr Verfasser war – wie mir auf Anfrage schriftlich bestätigt wurde – Wolfgang Leonhard⁵². Er veröffentlichte übrigens am 2. Februar 1946 auch in der »Deutschen Volkszeitung« in der Rubrik »Zum politischen Schulungstag« einen Beitrag unter der Überschrift »Der Weg zum Sozialismus«, in dessen komprimierter Darstellungsweise die beschriebene Tendenz noch drastischer zum Ausdruck kam als in der ausführlicheren Vortragsdisposition. Leonhard berief sich allerdings darauf, dass die von ihm verfasste Vortragsdisposition von Anton Ackermann durchgesehen worden sei.

⁵⁰ Vortragsdisposition Nr. 5: Der Weg zum Sozialismus (Zur Diskussion um das Maximalprogramm der Einheitspartei). Berlin 1946. S. 27.

⁵¹ Ebenda. S. 17.

⁵² Brief Wolfgang Leonhards vom 21. Dezember 2005 an den Autor.

Das lässt zwei Schlüsse zu: Zum einen deutet dies darauf hin, dass auch Anton Ackermann erst mit der Niederschrift seines Aufsatzes »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?«⁵⁵ seine Gedanken gründlicher entwickelt und in ein System gebracht hat. Nachdem am 14. Januar festgelegt worden war, er solle zur Wegeproblematik in der Zeitschrift »Einheit« Stellung nehmen, bestand für ihn gewiss auch kein Grund, all seine weiterführenden Überlegungen in Texte eines seiner Mitarbeiter einzuspeisen und ihnen den Neuwert zu nehmen. Vor allem aber zeugt dies davon, dass erst mit dem Aufsatz Anton Ackermanns gewisse Denkblockaden aufgebrochen wurden. Bis dahin galten bei Kommunisten orthodoxe Sichtweisen auf den Übergang zum Sozialismus mittels der Diktatur des Proletariats unangefochten, allenfalls variiert durch Überlegungen, wie eng man sich an das sowjetische Vorbild anzulehnen habe. Harsche Kritik an jeglichen Vorstellungen über ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus gehörte zum unverzichtbaren Kanon. Dass Wolfgang Leonhard als Bedenkenträger eine Gegenposition aufbauen wollte, können wir wohl ausschließen. Vielmehr bestätigt ein Vergleich der Texte, dass Ackermann anderen Propagandisten der KPD ein ganzes Stück voraus war. Sein Aufsatz stellte insofern tatsächlich eine Zäsur dar, denn vor und nach dieser Veröffentlichung von deutschen Kommunisten Geschriebenes und Gedrucktes unterscheidet sich spürbar.

Sieben Wochen nach der Reichskonferenz tagte der 15. Parteitag der KPD. Ihm war eine doppelte Aufgabe gestellt. Er hatte erstens die Vereinigung mit der SPD zu beschließen, und ihm oblag es zweitens, eine abschließende Bilanz des Wirkens der KPD zu ziehen, besonders der Jahre der Illegalität und des Neuanfangs nach der Befreiung vom Faschismus. Den Delegierten wurden hierzu sechs Berichte unterbreitet, und zwar über Die Politik der Partei (Berichterstatter Walter Ulbricht), Die Organisationspolitik (Berichterstatter Franz Dahlem), Der ideologische Kampf der Partei (Berichterstatter Anton Ackermann), Die Frauenarbeit der Partei (Berichterstatterin Elli Schmidt), Die Jugendarbeit der Partei (Berichterstatter Paul Verner) sowie Kasernenbericht der Partei (Berichterstatter Alfred Oelßner).

⁵⁵ Siehe *Einheit*. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei. Heft 1. Berlin 1946. S. 22ff.

Das grundlegende Referat zur Begründung der Vereinigung von KPD und SPD und zur Erläuterung der Programmatik der Einheitspartei wurde von Wilhelm Pieck gehalten. Er berief sich nochmals in allgemeiner Form auf die Chance eines friedlichen Weges zum Sozialismus, wie er in die Grundsätze und Ziele der SED Eingang fand, mit der Formulierung, dass die »gegenwärtige besondere Lage in Deutschland ... die Möglichkeit einschlieÙe, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten.«⁵⁴ Es entsprach wohl dem Anliegen seines Referates, die Programmatik der Einheitspartei als Ergebnis eines Verständigungsprozesses und weder als besondere Leistung der KPD noch als Korrektur ihrer früheren Linie herauszustellen.

Wir wollen deshalb prüfen, ob – vor allem in den Berichten zur Politik und zur ideologischen Arbeit – die Konzeption eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus als eine Leistung der KPD in der Berichtsperiode ausgewiesen worden ist. Schließlich wurde ja auf diesem Parteitag die Entwicklung der Generallinie der KPD von der Brüsseler Konferenz des Jahres 1955 bis zum Aufruf vom 11. Juni 1945 und den ersten Ergebnissen seiner Verwirklichung nachgezeichnet. Im von Walter Ulbricht vorgetragenen Bericht war jedoch wiederum von der sozialistischen Perspektive und vom Nachdenken der Partei über Übergangsformen zum Sozialismus nicht die Rede. Gleich gar nicht erscheint hier das Konzept des eigenen Weges als Quintessenz der theoretisch-strategischen Erwägungen der KPD. Anton Ackermann hingegen setzte sich mit dogmatischen Fehlern der Partei auseinander und kritisierte, dass man statt im »direkten Angriff mit der Stirn gegen die Wand zu rennen«, nach Übergangsformen suchen müsse »nach Formen des Heranführens der Massen in den Kampf um die Macht«, dass man keine »Geringschätzung der demokratischen Rechte und Freiheiten« zulassen dürfe. Er betonte: »Wir haben gelernt, daß ein demokratischer Staat möglich ist, der die Volksherrschaft darstellt, wir haben gelernt, daß unter diesen Voraussetzungen der demokratische Weg zum Sozialismus beschrritten werden kann. Folglich hat sich

54 Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Bd. 5. München / New Providence / London / Paris 1996. S. 215.

auch unsere Stellung zur Demokratie wesentlich geändert und auch das ist kein bloßes taktisches Manöver, sondern die Anwendung des lebendigen Marxismus auf unsere historische Lage in Deutschland.«³⁵

Lässt sich die Differenz zwischen den beiden Berichten als Ergebnis einer abgesprochenen Arbeitsteilung erklären, oder zeugt sie auch Meinungsverschiedenheiten in der Sache? Letzteres lässt sich zwar nicht gänzlich ausschließen, aber Beweise habe ich dafür nicht gefunden. Eher ist anzunehmen, dass sich Walter Ulbricht nicht so eindeutig festlegen wollte, wie das Anton Ackermann getan hat. Wenn es indes richtig ist, dass die Chancen für neue Wege zum Sozialismus aus der konsequenten Verwirklichung antifaschistischer, antiimperialistischer, demokratischer Umwälzungen erwachsen, so hat Ulbricht die Notwendigkeit dieser Umwälzungen und die daraus erwachsenden praktischen Aufgaben eindringlich dargelegt. Gleichwohl ist die Abstinenz jenes Sekretariatsmitgliedes, das mit Stalin über einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus gesprochen und dessen Zustimmung übermittelt hatte, eine Verhaltensweise, die noch einer Erklärung harret.

Versuchen wir ein Fazit, so bliebe festzuhalten:

1. Das Konzept eines besonderen deutschen Weges stellte eine von den höchsten Parteiorganen – 15. Parteitag und Reichskonferenz und hier und vom Parteivorsitzenden selbst begründete – in der KPD generell gebilligte Orientierung dar.
2. Sein zentraler Bezugspunkt war die Erarbeitung der Programmatik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Dies erleichterte es, die neue Orientierung weniger als Korrektur bisheriger dogmatischer Positionen, denn als schöpferische Suche nach neuen gemeinsamen Wegen darzulegen. Als Kulminationspunkt einer mit der Brüsseler Parteikonferenz eingeleiteten Strategiedebatte wurde diese Konzeption nicht herausgestellt.
3. Das Konzept eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus bedurfte der Zustimmung der sowjetischen Partei- und Staatsführung und Stalins persönlich. Die KPD war aber selbst in der Lage, eine

³⁵ Ebenda, S. 98f.

solche Konzeption auszuarbeiten und unter Berufung auf die »Klassiker des Marxismus-Leninismus« zu begründen.

4. Diese Aufgabe wurde vor allem von Anton Ackermann gelöst. Er war es auch, der den Zusammenhang zwischen neuen Möglichkeiten und Überwindung von Dogmatismus und Enge in der Politik der KPD am stärksten hervorhob. Soweit sich andere führende Funktionäre zur Wegeproblematik äußerten, gingen sie substanziell nicht oder kaum über die Argumentation Anton Ackermanns hinaus. Konsequenzen, die sich aus dem Weg zum Sozialismus für die Gestalt einer künftigen sozialistischen Gesellschaft ergeben, wurden nicht oder höchstens in allgemeinste Form thematisiert.

5. Diskussionen im Sekretariat des ZK der KPD über Anton Ackermanns Artikel, über die Referate der Sekretariatsmitglieder auf der Reichskonferenz und auf dem 15. Parteitag hat es den Protokollen zufolge nicht gegeben. Es ist aber schwerlich vorstellbar, dass es zwischen den Sekretariatsmitgliedern über die Kernaussagen ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen keine Absprachen gegeben hat. Lassen sich keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten ausmachen, so wurden doch von den einzelnen Sekretariatsmitgliedern unterschiedliche Akzente gesetzt.

6. Die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Diskussion über den Entschließungsentwurf der Reichskonferenz, die Parteibasis in die Erörterung des Konzeptes eines besonderen deutschen Weges einzubeziehen, wurde nicht wahrgenommen. Doch darf die breite Zustimmung zu den Grundsätzen und Zielen der SED in der Mitgliedschaft der KPD auch als Akzeptanz eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus gewertet werden.

7. Anton Ackermann hat mit seiner Argumentation vorhandene Blockaden im theoretischen und strategischen Denken deutscher Kommunisten weggeräumt. Insofern darf sein Aufsatz »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« als eine Zäsur gewertet werden.

JÜRGEN HOFMANN

Anton Ackermann über den »besonderen deutschen Weg«¹

Das Konzept nationaler Wege ist in der deutschen Nachkriegsentwicklung untrennbar mit Anton Ackermann verbunden, dessen Geburtstag sich in wenigen Tagen, am 25. Dezember, zum 100. Male jährt.² Anders als mancher seiner Mitstreiter in der Führung der KPD und später der SED sah Ackermann in der Orientierung auf nationale Wege eine Möglichkeit, neue Formen des Übergangs zum Sozialismus zu suchen und zu praktizieren. Dieses Konzept, dass darauf orientierte, die Möglichkeiten einer längeren Etappe antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse voll auszuschöpfen, war eine zwingende Konsequenz aus dem Scheitern kurzfristiger Revolutionserwartungen, wie sie in der KPD selbst noch nach 1933 gehegt wurden.³ Es wurde be-

1 Vortrag auf dem Kolloquium der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS zur Problematik der nationalen Wege im europäischen Vergleich am 17. Dezember 2005 in Berlin anlässlich des 100. Geburtstages Anton Ackermanns.

2 Einblicke in wichtige Stationen seines Lebens vermittelt eine soeben erschienene Dokumentation. Siehe Anton Ackermann: Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten. Hrsg. von Frank Schumann. Berlin 2005.

3 Zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte sowie zu ausgewählten Aspekten des Konzepts siehe Heinz Heitzer: »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« Vorgeschichte, Inhalt und Wirkungen von Anton Ackermanns Arbeit. In: Geschichte und Gesellschaftskunde. Heft 2/3(1990). S. 182ff. – Ders.: Zur weiteren Ausarbeitung der Strategie und Politik der SED 1948/49. Diskussionen über den Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone und über den Weg zum Sozialismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Heft 5/1988. S. 195ff. – Andreas Malycha: Vertane Chancen für einen eigenen Weg zum Sozialismus? 1945 bis 1949. In: DDR-Geschichte zwischen Hoffnung und Untergang. Hrsg. Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS. O. O. u. J. S. 5ff. – Dietrich Staritz: Ein »besonderer deutscher Weg« zum Sozialismus? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. B 51-52/1982. S. 15ff. – Arnold Sywottek: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946. Düsseldorf 1971.

günstigt durch das weltpolitische Gewicht, das die Sowjetunion im Ergebnis des zweiten Weltkrieges erlangte und ihr Interesse, die mit der Antihitlerkoalition entstandene Konstellation möglichst zu bewahren. In Deutschland verlangte zudem die angestrebte Einheit der Arbeiterbewegung nach Korrekturen bei Zielvorstellungen und Methoden.

Was Anton Ackermann 1945 und 1946 zur Wegeproblematik formulierte und vertrat, war selbstverständlich nicht seine Privatmeinung. »Nationale Wege« waren zuvor von Stalin gebilligt worden. Ackermann kommt aber das Verdienst zu, über Zusammenhänge und Weiterungen dieser Entscheidung auch über den konjunkturellen Anlass hinaus nachgedacht zu haben.

Der Artikel Ackermanns über den »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« vom Februar 1946⁴ wurde von den Zeitgenossen als Signal verstanden, das die künftige Einheitspartei bereit war, vom sowjetischen Modell abzuweichen. Allerdings enthält er nur wenig konkrete Aussagen über den Weg, nach dem gefragt wurde. Die meisten Passagen dienten der Rechtfertigung für diese Fragestellung. Wesentlich mehr Substanz enthalten die Reden und Aufzeichnungen, die meist nicht publiziert wurden. Das Thema kann deshalb nur befriedigend behandelt werden, wenn der Nachlass Anton Ackermanns einbezogen wird, den ich bereits vor über zehn Jahren einsehen und auswerten konnte.⁵

4 Siehe Anton Ackermann: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? In: Einheit. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei. Heft 1/1946. S. 22ff. Ein Auszug des Artikels ist abgedruckt in: Andreas Herbst / Gerd-Rüdiger Stephan / Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997. S. 547ff.

5 Der Nachlass Anton Ackermanns befindet sich inzwischen in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch, NY 4109) in Berlin-Lichterfelde. Siehe Jürgen Hofmann: Anton Ackermann – Wegweisung und Ernüchterung. In: »...undemokratisch wird sich rächen!« Studien zur Demokratie in der DDR. Hrsg. vom Luisenstädtischen Bildungsverein e.V. Berlin. Zweiter Teil. Berlin 1995. S. 5ff. – Ders.: Die SED – eine Partei neuer Art? Visionen und Illusionen des Anton Ackermann. In: Johannes Klotz (Hrsg.): Zwangsvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluß von SPD und KPD 1946 in Ostdeutschland. Heidelberg 1995. S. 65ff. – Ders.: Anton Ackermann und die Orientierung auf den besonderen deutschen Weg – Bemerkungen zu einer Episode antifaschistischer Nachkriegsstrategie. In: Arbeiterbewegung und Antifa-

Die Aufgabe, die programmatische Neuorientierung auszuarbeiten, fiel nicht von ungefähr Anton Ackermann zu. Auf seine theoretische Begabung waren bereits seine Lehrer bei einem Kurzlehrgang 1929 in Moskau aufmerksam geworden. Sie empfahlen ihn für ein Studium an der Leninschule. Seine wirtschaftswissenschaftliche Dissertation konnte er nicht mehr verteidigen, weil er 1933 zum illegalen Einsatz nach Berlin kam. Hier erlebte er die Folgen von Fehleinschätzungen. Ackermann engagierte sich seitdem für eine Neuausrichtung der KPD-Politik. Er war am Projekt einer deutschen Volksfront in Paris beteiligt und sammelte Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg. Durch seine lange Abwesenheit von Moskau blieben ihm Verwicklungen in die Säuberungsaktionen erspart. Als Mitglied der Moskauer KPD-Führung war er an der Ausarbeitung der Nachkriegsplanungen beteiligt. Er entwickelte das Konzept einer Mehrsektorenwirtschaft, das vom Nebeneinander unterschiedlicher Eigentumsformen ausging. Auch am Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie von 1944 und am Aufruf der KPD vom Juni 1945 war er maßgeblich beteiligt.⁶

Die Wege-Problematik erwies sich im Vorfeld der Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten als eine der Kernfragen. Für die KPD-Führung ergab sich die Notwendigkeit, den Gedanken des Aufrufs vom Juni 1945, dass sie für Deutschland kein Sowjetsystem anstrebe, zu bekräftigen. Die Rede Otto Grotewohls vom 14. September 1945 und die erste Sechziger Konferenz am 20. und 21. Dezember 1945 signalisierten, wie wichtig es für Sozialdemokraten blieb, auf wel-

schismus. Hrsg. von der Marx-Engelsstiftung e.V. Wuppertal. Bonn 1995. S. 152ff. Ders.: Anton Ackermann und die Problematik der nationalen Wege zum Sozialismus. In: Lesarten marxistischer Theorie. Vortragsreihe der »Hellen Panke« e.V. Berlin 1996. S. 49ff.

6 Siehe Horst Laschitz: Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD. Berlin 1969. – Günter Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945). Berlin 1985. – Peter Erler / Horst Laude / Manfred Wilke (Hrsg.): »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994.

chem Wege welcher Sozialismus angesteuert wurde.⁷ Die paritätische Studienkommission sollte sich deshalb zum Verhältnis von Demokratie und Sozialismus äußern. Dem Konzept des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus kam für die Vertrauensbildung im Vorfeld der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei eine Schlüsselstellung zu. Ackermann übernahm es, die Argumentation weiter auszubauen. Im Februar 1946 erschien dann der bereits erwähnte Aufsatz über den besonderen deutschen Weg. Ackermann bekräftigte zunächst die Aussage seines sozialdemokratischen Partners Helmut Lehmann, dass der Sozialismus nicht verwirklicht werden könne, wenn nicht zuvor die demokratische Republik verwirklicht worden ist. Er verwahrte sich auch später energisch gegen Versuche, die Unterschiede zwischen antifaschistisch-demokratischer Umwälzung und sozialistischem Aufbau einzuebneten und beide Phasen in einen »einheitlichen revolutionären Prozess« aufgehen zu lassen, da dies die Glaubwürdigkeit der Politik der KPD nachträglich in Frage stellte. Er konnte sich nicht mit dem Gedanken anfreunden, dass »unter allen Umständen in allen entwickelten kapitalistischen Ländern die Probleme der Demokratie en passant in der sozialistischen Revolution gelöst würden«⁸.

Die eigentliche »Gretchenfrage« aber war: »Kann die Arbeiterklasse auf dem demokratisch-parlamentarischen Weg oder nur auf dem Wege revolutionärer Gewaltanwendung in den Besitz der ganzen politischen Macht kommen?«⁹ Diese Frage rüttelte an Grundfesten des bis dahin gängigen kommunistischen Revolutionsverständnisses. Ackermann verwendete deshalb viel Kraft und Platz darauf, ausführlich Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels zur Staats- und Machtfrage zu referieren, um sich abzusichern. Außerdem berief er sich auf die Aussage W. I. Lenins aus dem Jahre 1916, wonach »es in einzelnen Fällen, als Ausnahme, z. B. in einem kleinen Staat, nachdem im großen Nachbarstaat die soziale Revolution gesiegt hat, möglich ist, dass die Bourgeoisie friedlich die Macht abtritt, wenn sie sich von der Aus-

7 Siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha. Berlin 1990.

8 SAPMO-BArch. NY 4109/58. Bl. 55.

9 Ebenda.

sichtslosigkeit des Widerstandes überzeugt«¹⁰. Diese Sentenz projizierte er auf die deutsche Situation nach der Zerschlagung des Faschismus. In der Ausschaltung der alten Staats- und Machtorgane, der Paralyse der Vertreter des Kapitals und des Großgrundbesitzes und der Anwesenheit einer sozialistischen Besatzungsmacht sieht er Voraussetzungen für einen möglichen friedlichen Weg.¹¹

Die Absicherung des Kurses des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus war vor allem in den eigenen Reihen ein Problem. Anton Ackermann nutzte die Diskussion auf der 1. Reichskonferenz der KPD Anfang März 1946 und auf dem 15. Parteitag im April des gleichen Jahres, um für dieses Konzept zu werben. Zu diesem Zeitpunkt erfuhr er dafür die ausdrückliche Unterstützung Wilhelm Piecks.¹² Ackermann ordnete den neuen Ansatz in die Entwicklung der Partei seit 1935 ein und warnte vor einer Rückkehr zu alten Fehlern: »Wir litten an einer Krankheit; nämlich an der Krankheit des Dogmatismus ... Wir haben in der Vergangenheit oft genug die Augen vor der Tatsache verschlossen; und das als die Wirklichkeit ausgegeben, was nur unsere Wunschvorstellungen waren. Das hat uns zu falschen politischen Schlussfolgerungen, zu falschen politischen Losungen geführt und unseren Kampf ungemein erschwert.«¹³ Die »Hauptwurzeln für den Dogmatismus und das Sektierertum innerhalb der KPD« sah Ackermann »in der Unterschätzung der nationalen Besonderheiten« sowie »in dem Versuch einer schematischen Übertragung der Erfahrungen der großen russischen Revolution auf Deutschland«.¹⁴

10 W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den »imperialistischen Ökonomismus«. In: Ders.: Werke. Bd. 23. Berlin 1975. S. 65.

11 Siehe seine Ausführungen auf dem sächsischen Kulturtag: SAPMO-BArch. NY 4109/23. Bl. 9. Ähnliche Überlegungen finden sich auch in anderen Reden und Ausarbeitungen. Siehe ebenda. NY 4109/20. Bl. 101ff. und NY 4109/22. Bl. 158ff.

12 Siehe u.a. Günter Benser / Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Bd. 4. Protokoll der Reichskonferenz der KPD: 2./3. März 1946. München / New Providence / London / Paris 1996. S. 8–37 (vor allem 27–35) und 67–71. – Bericht der Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1946. S. 209ff. Zur Situation in der KPD im Jahre 1945 siehe Günter Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung, Berlin 1985.

13 SAPMO-BArch. NY 4109/12. Bl. 158ff.

14 Anton Ackermann: Fragen und Antworten. Berlin [1946]. S. 28.

Ackermann verleugnete später nicht, dass auch taktische Erwägungen die Orientierung auf den besonderen deutschen Weg förderten. Es sei seine Absicht gewesen, erinnerte er sich 1966, mit diesem Konzept »den Schreiern über uns ›Moskau-Knechte‹ den Wind aus den Segeln zu nehmen«¹⁵. Angesichts der weitreichenden politischen Konsequenzen kann das Konzept nationaler Wege jedoch nicht allein aus taktischem Kalkül erklärt werden.¹⁶

Ins Zentrum seines Artikels zum besonderen deutschen Weg rückte Ackermann neben der ausführlichen Klassikerexegese zwei Probleme, die zugleich den Kerngehalt des Konzepts ausmachten. Es sind dies zum einen die Möglichkeit gesellschaftlicher Umgestaltungen und der Eroberung der politischen Macht ohne Bürgerkrieg sowie zum anderen die Nutzung der Strukturen und Instrumentarien der bürgerlich-demokratischen Republik für diesen Prozess. Der besondere deutsche Weg entpuppt sich also vor allem als ein Konzept des friedlichen und demokratischen Übergangs zum Sozialismus und verdient allein deshalb schon unser heutiges Interesse.

Unter welchen Bedingungen Ackermann einen demokratischen Weg zum Sozialismus für möglich hielt, entwickelte er drei Monate später

15 SAPMO-BArch. NY 4109/71. Bl. 30.

16 Siehe u. a. Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996. – Ziele, Formen und Grenzen der besonderen Wege zum Sozialismus. Zur Analyse der Transformationskonzepte europäischer kommunistischer Parteien in den Jahren zwischen 1944/45 und 1948. Mannheim 1984. – Wolfgang Diepenthal: Drei Volkdemokratien. Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetische Besatzungszone Deutschlands 1944–1948. Köln 1974. – Gerd Dietrich: Zur Rolle der volksdemokratischen Länder und der Erfahrungen der Bruderparteien in der politisch-ideologischen Arbeit der SED 1947–1949. Phil. Diss. Berlin 1978. – Heinrich Heiter: Vom friedlichen Weg zum Sozialismus zur Diktatur des Proletariats. Wandlungen der sowjetischen Konzeption der Volksdemokratie 1945–1949. Frankfurt/M. 1977. – Ernstgert Kalbe: Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa. Das Hinüberwachsen des Widerstandeskampfes gegen den Faschismus in die Volksrevolution (1941–1944/45). Ein revolutionsgeschichtlicher Vergleich. Berlin 1974. – Christoph Kleßmann: Die deutsche Volksdemokratie. Geschichte, Theorie und Rezeption des Begriffs in der SBZ/DDR. In: Deutschland Archiv. Heft 5/1975. S. 375ff. – Dietrich Staritz: Sozialismus in einem halben Land. Zur Programmatik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR. Berlin 1976.

vor dem Provinzialvorstand Sachsen der SED. Er nannte als Voraussetzung, dass die Herrschaft des Monopolkapitals, der Junker und Militaristen in ganz Deutschland gebrochen werden kann, die Einheit der Arbeiterbewegung gegeben ist, das Bündnis mit allen Werktätigen gefestigt werden kann und die staatliche Souveränität wiedererlangt wird. Dies hielt er zu diesem Zeitpunkt weder für ausgeschlossen noch für sicher.¹⁷ Spätestens hier wird deutlich, dass in die Betrachtung des demokratischen Weges zum Sozialismus das Konzept der antifaschistisch-demokratischen Reformen einbezogen werden muss. Diese Reformen waren darauf angelegt, die Kräfteverhältnisse zu verändern und neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen.¹⁸ Sie können faktisch als Präzisierung der Schritte gelten, die Ackermann in seinem Einheit-Artikel offen lässt.¹⁹ Da Ackermann federführend an diesem Reformprogramm beteiligt war, muss kein Zusammenhang herbeigeredet werden. Aus der Vereinigung der beiden Hauptströme der Arbeiterbewegung erhoffte Ackermann, »dass eine stärkere (und infolgedessen auch schärfere) innere Auseinandersetzung in der Arbeiterschaft und im schaffenden Volk nach ihrem Klassensieg ... nicht auszubrechen braucht«²⁰. Mit solchen Überlegungen begab er sich in Gegensatz zu Stalins These, wonach sich der Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus gesetzmäßig verschärfen musste, da die untergehenden Klassen gerade wegen ihrer Schwäche mit allen Mitteln Widerstand leisten würden.²¹

17 Siehe SAPMO-BArch. NY 4109/15. Bl. 10.

18 Dieser Problemkomplex ist in der Literatur ausführlich dargestellt. Siehe u.a. Deutsche Geschichte. Bd. 9: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949. Berlin 1989. – Wolfgang Zank: Die Gesellschaftspolitik der KPD/SED 1945–1949. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 11/1990. S. 52ff.

19 Dass Ackermann keine inhaltliche Konzeption vorlegen konnte, wie Andreas Malycha behauptet, kann nicht bestätigt werden. Siehe Andreas Malycha: Vertane Chancen für einen eigenen Weg zum Sozialismus? S. 8.

20 Anton Ackermann: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. S. 32.

21 Siehe u. a. J. W. Stalin: Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B). In: Fragen des Leninismus. Moskau 1946. – Ders.: Werke. Bd. 12, Berlin 1955. S. 34. – Ders.: Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans. In: Werke. Bd. 15. Berlin 1955. S. 145ff., insbesondere S. 185ff.

Auf dieses Problem kam Ackermann am 27. März 1947 vor SED-Funktionären für Schulungs- und Bildungsarbeit noch einmal zurück. Damals äußerte er sich geradezu visionär über den Zusammenhang zwischen dem Weg zur Macht und dem Charakter der Machtausübung: »Die Möglichkeit unseres demokratischen Weges zum Sozialismus muss naturgemäß auch den Charakter der politischen Herrschaft des Proletariats beeinflussen, das heißt, wie das Proletariat in den Besitz der politischen Macht kommt, wird auch entscheidend dafür sein, mit welchen Mitteln es die politische Macht ausübt. Gewiss wird in dem Lande, wo diese Machtergreifung im Bürgerkrieg durch den bewaffneten Aufstand erfolgte, das Element des Gewalttätigen, das Element der Diktatur im Vordergrund stehen, während die demokratische Machtergreifung des Proletariats es ermöglicht, von Anfang an den tiefen humanistischen Charakter der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse in Erscheinung treten zu lassen. Also können wir sagen, dass der demokratische Weg zum Sozialismus ... auch neue Formen der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse erzeugen wird, und zwar solche Formen ..., wo das demokratische Wesen, das Fortschrittliche, Humanistische dieser politischen Herrschaft von Anfang an klar in Erscheinung tritt.«²² Es ist dies die weitest gehende Aussage Ackermanns zum Thema. Sie belegt die Ernsthaftigkeit mit der Ackermann über Möglichkeiten und Weiterungen des Konzepts vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus nachdachte. Sie ist auch deshalb bemerkenswert, da die politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1947 eigentlich keinen Anlass zu euphorischen Erwartungen abgaben.

Der entscheidende revolutionstheoretische Bezugspunkt für Ackermanns Überlegungen zum Nachkriegskonzept der KPD und zur Wegproblematik ergab sich aus Lenins Arbeit »Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution« von 1905. Sie beschäftigte ihn nicht erst seit der Niederschrift des Aufsatzes für die »Einheit«. Dazu gab er 1965 zu Protokoll: »Worin bestand die Grundidee meiner Konzeption ...? Sie bestand in der einfachen Erwägung: Die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, die Tatsache, dass in Deutschland die bürgerlich-demokratische Umwälzung nie zu Ende geführt wurde, machen es notwendig und möglich, Lenins ›Zwei Tak-

22 SAPMO-BArch. NY 4109/15. Bl. 542.

tiken« auf das hochentwickelte (in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht hochentwickelte) Deutschland anzuwenden. In beiderseitigen Sinn: kein Überspringen der allgemein-demokratischen Etappe, aber auch keine ganze ›historische Etappe‹ bürgerlich-demokratischer Zustände, sondern eine moderne, den Bedingungen in Deutschland entsprechende Form der demokratischen Diktatur der Arbeiter-und-Bauern-Herrschaft. Das war für mich gleichzeitig die gegebene Form des Heranführens an die proletarische Revolution, an die Diktatur des Proletariats, wobei der Weg auch die Form beeinflussen musste.«²³ Diese Überlegungen hätten ihn seit 1933 beschäftigt.

Ackermann partizipierte von mehreren Überlegungen Lenins. Zum einen ist es das Konzept der zwei Etappen, das sich für die Korrektur der KPD-Politik regelrecht anbot, nachdem klar war, dass der direkte Weg zur proletarischen Revolution auch nach der Niederlage des Faschismus unrealistisch bleiben musste. Zum anderen bot sich die These von der Führungsrolle der Arbeiterklasse in den bürgerlichen Revolutionen der modernen Epoche für die Situation nach 1945 an. Außerdem ließen sich Fragen des Bündnisses und des Heranführens an die sozialistische Revolution aus der Etappenkonstruktion ableiten. Der Begriff der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern war geeignet, Übergangsformen der Macht in einem Umwälzungsprozess zu beschreiben, die eine fließende Überleitung in die sozialistische Revolution ermöglichen sollten. Die »Aprilthesen« von Lenin stützten sein Votum für einen friedlichen Weg.²⁴

Die Orientierung auf einen besonderen deutschen – respektive demokratischen und friedlichen – Weg zum Sozialismus beschäftigte Ackermann über die Arbeit an den »Grundsätzen und Zielen der SED« hinaus. Auf der 6. Tagung des Parteivorstandes der SED im Oktober 1946 bekräftigte er seine Position: »Es ist eine Tatsache, dass Deutschland in industrieller Beziehung und in der Entwicklung der Produktivkräfte viel weiter entwickelt ist als Russland 1917 und dass in Deutschland die Arbeiterklasse allein schon zahlenmäßig die Mehrheit der Bevölkerung darstellt, dass wir insbesondere die Möglichkeit

23 SAPMO-BArch. NY 4109/69. Bl. 67.

24 Siehe W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: Ders.: Werke. Bd. 9. Berlin 1966. S. 3ff. – Ders.: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution. In: Ders.: Werke. Bd. 24. Berlin 1975. S. 3ff. – SAPMO-BArch. SgY 30/1291/2. Bl. 394.

haben, in ganz Deutschland die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. Wenn uns das gelingt, ist ganz klar, dass die Form der politischen Herrschaft in Deutschland eine wesentlich andere als in Russland sein wird. Deshalb soll man nicht in der Partei und nicht nach außen über die Diktatur des Proletariats sprechen, sondern wir sprechen im Zusammenhang mit dem Sozialismus über die Macht der Arbeiterklasse unter Betonung der Möglichkeit, dass diese Macht mit demokratischen Mitteln ausgeübt werden kann. Das ist mein Standpunkt, den ich noch einmal kurz präzisieren wollte, das wir keine Diskussion über Diktatur brauchen.«²⁵ Im März 1947 erläuterte er sein Konzept nochmals ausführlich vor Funktionären der SED. Er machte geltend, dass der demokratische Weg »der bequemste, der kürzeste und humanste Weg ist«²⁶ Ein neuer Typ von Staat könne diesen Weg zum Sozialismus öffnen. Dabei verweist er auf die Elemente der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und auf die Entwicklung in Jugoslawien. Solche Äußerungen mussten ihn ein Jahr später schwer belasten, nachdem dieses Land dem Verdikt Moskaus verfiel und das sowjetische Gesellschaftsmodell wieder als verbindlich für alle galt.

Mit der 10. Tagung des Parteivorstandes im Mai 1948 wurde auch in der SED die Orientierung der Vereinigungsphase sukzessive abgebaut und die Partei am Modell der KPdSU ausgerichtet.²⁷ Die entscheidende Abrechnung mit der Konzeption eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus fand auf der 15. Tagung des Parteivorstandes der SED im September statt, nachdem bereits auf der vorangegangenen Tagung im Zusammenhang mit den Lehren der Novemberrevolution die Wege-Problematik zur Debatte stand. Die Entschließung des Kominformbüros zur Jugoslawien-Frage vom Juni 1948 zwang auch die SED zur Einordnung. Kalter Krieg und Lagertheorie duldeten keine Abweichungen. Der Kurswechsel dürfte auch manchen Funktionären, denen der Sonderweg von Beginn an suspekt war, sehr willkommen gewesen sein. Sie hatten ihn bestenfalls als taktischen Winkelzug

25 SAPMO-BArch. NY 4109/14. Bl. 298f.

26 Ebenda. NY 4109/15. Bl. 542.

27 Siehe Thomas Friedrich / Christa Hübner / Herbert Meyer / Kerstin Wolf (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED. Berlin 1995. – Andreas Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1955. Paderborn / München / Wien / Zürich 2000. S. 278ff.

toleriert. In diesem Klima sah Anton Ackermann keine anderen Möglichkeiten als die der Selbstverleugnung und der Selbstkritik, die er wenige Tage später mit einem Artikel in der Parteipresse öffentlich machen musste.²⁸ Außerdem dürfte ihm bewusst gewesen sein, welche Folgen für die SED zu befürchten waren, wenn ihre Politik nicht mehr die Unterstützung der KPdSU fand. Sein Verweis, dass die Orientierung auf den besonderen deutschen Weg keine Privatangelegenheit war, fand wenig Widerhall. Die meisten Diskussionsredner legten vielmehr Wert auf die Beteuerung, nie am Vorbild der Sowjetunion und an der Notwendigkeit erbitterter Klassenkämpfe gezweifelt zu haben. Die erlernten und verinnerlichten Mechanismen der Distanzierung und der Parteidisziplin funktionierten auch in der neuen Einheitspartei. Die in die »Grundsätze und Ziele« übernommenen Orientierung auf einen demokratischen Weg zum Sozialismus sei aus der spezifischen Situation zu erklären, aber unter den veränderten Bedingungen nicht mehr zeitgemäß.²⁹

Bereits im Juli hatte Walter Ulbricht auf der 1. Staatspolitischen Konferenz der SED in Werder bei Potsdam verkündet: »Wir müssen uns von den traditionellen Vorstellungen der formalen bürgerlichen Demokratie, von den Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus trennen.«³⁰ Die Orientierung auf eine bürgerlich-parlamentarische Republik des Jahres 1945 war zu den Akten gelegt.

Die Auseinandersetzungen des Jahres 1948 gingen nicht spurlos an Ackermann vorüber. Dennoch mischte er sich 1955 erneut in die Diskussion um die Lehren aus dem 17. Juni ein.³¹ Seine Forderung, inhaltliche und personelle Konsequenzen aus diesem Debakel zu ziehen,

28 Siehe SAPMO-Barch. DY 30/IV 2/1/52. Bl. 187–199, abgedruckt in: Thomas Friedrich / Christa Hübner / Herbert Meyer / Kerstin Wolf (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. S. 378–384. Zum Widerrufartikel siehe Anton Ackermann: Über den einzig möglichen Weg zum Sozialismus. In: »Neues Deutschland« vom 24.9.1948.

29 So der Tenor der Stellungnahmen der paritätischen Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Siehe Thomas Friedrich / Christa Hübner / Herbert Meyer / Kerstin Wolf (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. S. 392–395 und 400–405. – Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Neue Einsichten, Dokumente, Reden und Schriften. Bd. 2: Mai 1946 bis Januar 1949. Berlin 1994. S. 410ff.

30 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. III. Berlin 1963. S. 253.

31 Siehe Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1955. Interne Dokumente. Berlin 2005. S. 25, 175f., 243.

wurden wenige Monate später als Fraktionsbildung und parteifeindliches Verhalten bewertet und mit der Entfernung aus allen Parteifunktionen geahndet. Obwohl später stillschweigend rehabilitiert, erlangte er nie wieder Einfluss auf die Parteipolitik. Um so kritischer verfolgte er, wie ehemalige Mitstreiter und Kontrahenten, die 1948 und 1953/54 seine Verurteilung betrieben, das Konzept besonderer nationaler Wege plötzlich für sich reklamierten. Anton Ackermann hatte Landräten und Oberbürgermeistern Mecklenburgs bei einem Vortrag im Juni 1946 mit auf den Weg gegeben: »Undemokratisch wird sich rächen«⁵². Ihm war damals sicher nicht bewusst, das Menetekel der SED-Politik formuliert zu haben.

52 SAPMO-Barch. NY 4109/13. Bl. 88.

STEFAN DOERNBERG

Ein embryonaler deutscher Weg zum Sozialismus

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts liefert viele Beispiele, wie wichtig es sein kann, das richtige Verhältnis zwischen allgemein verbindlichen Grundzügen oder Werten einer sozialistischen Entwicklung und nationalen Besonderheiten bzw. konkreten Formen ihrer Umsetzung zu definieren und zu praktizieren. Zumindest in einem embryonalen Zustand bildete sich nach 1945 ein deutscher Weg zum Sozialismus heraus. Der von Anton Ackermann 1946 am Vorabend der Vereinigung von SPD und KPD für das erste Heft der von beiden Parteiführungen gemeinsam herausgegebenen Zeitschrift »Einheit« verfasste Beitrag ist schon deshalb einer Würdigung wert, weil sich das gleiche Problem auch gegenwärtig allen Parteien und Bewegungen stellt, die eine realisierbare antikapitalistische Alternative auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Trotzdem sollte folgendes nicht vergessen werden. Mehr noch als in anderen Ländern stand in Deutschland 1946 nicht eine sozialistische Revolution auf der Tagesordnung. Dafür fehlten sowohl die inneren wie die äußeren Voraussetzungen. Die Orientierung auf eine sozialistische Umwälzung konnte sogar eine demokratische Neugeburt und damit die Überwindung der durch den Hitlerfaschismus und seinen Krieg verschuldeten nationalen Katastrophe verhindern. Dennoch musste eine sozialistische Partei dazu Stellung nehmen, wie sie sich ihr im Maximalprogramm definiertes Endziel und den weiteren Weg dazu vorstellte. Anton Ackermann hat das sehr überzeugend dargelegt. Er begründete vor allem, warum sich in Deutschland die Möglichkeit ergeben hatte, einen späteren Übergang zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf friedlichen, darunter parlamentarischen Weg zu vollziehen. Ich kann mich aber gut daran erinnern, dass nicht diese Problematik den Vereinigungsprozess bestimmte. Die Mitglieder der SPD und der KPD, wie insgesamt die Öffentlichkeit, bewegten vor allem die Tagesfragen, die aktuell anstehenden Probleme. Unter ihnen wurde zunehmend die Ausmerzung

der Wurzeln des Faschismus, darunter die Entmachtung aller Schuldigen verstanden, die das deutsche Volk in die nationale Katastrophe gestürzt hatten. Schon deshalb gab es keine größere Diskussion über den Artikel von Anton Ackermann, der auch nicht als eine persönliche Meinungsäußerung verstanden werden darf.

Die Bedeutung des Beitrags von Anton Ackermann sehe ich zugleich darin, dass er nicht nur von einer Analyse der damaligen konkreten deutschen Situation ausging, sondern prinzipielle Probleme aufwarf, die auch heute zum Nachdenken anregen können. Schon deshalb teile ich die von Anton Ackermann 1948 dargelegte Position, dass nicht der Artikel sondern ein Beharren auf seinen Thesen angesichts der sich international wie in Deutschland so radikal geänderten Situation verwerflich geworden sei. Nachträglich hatte sich außerdem deshalb als abwegig ergeben, von besonderen Wegen zu sprechen, da dies angeblich als eine Leugnung der Pionierrolle der Sowjetunion und sogar als eine Frontstellung gegen das Vermächtnis der sozialistischen Oktoberrevolution und des Leninismus ausgelegt werden könnte.

Zu einer Revision des bisher eingeschlagenen Weges in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung kam es in Ostdeutschland nicht. Trotzdem wurde jedoch der notwendige weitere Erkenntnisprozess nach einem optimalen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung zunächst behindert, wenn nicht gestoppt. Dabei möchte ich aber auf einen Paradox hinweisen. Der Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zur proklamierten Errichtung des Sozialismus vollzog sich dann weitgehend als Bestätigung des 1946 von Anton Ackermann so ausführlich beschriebenen »besonderen deutschen Weges«. Mit einer wichtigen Abweichung. War 1945/1946 nach dem totalen Zusammenbruch des imperialistischen Herrschaftssystems als Folge des militärischen Sieges der Antihitlerkoalition über das faschistische Deutschland die spätere Möglichkeit einer friedlichen Transformation für ganz Deutschland als denkbare Variante angedacht, so betraf der Beschluss von 1952 nur die Entwicklung eines deutschen Teilstaates, noch dazu des kleineren. Die real eingetretenen Folgen des Zusammenbruchs des faschistischen Reichs hatten den Übergang zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erleichtert, aber in vieler Hinsicht auch erschwert. Nicht zuletzt deshalb herrschte bei der SED-Führung eine schematische Übernah-

me von in der Sowjetunion angewandten Methoden seit Anfang der 50er Jahre eindeutig vor.

Seit 1956, genauer mit dem 20. Parteitag der KPdSU erhielt der Diskurs über das Verhältnis zwischen den allgemeingültigen und den national geprägten Kriterien des Sozialismus jedoch wieder einen höheren Stellenwert. In gewissen Sinn hatte das schon für den 1953 proklamierten »neuen Kurs« gegolten. So orientierte dieser zumindest im Ansatz auf mehr demokratische Mechanismen, auf die Förderung unterschiedlicher Eigentumsformen, verbunden mit mehr Wettbewerb und einer stärkeren Hinwendung auf die Entwicklung jener Zweige der Volkswirtschaft, die der Befriedigung des Konsums der Bevölkerung dienten. Der »neue Kurs« war jedoch eher als ein erzwungenes Zugeständnis und damit von seinen Urhebern von Anfang an als Provisorium gedacht, wurde ja schon zwei Jahre später als angeblich nicht mehr erforderlich ad Acta gelegt. Dabei hatte es die Geschichte bereits bewiesen, wie wichtig es stets sein musste, in jedem Land die konkret-historischen und zugleich die nationalen Eigenarten oder Merkmale genau zu beachten. Die Oktoberrevolution von 1917 verdient es nicht zuletzt deshalb als Große Sozialistische Revolution in die Geschichte einzugehen, weil sie auf der Vernetzung von allgemeingültigen und nur ihr eigenen Merkmalen beruhte und gerade auch deshalb siegreich sein konnte. Theoretisch war das nicht bestritten. Nie jedoch kam es weltweit zu einer solchen intensiven Diskussion wie unmittelbar nach dem 20. Parteitag der KPdSU. Angesichts der veränderten internationalen Situation wurde auch auf die Möglichkeit eines parlamentarischen Übergangs zu einer sozialistischen Transformation verwiesen, bei dem der Ausbruch eines Bürgerkrieges und auch einer ausländischen Intervention verhindert werden konnte. Es war aber nur eine vage Möglichkeit. Eingetreten ist sie bekanntlich weder in Chili noch in Portugal, noch woanders. Heute dürften die Voraussetzungen noch geringer sein, könnten sich aber in der Zukunft wider ergeben.

Angesichts der Realitäten des 20. Jahrhunderts, aber nicht nur deshalb, gelang es in keinem europäischen Land die so wichtige Erkenntnis über die strikte Beachtung der jeweils richtigen Vernetzung von allgemeingültigen und konkret nationalen Merkmalen einer sozialistischen Transformation in der praktischen Politik umzusetzen. Genauer gesagt, gelang es nur zum Teil. Das aber auch auf deutschem

Boden. Dabei konnten Erfahrungen bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung genutzt werden. Deshalb möchte ich noch einmal an sie erinnern. War sie auch nicht als Vorstufe oder gar erste Etappe einer sozialistischen Revolution beabsichtigt, so konnte sie doch beträchtlich einen späteren Übergang zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erleichtern. In ihrem Verlauf wurde erstmalig in der Geschichte in einem hochkapitalistischen Land, dabei in einer vormals imperialistischen Großmacht, die eine besonders enge Verschmelzung des Finanzkapitals mit der Staatsmacht geprägt hatte, die ökonomische und politische Dominanz des Großkapitals gebrochen. Daran hatten politische und soziale Kräfte mitgewirkt, die durchaus nicht für eine antikapitalistische Vision eintraten. Das war eine unikale Erfahrung. Dabei darf nie die spezifische Situation nach dem militärischen Zusammenbruch des »Dritten Reichs« vergessen werden. Er war ja auch insofern ein totaler, weil er alle Bereiche umfasste, vor allem sämtliche staatliche Strukturen, die Handlungsfähigkeit des Großkapitals, die Justiz und die Massenmedien. Trotzdem musste es von den politischen Kräften in Deutschland und der notwendigen Willensbildung und Aktionsfähigkeit der Volksmassen abhängen, ob dieser Zusammenbruch der alten Ordnung für einen tiefgreifenden und nachhaltigen Umbruch genutzt wurde.

Die zunächst propagierte Auffassung, es hätte sich grundsätzlich um eine bürgerlich-demokratische Umwälzung oder Revolution bzw. sogar nur um ihre seit hundert Jahren ausstehende Vollendung gehandelt, war aber unrichtig. Selbst zehn Jahre später wurde an dieser Definition festgehalten, darunter in Veröffentlichungen von Walter Ulbricht. Die Verfechter dieser These stützten sich auf eine bemerkenswerte Position von Lenin, die er 1905 vertreten hatte. Sie wurde aber schematisch übernommen, obwohl sich die Situation in Deutschland grundlegend von der im sozial-ökonomisch so rückständigen zaristischen Russland unterschied. Ich erinnere mich an Diskussionen, die es zu meinen Einwänden gab, als ich eindeutig für den Begriff der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung eintrat. Diese war weder die konkrete Abart einer unvollendeten bürgerlich-demokratischen noch des Beginns einer sozialistischen Revolution. Späterhin gab es Bestrebungen, die Anfänge einer sozialistischen Umwälzung oder Revolution mit 1945 zu terminieren. Das war nicht weniger falsch. Schon deshalb, weil die antifaschistisch-demokratische Umwälzung

als ein gesamtdeutsches Projekt angedacht und begonnen wurde. Bei einem Gelingen hätte sie ihren eindeutig antiimperialistischen Charakter auf dem Boden einer vormaligen imperialistischen Großmacht behalten. Ob und wie sie in eine sozialistische, also generell antikapitalistische Alternative hinübergewachsen wäre, kann niemand beantworten.

Die Erinnerung an den umfassenden Reformprozess, der 1945 einsetzte, ist auch deswegen so aktuell, weil wohl gegenwärtig – sicher aus anderen Gründen – Überlegungen für das Gelingen einer demokratischen Umwälzung zur Eliminierung der unheilvollen Dominanz des neoliberalistisch agierenden Großkapitals und seiner Interessenvertreter nicht ausbleiben sollten. Die Geschichtsforschung könnte einige Anregungen, natürlich nicht mehr vermitteln.

Das gilt auch für die fast vier Jahrzehnte, in denen in der DDR die offizielle Orientierung auf den Aufbau bzw. die Ausgestaltung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vorherrschte. (Ich gehe hier nicht darauf ein, in wiefern bei einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte die DDR als ein sozialistischer Staat bezeichnet werden darf. Von einem entwickelten Sozialismus konnte bestimmt keine Rede sein.) Dennoch möchte ich mich hier darauf beschränken, in welchem Maße von einem »besonderen deutschen Weg« gesprochen werden kann. Dabei handelt es sich insofern nicht um die Anfangsphase oder die Errichtung einer entsprechenden politischen Macht als Voraussetzung für einen sozialistischen Entwicklungsweg.

Bei der Durchsicht meines privaten Archivs habe ich einige Unterlagen über eine Diskussion gefunden, in der es um die besonderen Merkmale der sozialistischen Entwicklung in der DDR, wenn man will ein gewisses Unikum ging. Ein Unikum deshalb, weil sich Deutschland durch seine historische Entwicklung, darunter seine Klassenstruktur von allen anderen Ländern unterschied, die man damals zum sozialistischen Weltssystem rechnete. 1960 fasste ich in einem Artikel für eine Moskauer Geschichtszeitschrift meine damaligen Gedanken zusammen. Einige Jahre später fand in Prag in der Redaktion der Zeitschrift »Probleme des Friedens und des Sozialismus« ein Meinungsaustausch zum Thema »Die Kommunisten und die Demokratie« statt. Auch dort wurden Erfahrungen der DDR angesprochen, die vor allem bei Marxisten aus Westeuropa mit Interesse aufgenommen wurden. Natürlich darf man weder die Unterschiedlichkeit der Ausgangsposi-

tion vergessen, noch die Konsequenz der Politik bei der Suche nach neuen Wegen überbewerten. Dennoch sollte man durchaus anerkennen, dass es in gewissem Maße dieses Unikum eines deutschen Weges zum Sozialismus gab, zumindest Versuche, diesen anzusteuern, Aus meiner Sicht galt das bis zum Beginn der siebziger Jahre.

Zweifellos geschah das nicht zuletzt aus Rücksicht auf die deutsche Spaltung, bemühte sich doch die DDR bis zu diesem Zeitpunkt um die Wiederherstellung der staatlichen deutschen Einheit, sei es in Etappen oder zunächst in der Form einer Konföderation der beiden so konfrontativen deutschen Staaten. Berücksichtigt wurden aber auch die spezifischen Erfordernisse, die sich daraus ergaben, dass Deutschland fast seit einem Jahrhundert zu den entwickeltsten kapitalistischen Industriestaaten gehörte. Etwa zwei Jahrzehnte wurde am Nebeneinanderbestehen unterschiedlicher Eigentumsformen an den Produktionsmitteln festgehalten. Auch die Förderung halbstaatlicher Betriebe war eine bemerkenswerte neue Erfahrung. Ihre Liquidierung nach dem VIII. Parteitag der SED kann nur als Fehlentscheidung qualifiziert werden. Ein relativ breites und zudem gewinnbringendes Netz von Handwerksbetrieben, privaten wie genossenschaftlichen, unterschied die DDR ebenfalls von anderen sozialistischen Ländern. Durchaus eigene Formen und Methoden der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft wurden in der DDR angewandt. Sie wie andere mehr spezifische Erfahrungen, ob bei der Entwicklung der Volkswirtschaft oder in vielen anderen Bereichen, sollten mehr als bisher ausgewogen analysiert werden.

Sie gehören nach meiner Auffassung schon zu einem »besonderen deutschen Weg«. Dabei hatte er positive wie negative Seiten, die beide nicht vergessen werden sollten. Wie unvollständig und zum Teil eher deklarativ das an Einfluss immer mehr verlierende Mehrparteiensystem in der DDR war, spielte auch dies eine spezifische Rolle, sollte nicht nur negativ bewertet werden. Es unterschied sich schon von dem Parteiensystem in anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Es gibt weitere Momente, die zu erwähnen wären. Dazu gehört die Haltung zu den Kirchen in ihrer ganzen Wechselhaftigkeit, zur deutschen Geschichte, der hohe Stellenwert einer Friedenspolitik wie der tagtäglichen Auseinandersetzung mit dem benachbarten deutschen Kapitalismus. Alles Probleme, die bei ihrer ausgewogenen Analyse in die hier behandelte Thematik einfließen. Auch sie bestätigen,

wie wichtig ein undogmatisches und damit kreatives Herangehen an die Ausarbeitung und Umsetzung unterschiedlicher Wege bei der Verwirklichung einer sozialistischen Transformation sein muss.

Abschließend möchte ich aber davor warnen, jeden Versuch, einen gesonderten Weg zu initiieren, nur positiv zu bewerten. Es gibt auch keine Beweise dafür, dass eine konträre alternative Strategie zu der im 20. Jahrhundert erprobten unter den damaligen Bedingungen zum Erfolg geführt hätte. Schon deshalb kann ich nicht einer heute weit verbreiteten Diktion zustimmen, die auf eine generelle Verdammung der in der UdSSR angewandten Formen und Methoden beim sozialistischen Aufbau abzielt. Eine objektive Geschichtsforschung erfordert, stets von den konkreten inneren und äußeren Bedingungen auszugehen. Wir sollten auch nicht vergessen, dass trotz vieler Fehlentscheidungen bzw. nicht rechtzeitiger Korrekturen und durch nichts zu rechtfertigender Verbrechen der in der Sowjetunion praktizierte Weg weitgehend das 20. Jahrhundert geprägt hat. Dazu gehört nicht zuletzt der entscheidende Anteil der UdSSR, den sie zur Zerschlagung des faschistischen Aggressoren und damit zur Rettung der menschlichen Zivilisation vor der ihr drohenden Katastrophe geleistet hat. Nur als sozialistischer Staat war sie dazu imstande. Auch deshalb halte ich es für falsch, wenn die in der DDR und anderen Ländern verbreitete Orientierung an sowjetischen Erfahrungen als Hauptursache für die Implosion an der Wende der achtziger Jahre definiert wird. Eine ausgewogene und in diesem Sinn kritische Analyse der gemeinsamen wie unterschiedlichen Erfahrungen kann nicht nur zu einem besseren Verständnis der Vergangenheit beitragen, sondern auch Anregungen für eine reale Zukunftsplanung vermitteln.

Die Erfahrungen, die sich aus der Geschichte der DDR ableiten lassen, dürfen nicht unterbewertet wenn auch nicht überbewertet werden. Der deutsche Weg zum Sozialismus auf dem Boden eines entwickelten kapitalistischen Industriestaates wuchs in mancher Hinsicht über einen embryonalen Zustand hinaus, erreichte aber nie annähernd eine Vollendung.

SIMONE BARCK

Deutschland – Sein oder Nicht-Sein: Paul Merkers historische Analyse und sein Nachkriegskonzept

Beiträge zur Geschichte müssen schonungslos sein.
Die Zukunft ist immer auch ein Stück Vergangenheit.
Die Zukunft kann sich nur dann besser und
glücklicher gestalten, wenn die Fehler der Vergangenheit
rückhaltlos aufgedeckt werden.

Mai 1944

Wenn über historische Alternativen strategisch konzeptioneller Vorstellungen für ein Deutschland nach Hitler, die sich von der Hauptlinie des in Moskau entwickelten Programms für eine kämpferische Demokratie unterschieden, nachgedacht werden soll, ist damit *erstens* die Frage nach dem individuell möglichen Anteil einzelner führender Parteifunktionäre und deren Stellung innerhalb des sog. Partei-Kaders aufgeworfen. *Zweitens* wäre zu erörtern, welche Chancen andere als die aus Moskau kommenden Konzepte und Praktiken überhaupt hatten und welche Gründe es für die bewusste Verschüttung solcher anderer Konzepte gegeben hat. *Drittens* gilt es zu bedenken, welche historischen Vorstellungen von einem sozialistisch-demokratischen Gesellschaftsmodell als überlieferte Erfahrungen für heutige Diskussionen und programmatische Konstellationen von belang sein könnten.

Zunächst eine kurze Erinnerung an das Erscheinungsbild der KPD, ihre Strukturen und ihre Akteure. Die KPD, eine der mächtigsten kommunistischen Parteien der KI, war realiter durch die Niederlage 1933 in die schwerste Krise seit ihrer Gründung geraten. Die »Rote Fahne« vom 1.2.1933 hatte allerdings noch getitelt: »Hitler regiert – der Kommunismus marschiert« und es dauerte bekanntlich noch zwei Jahre, bis sich auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale diese bittere Erkenntnis in der KPD in Führung und Mitgliedschaft durchgesetzt hatte. Die mangelhafte und ungenügende Vorbe-

reitung auf Illegalität, Widerstand und Emigration (resultierend vor allem aus der voluntaristisch ausgerichteten Politik für ein baldiges Sowjetdeutschland) und der sofort einsetzende faschistische Terror führte in den ersten Jahren der NS-Diktatur zu erheblichen Opfern. Illegaler Kampf im Innern und theoretischer und praktischer Kampf vom Exil aus, die zunehmende stalinistische Durchherrsung der KI und ihrer Sektionen in den 30er Jahren bedingten eine zutiefst widersprüchliche Existenzweise für deutsche Kommunisten nach 1933. Die Selbstdarstellung der Partei in ihren offiziellen Dokumenten suchte das Bild einer geschlossenen, aktiven, von inneren Kämpfen weitgehend freien antifaschistischen Kampfpartei zu suggerieren, das mit den Erfahrungen der Kommunisten vor Ort – ob innerhalb Deutschlands oder in den verschiedenen Exilländern – nur wenig übereinstimmte.

Dass insbesondere die praktischen Erlebnisse, Erfahrungen und Aktionen in dem Bemühen um Einheits- und Volksfront zu Korrekturen der Sozialfaschismus-These beitrugen, soll hier nur als Indiz genannt werden. Aus unterschiedlichen Erfahrungen im innerdeutschen Kampf und in den verschiedenen Exilländern erwachsen auch divergierende Vorstellungen für ein Deutschland nach Hitler.

Die Rekonstruktion solcher in Akzenten unterschiedlicher Entwürfe wurde lange von einer voluntaristischen Parteigeschichtsschreibung in der DDR verstellt, einer Art und Weise von Geschichtsschreibung, die Christoph Hein 1989 als Fünfte Grundrechenart böse, aber zutreffend beschrieben hat. Danach werde zuerst der Schlussstrich gezogen und das erforderliche und gewünschte Ergebnis darunter geschrieben. »In einer Geschichtsbetrachtung, die dieser Grundrechenart huldigt, wird mit Auslassungen, Vernachlässigungen und scholastischen Rösselsprüngen gearbeitet, es wird verschwiegen und geglättet, um aus dem Labyrinth der Geschichte möglichst fleckenlos und schnell zu jenem Ausgang der Gegenwart zu gelangen, der dem gewünschten Selbstverständnis am nächsten kommt.«¹

Die Dominanz der in Moskau entwickelten Programmatik hatte die Unterbelichtung anderer Vorstellungen zur Folge. Die in § 44 des Parteistatuts der KPD festgeschriebene »strengste Parteidisziplin« als

1 Christoph Hein: Gut gemeint ist das Gegenteil von wahr. In: »Sonntag« 45(1989).

höchste Pflicht der Parteimitglieder wurde unter dem psychologischen und physischen Druck des deutschen Faschismus und der stalinistischen Dogmatisierung der Parteistrukturen (meint die Allmacht des Parteiapparats gegenüber den einzelnen Mitgliedern) zum antifaschistischen Wert an sich. Diese »strengste Parteidisziplin« war es auch, die führende Parteifunktionäre nach 1945 in rückblickenden Lebenserinnerungen auch in der Retrospektive vor einer kritischen Bilanz der Parteientwicklung und ihrer tatsächlichen Rolle in der Geschichte zurückschrecken ließ.

Wie bereits Ansätze zu solch kritischer Bilanz in der DDR verhindert worden sind, zeigt das Beispiel der Veröffentlichung der Memoiren von Franz Dahlem »Am Vorabend des 2. Weltkrieges 1938« im Berliner Dietz Verlag 1977. Die zwei Bände, die seinerzeit zum ersten Mal ausführlich auf die Vorgänge im französischen Exil, auf die komplizierten Volksfrontbemühungen eingingen, enthielten in der Bewertung Willi Münzenbergs noch die parteioffizielle Einschätzung von ihm als »Parteischädling« und »Verräter«, auch eine Bewertung der alarmierenden innersowjetischen Vorgänge der 30er Jahre suchte der Leser vergeblich in diesen Bänden. 1990 wurde »Nachgelassenes. Ausgelassenes«² seiner Erinnerungen in Heft 1 der »Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung« veröffentlicht. Dabei handelte es sich um Textpassagen, die seinerzeit für die Ausgabe von der Parteizensur als nicht druckbar aus dem Manuskript genommen worden waren. Es sind dies die Schilderung seiner Teilnahme am Prozess gegen Bucharin u. a., seine noch heute aufschlussreichen damaligen Erklärungsversuche, seine Haltung zu Stalin und die Schilderung der gegen ihn vorgebrachten ungerechtfertigten Beschuldigungen als »Handlanger« des französischen und amerikanischen Geheimdienstes im Zusammenhang des Slansky-Prozesses.³

Bekanntlich war die Geschichte der KPD durch Fraktionskämpfe geprägt, da gab es rechte und linke Abweichler, Opportunisten, Revisionisten, Versöhnler, Doppelzüngler, Sektierer, Trotzkiten u. ä. Die

2 Franz Dahlem: Nachgelassenes. Ausgelassenes. Über einen Prozeß und die Schwierigkeiten seiner richtigen Beurteilung. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 1(1990). S. 17–25. (Vorbemerkung Horst Blumberg.)

3 Siehe hierzu: Simone Barck: Antifa-Geschichte(n). Eine literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre. Köln / Weimar / Wien 2005. S. 232–234.

Vertreter abweichender Standpunkte und Haltungen wurden als oppositionelle Plattformen und Gruppierungen (Fraktionen) aus der Partei ausgeschlossen, in den 30er Jahren und erneut in den 50er Jahren konnte sie zur lebensgefährlichen Bedrohung werden und zur Begründung ungesetzlicher Maßnahmen, der psychischen und physischen Vernichtung von vielen verdienten deutschen Kommunisten dienen. Ausschaltung von Opposition in der Partei hieß also immer auch Ausschaltung von Personen, die dann nur noch als »Un-Personen« tabuisiert worden sind.

Welche Spielräume einzelne Funktionäre innerhalb der Partei hatten, in welchem Rahmen es möglich war, innerhalb der Partei und ihrer Gesetze eigenständige, noch nicht von den Leitungs- und Kontroll-Gremien der Partei beschlossene, Konzepte für ein Deutschland nach Hitler zu entwerfen, soll im folgenden am Beispiel Paul Merkers (1894–1969) in Mexiko untersucht werden.

Als der 48jährige Paul Merker im Juni 1942 in buchstäblich letzter Minute aus Marseille per Schiff nach Mexiko entkommen konnte, lagen angestrengte Jahre illegalen Kampfes in Deutschland, den USA und in Frankreich hinter ihm. Seit der Brüsseler Konferenz 1935 und der Berner Konferenz 1939 gehörte Merker dem höchsten Leitungsgremium der KPD, dem 5-köpfigen Politbüro an.

Damit war er als einziges Politbüromitglied auf dem amerikanischen Kontinent (Ulbricht, Pieck, Florin in Moskau, Thälmann und Dahlem im faschistischen Gefängnis) prädestiniert, im Auftrag der KPD-Führung deren Politik zu vertreten. Merkers Arbeitsgebiet in der Partei war seit den 20er Jahren die Gewerkschaftspolitik gewesen, die er auch in der RGI vertrat. Sie hatte ihm 1930 ungewollt einen ersten Konflikt mit der Parteiführung eingetragen, als er exemplarisch die Politik der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) entwickelt und propagiert hatte. Das war in seiner eingängig verfassten Broschüre »Die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse und der Weg der revolutionären Gewerkschaftsopposition« (Berlin 1929) im einzelnen nachzulesen gewesen. Die Gründung separater kommunistischer Gewerkschaften, gerichtet gegen die mehrheitlich reformistisch ausgerichteten Gewerkschaften, resultierte auch aus der problematischen, für die Aktionseinheit der organisierten Arbeiter verhängnisvollen Sozialfaschismus-These.

Sowohl die Bildung der RGO wie die Sozialfaschismus-These war Ende der 20er Jahre die offizielle Parteilinie und keine Einzelmeinung von Merker. Als sich jedoch spätestens 1930 zeigte, wie schädlich sich diese RGO-Linie für die Einheitsfrontbestrebungen praktisch auswirkte, suchte die Parteiführung einen Sündenbock, dem sie die Schuld an der nun verworfenen Linie geben konnte. Und diese undankbare Rolle wies sie damals Merker zu.

Noch in der 1966 erschienenen sechsbändigen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, in der Merker in verschiedenen Bänden immer nur in Namensaufzählungen bei Parteitag und der faktischen Benennung von Parteigremien vorkommt, heißt es, »eine solche sektiererische Position nahm damals der Leiter der Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPD, Paul Merker ein, der im April 1930 seiner Funktion enthoben wurde.«⁴

Wenn man weiß, dass und wie diese Geschichte unter unmittelbarer Anleitung von Walter Ulbricht geschrieben worden ist⁵, der wie Wolfgang Kießling in den 90er Jahren detailliert rekonstruiert hat, in Merker zeitlebens »seinen größten Rivalen«⁶ gesehen hat, verwundert dies nicht mehr so sehr.

Die größte Konfliktzone zwischen Ulbricht und Merker hatte sich im französischen Exil entwickelt: »Hinreichend bekannt ist der Eklat von Paris im Jahre 1937. Heinrich Mann hatte als Vorsitzender des deutschen Volksfrontausschusses mit dem ihn bevormundenden und von ihm als Dogmatiker angesehenen Ulbricht irreparabel gebrochen. Wilhelm Pieck sah sich gezwungen, Ulbricht nach Moskau zu kommandieren. Merker sollte die Scharte auswetzen und Heinrich Mann für die Zusammenarbeit mit der KPD zurückgewinnen.«⁷ Was auch bekanntlich gelang und zu einer bemerkenswerten Freundschaft zwischen diesem Schriftsteller und dem KPD-Politbüromitglied Merker

4 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd 4. Berlin 1966. S. 240.

5 Siehe hierzu: Siegfried Lokatis: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht. Köln / Weimar / Wien 2005. S. 223–254.

6 Wolfgang Kießling: Zweikampf oder die Abstinenz von Demokratie. Memorial für Paul Merker. In: Utopie kreativ. Heft 39/40. S. 114.

7 Ebenda. S. 115. Vgl. zur erstmals komplexen Rekonstruktion der Volksfrontbemühungen: Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932–1939, zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. Bd. 1 und Bd. 2. Berlin 2004. Band 5: Dokumente, Chronik und Verzeichnisse. Berlin 2005.

führte. Heinrich Mann sah in Merker im März 1946 einen künftigen »Reichskanzler«, der für alle Teile des Volkes handele, »ohne Blutverlust, die Freiheit aufgrund des Sozialismus«. ⁸

Entsprechend seinem Arbeitsgebiet vor 1933 war Merker im Exil für die sog. massenpolitische Arbeit zuständig. Seine eigenen praktischen Erfahrungen während seines illegalen Aufenthalts in Deutschland in der Zeit von März 1934 bis März 1935 berücksichtigend – er hatte sich freiwillig entschieden, von Moskau aus nach Berlin zu gehen – entwickelte er auf der Brüsseler Konferenz im Oktober 1935 gegen abstrakte Losungen ein Konzept gewerkschaftlicher Arbeit, in dessen Mittelpunkt die Lohnfrage und das differenzierte Agieren der Kommunisten in den Vertrauensrätewahlen stand. In den auf der Tagung nur verdeckt schwelenden, unterschiedlichen Haltungen zur Frage der Parteiführung vom Exil aus exponierte sich Merker für eine kollektive Führung unter der Leitung von Wilhelm Pieck als »Steuermann«. Auf der Berner Konferenz 1939 sprach Merker über »die Lage der Arbeiterklasse und deren wirtschaftliche Kämpfe«. Er teilte die hier angenommene Resolution, die in ihrem fünften Punkt als Nahziel nach dem Sturz des Hitlerregimes eine »neue, demokratische Republik« bestimmte. Sie war die Basis, auf der Merker im mexikanischen Exil bedingt und variiert durch aktuelle politische Erfahrungen seit 1941 in der Bewegung Freies Deutschland und seit 1943 in dem Lateinamerikanischen Komitee der Freien Deutschen (LAK) seine Vorstellungen auf die Frage »Was wird aus Deutschland?« zu entwickeln und profilieren begann.

In der Broschüre gleichnamigen Titels (Untertitel: Das Hitler-Regime auf dem Weg zum Abgrund), erschienen im von deutschen Antifaschisten begründeten Verlag El libro libre Mexico 1943, schnell in mehrere Sprachen übersetzt, bringt Merker noch die Hoffnung auf eine »demokratische Volksrevolution« zum Ausdruck. Er bezieht sich dabei auf den Inhalt des sog. Rheinland-Manifests vom Oktober 1942 bezieht, in dem zum Sturz Hitlers durch eine Volksrevolution aufgerufen worden war. Er erläutert auch die 10 Punkte des »Friedensmanifests an das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht« vom Dezem-

8 Brief Heinrich Manns an Paul Merker vom 25. März 1946. In: Wolfgang Kießling: Alemania Libre in Mexico. Bd. 2. Texte und Dokumente zur Geschichte des antifaschistischen Exils (1941–1946). Berlin 1974. S. 426.

ber 1942, das in Moskau ausgearbeitet worden war und auch in Deutschland als Flugblatt kursierte. Es enthielt als wichtigste Forderungen: Einstellung des Krieges, Sturz der Hitlerregierung, Bildung einer demokratischen nationalen Friedensregierung und postulierte als Ziel ein neues Deutschland, einen wahrhaft demokratischen Staat, ein Reich des Friedens und der Freiheit. Er mahnt die Errichtung der zweiten Front an und ergänzt die 10 Forderungen um zwei wichtige Punkte: die Entschädigung für die Juden, die wieder in ihre vollen Staatsbürgerrechte eintreten müssen, zur Rückführung der antifaschistischen Emigranten, die von Hitler wegen ihrer politischen Tätigkeit oder ihrer Rassenzugehörigkeit verfolgt wurden, seien Sofort-Maßnahmen zu treffen.⁹ Mit der Thematisierung der jüdischen Problematik und seiner in Mexiko erarbeiteten Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem »mörderischen Antisemitismus« brachte Merker ein in der zeitgleichen kommunistisch geführten Debatte eher unterbelichtetes substantielles Element in die antifaschistische Diskussion ein.

Auch in seinem voluminösem fast 1000 Seiten umfassenden Buch »Deutschland – Sein oder Nichtsein?«¹⁰ erschienen in Mexiko 1944/45, spielte die Analyse »der politischen und ökonomischen Hintergründe und die Folgen des Antisemitismus als Mittel der ideologischen und materiellen Kriegsvorbereitung und Kriegsführung« eine wichtige Rolle. Dabei ging er von der Feststellung aus, dass der »Antisemitismus Hitlers [...] von Anfang an terroristisch, räuberisch und mörderisch«¹¹ gewesen sei. In einem großen geschichtlichen Rückgriff wollte Merker für die erregten Diskussionen um die Frage nach der Zukunft Deutschlands von Hitlergegnern verschiedener politischer und konfessioneller Provenienz aufzeigen, »worin die Voraussetzungen für eine demokratische Zukunft Deutschlands«¹² bestehen und wie eine solche Demokratie gestaltet werden könne. Seine jeweils spezielle Wirkungsabsicht machten die Widmungen der beiden Bände deutlich:

9 Paul Merker: Was wird aus Deutschland? Mexico 1945. S. 54f.

10 Paul Merker: Deutschland – Sein oder Nicht-Sein? Bd. 1. Von Weimar zu Hitler. Mexico 1944. 424 S. Bd. 2. Das 3. Reich und sein Ende. Mexico 1945. 575 S. Die Bände sind mit einem gewichtigen Sach- und Personen-Register sowie einem Literaturverzeichnis ausgestattet.

11 Paul Merker: Deutschland – Sein oder Nicht-Sein? Bd. 1. S. 170.

12 Paul Merker: Deutschland – Sein oder Nicht-Sein. Bd. 2. S. 575.

»Dieses Buch ist den Kämpfern und Opfern des Untergrundkampfes in Deutschland gewidmet« und »Dieses Buch ist den Kämpfern für den Aufbau eines neuen freiheitlichen und fortschrittlichen Deutschland gewidmet«.

In allgemein verständlicher Form und gut lesbarem, zum Teil bildhaften Stil bilanzierte das Buch »Wesen und Wirken der reaktionärs-ten Kräfte Deutschlands in nationalen und internationalem Maßstab«¹³ und analysierte kritisch und auch durchaus selbstkritisch Leistungen, Fehler und Versäumnisse im Kampf der beiden Arbeiterparteien auf politischem und ökonomischen Gebiet (Sozialfaschismus-These und RGO). Direkt bezugnehmend auf Arbeiten von führenden Sozialdemokraten wie Friedrich Stampfer und Otto Braun suchte Merker antisowjetische Vorbehalte abzubauen und die gemeinsamen Interessen der Nazigegner in den Vordergrund zu stellen.

Das Werk war eher Geschichtsbuch, als politische Streitschrift, stellte ein umfangreiches historisches Material zur Weimarer Republik und dem Dritten Reich zur Verfügung.¹⁴ Man findet in ihm u. a. eine differenzierte Darstellung der Entwicklung der verhängnisvollen Sozialfaschismus-Theorie, in dem der Autor »teils grundsätzliche teils taktische Fehler« bei den Sozialdemokraten und Kommunisten gleichermaßen aufzeigt. Für die Kommunisten hält er fest, dass die »Benennung einer bestimmten Strömung innerhalb des reformistischen Teils der Arbeiterbewegung zu allgemein auf die Sozialdemokratie angewandt und in den Mittelpunkt der Propaganda gerückt«¹⁵ worden sei. Zu langsam hätten sich die Kommunisten zu einer »beweglichen Politik« entschlossen. Perspektivisch setzte Merker auf die »demokratischen Volkskräfte«, die nach den tiefen Lehren der Hitlerzeit künftig einig und entschlossen zu handeln verstehen müssten. Es war nicht zuletzt dieser selbstkritische Gestus von Merkers Schriften, der ihm eine positive Resonanz auch bei den emigrierten deutschen Schriftstellern einbrachte. Davon zeugen z. B. Rezensionen und Briefe von Ludwig Renn, Lion Feuchtwanger, Heinrich und Thomas Mann. So beeindruckte Renn besonders, wie Merker das »Bild, welche Kräfte

¹³ Ebenda. S. 14.

¹⁴ Eine angemessene, ausführliche Analyse der Merkerschen Darstellung kann hier nicht geleistet werden.

¹⁵ Paul Merker: Deutschland – Sein oder Nicht-Sein. Bd. 2. S. 142.

in Deutschland in der Entwicklung« seien, »die sich gegen Hitlers Diktatur und das ganze Nazisystem richten«¹⁶ entfalte. Lion Feuchtwanger sieht jeden Schwulst vermieden und in der Tatsachendarstellung in der richtigen Reihenfolge »etwas völlig Neues, denn diese Tatsachen sind beinahe immer verzerrt und entstellt worden.«¹⁷ Heinrich Mann würdigte das Buch in einer ausführlichen Besprechung in der in Mexiko herauskommenden Zeitung »Freies Deutschland«. Für ihn ist es die Schrift eines »Historikers, keines Parteimannes«, eines »Volksmannes, wuchtig gebaut, dicke dunkle Augenbrauen, in einem altdeutsch umrissenen Gesicht«¹⁸, der in der gemeinsamen Arbeit in Paris mit keinem Wort seine Ausarbeitungen erwähnt habe. Merkers Wissen deutscher Vorgänge werde schwerlich übertroffen werden, die von ihm geübte »pragmatische Geschichtsschreibung, eine bewährte Gattung, erhebt sich nochmals zu ihrer relativen Majestät.«¹⁹ In einem Brief betont er für die Wirkung des Buches, das »ein vollständiges Material historischer Tatsachen« biete und deshalb »unentbehrlich« sei, dass die nicht ausgelassene »Frage des Verschuldens«²⁰ für ein deutsches Lesepublikum wesentlich sei. Thomas Mann, dem Merker sein Buch ebenfalls geschickt hatte, sah sich tagelang von dessen Lektüre in Bann gehalten. »Es ist ein erschütterndes Dokument, die erste groß angelegte und historisch exakte Darstellung dieser fürchterlichsten und beschämendsten Episode der deutschen Geschichte.« Und er hoffte, dass »es nur auch bald nach Deutschland gelangen und die vor den Kopf geschlagenen Menschen dort lehren« könne, »wie ihnen geschehen«²¹ sei.

Mit der Forderung nach Selbstbestimmung des deutschen Volkes nach dem Alliierten-Sieg über NS-Deutschland zielte Merker ins Zen-

16 Ludwig Renn: Deutschland – und was aus ihm wird. Kräfte und Gegenkräfte. In: Wolfgang Kießling: *Alemania Libre in Mexico*. S. 269.

17 Lion Feuchtwanger (o.T.). In: Wolfgang Kießling: *Alemania Libre in Mexico*. S. 303.

18 Heinrich Mann: Paul Merker und sein Buch. In: Wolfgang Kießling: *Alemania Libre in Mexico*. S. 330.

19 Ebenda. S. 332.

20 Brief Heinrich Manns an Paul Merker vom 27.Juni 1944. In: Wolfgang Kießling: *Alemania Libre in Mexico*. S. 398f.

21 Thomas Mann: Brief an Paul Merker. In: Wolfgang Kießling: *Alemania Libre in Mexico*. S. 337, 338.

trum des sog. Vansittartismus²², der seit 1942 in verschiedenen Spielarten existierte und bei zunehmendem Nazi-Terror und brutalster Kriegsführung sowie dem Bekanntwerden des Massenmordes in den Todes-Fabriken auf polnischem Territorium verständlicherweise Anhänger fand. Auch in der sowjetischen Publizistik wurde Ilja Ehrenburg wegen seiner Kriegsberichterstattung 1944/45, in der »Prawda«, allerdings zu unrecht, in die Nähe einer solchen Position gerückt.

Vor diesem Hintergrund kommt im Mai/Juni 1945 ein Brief-Dialog zwischen Wilhelm Koenen, einem führenden KPD-Funktionär im englischen Exil (London) und Merker in Mexiko zustande (auch als Flugschrift verbreitet²⁵), der um die unterschiedliche Einschätzung der Verfassung der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Kräfte in Deutschland und damit um die alle bewegende Schuldfrage kreist.²⁴ Gegenüber Koenens zutiefst pessimistischer, aber der Realität recht nahe kommender Auffassung »alle einschließlich der Arbeiterklasse haben versagt, es gibt keine demokratische Bewegung in Deutschland«²⁵ zeigte sich Merker zum Teil voller Illusionen über den tatsächlichen Zustand der deutschen Arbeiterklasse, setzte als Optimist auf sie als »historische Kraft«. Für ihn blieb das »Vertrauen in den guten Kern unseres Volkes, in die deutsche Arbeiterklasse, unerschüttert.«²⁶ Wenig begeistert zeigte sich Merker allerdings von der in Moskau im Rahmen des NKFD stattfindenden Zusammenarbeit mit ehemaligen Hitler-Generälen.²⁷ Diesen Dissens suchte er in der in Mexiko aktiven Bewegung Freies Deutschland auszudrücken, was zu Spannungen

22 Lord Vansittart, Diplomat und Berater des britischen Außenministers von 1937–1941 vertrat die These, dass das deutsche Volk und Hitler identisch seien, der Faschismus wurzele im Charakter des deutschen Volkes, deutsche Antifaschisten gäbe es nicht, sei einer wirklich gegen den Faschismus, könne er nicht mehr Deutscher sein

23 Die Texte erschienen im »Freien Deutschland« 4 und 9 des Jahres 1945 sowie als Flugschriften: An meinen Bruder in London, Mai 1945, An meinen Bruder in Mexico, Juni 1945.

24 Siehe hierzu: Lieselotte Maas: Paul Merker und die Exildiskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 2(1990). S. 153–160.

25 Ebenda. S. 158.

26 Ebenda. S. 159.

27 Siehe hierzu: Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«, Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker. Berlin 1994. S. 190f.

führte. Der Sohn von Anna Seghers, Pierre Radvanyi hat überliefert, wie energisch Merker an die Durchsetzung seines Standpunkts ging und diejenigen Emigranten wie Georg Stibi, Hannes Meyer und wohl auch Anna Seghers auf die gemeinsame Haltung einzuschwören suchte. Auch der jugendliche Seghers-Sohn »sollte keinerlei Zweifel an der Weisheit der getroffenen Entscheidungen haben.«²⁸

Jürgen Kuczynski hat in seinen »Memoiren« (Berlin 1973) ein wohl zu mildes Licht auf die Auseinandersetzungen zwischen den Aktiven in London und Mexiko geworfen, wenn er meint, dass »dieser Meinungsstreit für die deutsche Partei als ganzes bedeutungslos«²⁹ gewesen wäre. Als verantwortlicher Genosse vertrat er mit Merker, an den er im Februar 1945 geschrieben hatte, eine Minderheitenposition: »Diese Genossen haben praktisch alles abgeschrieben, alles, was gut an deutscher Tradition war, darum sind sie über jeden Hinweis darauf böse, alles, was die Opposition in den letzten zwölf Jahren getan hat, darum haben sie keinen Glauben an Aktionen heute und haben aufgegeben, zu solcher Aktion aufzurufen; sie sind kühle Beobachter statt heißer Kämpfer.«³⁰ Merker werde von ihnen als »Nationalist« betrachtet, der nichts aus den Ereignissen der letzten Jahre gelernt habe. Nach dem Krieg hätten Ulbricht und Pieck der Position von Merker und Kuczynski »sachlich recht« gegeben.

Weder dieser Dialog noch Merkers Exilschriften wurden in der SBZ und DDR gedruckt, standen also in der öffentlichen Diskussion um das Woher und Wohin der Deutschen nach 1945 nicht zur Verfügung. Die SED-Parteigeschichtsschreibung verzichtete auf eine Auswertung des fundierten historischen Beitrags von Merker und beschränkte damit das Bild der kreativen Leistung führender kommunistischer Funktionäre nachhaltig. Merker selbst sah sein Buch als »Baumaterial für eine endgültige geschichtliche Darstellung«³¹ an, an einer solchen mitzuarbeiten, war ihm jedoch infolge der ihn bald treffenden Repressionen nicht vergönnt.

28 Pierre Radvanyi: *Jenseits des Stroms. Erinnerungen an meine Mutter Anna Seghers*. Berlin 2005. S. 97.

29 Jürgen Kuczynski: *Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler*. Berlin 1981. S. 398.

30 Ebenda. S. 396f.

31 Paul Merker: *Deutschland – Sein oder Nicht-Sein*. Bd. 2. S. 15.

Trotz intensiver Bemühungen kam Paul Merker infolge nicht vorhandener Reisegelegenheit erst im Sommer 1946 in Berlin an, wo er aber bereits in Abwesenheit in das neue ZK der SED gewählt worden war. In einem internen Gesprächsprotokoll Ende der 60er Jahre, das nicht für seine für das Zentrale Parteiarchiv verfassten Erinnerungen bestimmt war, sondern ein nichtoffizielles Gespräch mit Wolfgang Kießling dokumentiert, hatte Merker zu dieser Situation u. a. ausgeführt: »Nach der Rückkehr aus dem Exil erwartete ich durch die nunmehr vorhandene Einheitspartei, deren Entstehungsprozeß ich nicht mitgemacht hatte, einen parteipolitischen Neuanfang. Ab 1948 spürte ich, daß ich in der Parteiführung keinen Platz haben werde, denn die stärkeren Gewichte lagen auf der Seite derjenigen, die aus Moskau gekommen waren. Von Anfang an war ich im Zentralsekretariat und im Politbüro nicht in Grundsatzentscheidungen einbezogen, und selbst meine Verantwortung für die Landwirtschaft wurde stufenweise abgebaut.«³² Seine komplizierten Arbeitsbereiche wurden außer der Landwirtschaft, Sozialfragen, Umsiedlerprobleme und Wiedereingliederung von deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion. Er publizierte in der »Täglichen Rundschau«, verfasste populäre Broschüren, darunter das noch heute lesbare, mit psychologischem Einfühlungsvermögen geschriebene und historisch aufschlussreiche »Kleine(s) Handbuch für Heimkehrer« (Berlin 1948), das 48 Fragen konkret und überzeugend beantwortete.

Bei dem vorhandenen Mangel an historisch-materialistischen Geschichtsbüchern musste es wohl vor allem personelle Gründe geben, auf die Veröffentlichung von Merkers großem Deutschland-Buch Buch zu verzichten.³⁵

Demgegenüber auffällig war in diesem Zusammenhang, dass Alexander Abuschs »Der Irrweg einer Nation« noch vor Rückkehr des

32 Wolfgang Kießling: Zweikampf oder die Abstinenz von Demokratie. Memorial für Paul Merker. In: Utopie kreativ. Heft 39/40. S. 116f.

35 1949 erschien immerhin im Berliner Dietz Verlag von Paul Merker »Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1890–1920«. (355 S.) Die Begrenzung auf das Jahr 1920 war wohl erfolgt, weil über die Einschätzung der späten Gewerkschaftspolitik in den letzten Jahren der Weimarer Republik noch keine verbindliche Parteilinie existierte. Außerdem kamen seine gesammelten Beiträge aus der »Täglichen Rundschau« unter dem Titel »Sozialdemokratismus. Stampfer, Schumacher und andere Gestrige«. Berlin 1949, heraus.

Autors 1946 in der SBZ in einer Auflage von 50 000 Ex. erschienen war und zahlreiche Neuauflagen erlebte. Wenngleich es vom Autor mehrfach aktualisierend »umgearbeitet« worden war, hatte es doch eine ganze Generation nach 1945 geprägt.

Offensichtlich passte Merkers parteiselbstkritische Bilanz, seine Beschreibung der Tätigkeit der Bewegung Freies Deutschland in Lateinamerika lange vor der Gründung des NKFD in der Sowjetunion sowie sein selbstverständlicher demokratischer Umgang mit Nicht-Kommunisten nicht in das SED-Partei bild. Ulbricht, dessen Aversion gegen Merker schon erwähnt worden ist, hatte sicher wenig Interesse an der Publikation der ansehnlichen Schriften Merkers, deren Umfang seinen im Vergleichszeitraum zustande gebrachten Beiträgen von insgesamt 200 Seiten einigermaßen auffällig wuchtig gegenüberstand.⁵⁴

Erst 1993 wurde bekannt, dass Merkers umfangreiche Textentwürfe für die Überarbeitung seines großen Deutschland-Buches 1950 an seinem Arbeitsplatz im Parteihaus verblieben waren und seitdem als verschwunden gelten müssen.⁵⁵ Der Nachlass im »Zentralen Parteiarchiv der SED« enthält nur einen Teil von Manuskripten, darunter »Die Konsolidierung der Hitler-Diktatur«, geschrieben 1945–1948, und das Vorwort zur spanischen Ausgabe von 1944. Ein von Merker in den 60er Jahren verfasster Erinnerungsbericht »Über die Bewegung Freies Deutschland in Lateinamerika« erschien kurz nach seinem Tod 1969 in dem vom IML herausgegebenen Sammelband »Im Kampf bewährt«. In diesem »geläuterten« Text erschien die Bewegung Freies Deutschland in Lateinamerika nicht mehr in ihrer eigenständigen Bedeutung, wie er sei noch in seinem Deutschland-Buch geschildert hatte. Hier war jetzt die Anleitung von Moskau aus betont, also der gängigen Version angepasst worden.⁵⁶

Merker war geprägt vom westlichen Exil, erfahren im Umgang mit Andersdenkenden, hatte selbständig in Mexiko die Parteiinteressen

⁵⁴ Siehe, zu den Voraussetzungen und Bedingungen für Merkers Konkurrenz gegenüber Moskau: Fritz Pohle : Das mexikanische Exil. Stuttgart 1986., bes. S. 903ff.

⁵⁵ Siehe hierzu: Mario Keßler: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967. Berlin 1995. S. 161.

⁵⁶ Ob und wie weit diese Darstellung von Merker autorisiert worden ist, bedarf noch der Überprüfung.

vertreten, ohne erst auf Anweisungen aus Moskau zu warten. Er setzte auf Überzeugen statt auf Gewalt. Er war für eine kollektive Parteiführung und gegen den Zentralismus. Ihm »fehlte« im positiven Sinne die stalinistische Erfahrung. In seiner Arbeit in der SBZ und frühen DDR legte er gegenüber den sowjetischen Besatzungsorganen Courage an den Tag, so z. B. wenn er Requirierungen rückgängig machte. Auch wandte er sich gegen die Zerstörung historischer Bausubstanz in Berlin und anderswo.

Mit der 1948 einsetzenden sowjetischen Kampagne gegen Kosmopolitismus und Zionismus kündigte sich für Merker der Beginn seiner politischen Ausschaltung an. Insbesondere sein Eintreten für die finanzielle Wiedergutmachung, moralische Solidarität und praktische Hilfe für alle überlebenden deutschen Juden wurde zum makabren Grund seines weiteren tragischen Schicksals. Mit den antijüdischen Tendenzen, die aus der sowjetischen Ablehnung und Verleumdung des Staates Israel als »Agentur des amerikanischen Imperialismus« herrührte und die von der SED übernommen wurden, trat in dem so aufscheinenden und sichtbar werdenden Antisemitismus die stärkste Beschädigung des Antifaschismus in der DDR ein.

Der amerikanische Historiker Jeffrey Herf hat (nach W. Kießling) in der »Zeit« (Oktober 1994) und in den »Deutschen Vierteljahresheften für Zeitgeschichte« (4/1994) über den Fall Merker und den Antisemitismus in der SED berichtet.

Ohne seine Verallgemeinerungen und Pauschalisierungen zu teilen (etwa jene, die DDR habe vier Jahrzehnte lang eine antisemitische Politik betrieben), stimme ich seiner Hauptthese zu. Sie lautet, es habe im deutschen Kommunismus eine Minderheitentradition gegeben, für welche die jüdische Frage von zentraler moralischer und politischer Bedeutung war, und die SED-Führung habe mit der Verhaftung Paul Merkers begonnen, diese zu unterdrücken. Bereits 1950, als zahlreiche Westemigranten (darunter viele Juden) wegen ihrer Bekanntschaft mit dem im Rajk-Prozess als USA-Agenten beschuldigten Amerikaner Noel Field ebenfalls politisch verdächtigt wurden, hatte die SED-Führung beschlossen, die Funktionen von Merker und Abusch ruhen zu lassen.

In beschämenden Dokumenten³⁷ wurde eine Anklagen gegen Merker als »imperialistischer Agent im Solde der USA stehend« und »als Vertreter der Interessen zionistischer Monopolkapitalisten« und als »Sowjetfeind« konstruiert. Stationen seines weiteren Schicksals sein hier nur verkürzt angeführt: er wurde verhaftet am 3. Dezember 1952, in einem Geheim-Prozess im März 1955 angeklagt und zu 8 Jahren Zuchthaus wegen Spionage verurteilt. Er wurde im Januar 1956 aus dem Gefängnis entlassen und das Urteil von 1955 wurde aufgehoben. Merker sollte rehabilitiert werden. Stattdessen geriet er aber im Zusammenhang der Harich-Janka-Affäre erneut ins Visier der Staatsicherheit. Dies nutzte Ulbricht zur endgültigen politischen Vernichtung Merkers, der ohnehin in Folge der erschwerten Haftbedingungen zum Invaliden geworden war.³⁸

Die Stasi-Protokolle von Merkers deutschen und sowjetischen Vernehmern haben einen Umfang von über mehr als 1000 Seiten und bieten (nach Kießling und Herf) einen erschreckenden Einblick in deren terroristische Methoden und repressive Verfahren. Wie Merker am 14.4.1956 an Wilhelm Pieck schrieb, habe er die Wut der Stasi vor allem deshalb zu spüren bekommen, weil er »es mit aller Entschiedenheit (abgelehnt habe), mich ungeachtet meiner völligen Schuldlosigkeit, als »imperialistischen Agenten« zu bezeichnen und andere schuldlose Menschen zu beschuldigen, »imperialistische Agenten« zu sein, und sie so mit ins Verderben zu reißen.«³⁹ An die ZPKK reichte Merker im Juni 1956 eine 38 Seiten lange »Darstellung meiner Stellungnahme zur Judenfrage, wie ich sie in der Zeit meines Aufenthal-

37 Siehe hierzu: Hermann Matern: Über die Durchführung des Beschlusses des ZK der SED »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky«. Berlin 1955. S. 41, 52, 55ff.

38 Auf die erbitterte Auseinandersetzung zwischen Wolfgang Harich und Walter Janka in den 90er Jahren um die vor Gericht gemachten Aussagen, in denen Janka u. a. Paul Merker beschuldigte, sich als Spion bekannt zu haben, sei hier nur verwiesen. Siehe zur Diskussion zu Walter Jankas Buch »Die Unterwerfung. Eine Kriminalgeschichte aus der Nachkriegszeit«. (München / Wien 1994): Wolfgang Kießling: Wer hat sich wem unterworfen? In: »Neues Deutschland« vom 10.11/9.1994 und Zuschriften von Charlotte Janka und Günter Netzeband zur ND-Rezension »Die Unterwerfung« in: »Neues Deutschland« vom 10. Oktober 1994.

39 Jeffrey Herf: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Merker aus SED- und MfS-Archiven. In: Deutsche Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 4/1994. S. 655–667. Hier S. 650.

tes in Mexiko zum Ausdruck brachte und deren falsche Auslegung mit als Anklagepunkte gegen mich verwendet wurden«⁴⁰ ein. In diesem analytischen Dokument widerlegt Merker die gegen ihn gerichteten Anschuldigungen, die vor allem aus seinen in Mexiko veröffentlichten Arbeiten zum Antisemitismus zusammengeschustert worden waren, gründlich. Dabei hielt er als das für ihn ganz und gar »unfaßbare« fest, für sein »Eintreten für die jüdischen Menschen« von »einer sozialistischen Justiz des Verrates an der Arbeiterklasse, der ich entstamme und ihrer Partei, zu der ich mich seit 1918 bekenne, angeklagt und eingekerkert«⁴¹ worden zu sein.

Nachsatz

Das Problem des Verrats interessierte den Dramatiker Heiner Müller beim Schreiben seines »Philoktet«. Er sah Merker als Opfer, als einen »Verratenen« an.

»B. K. Tragelehn fragte um 1960 Heiner Müller, was ihn denn an der Philoktet-Figur interessiere. Müller wollte es ihm mit einem Beispiel deutlich machen: Stell Dir vor, Ulbricht sagt zu Honecker: Komm, wir gehen nach Luckenwalde und holen den Merker aus seiner Würstchenbude.«⁴²

40 Ebenda. S. 652ff.

41 Ebenda. S. 654.

42 Paul Merker zum Beispiel. In: Die Lücke im System. Philoktet Heiner Müller Werkbuch. Hrsg. von Wolfgang Storch und Klaudia Ruschkowski. Theater der Zeit Recherchen. Berlin 2005. S. 358. Siehe auch: Simone Barck: Eine politische Vernichtung. In: Ebenda. S. 358–360.

GERD DIETRICH

Kulturelle Konzepte antifaschistischer Demokratie (1945/46)

(Anton Ackermann, Johannes R. Becher, Fritz Selbmann,
Richard Weimann)

Für das Programm hatte ich nur die Nachnamen der vier in Klammern genannten Personen aufgeschrieben. Ein freundlicher Mensch hat die Vornamen hinzugefügt und dabei Robert statt Richard Weimann eingesetzt. Aber dieser Robert wäre zu jener Zeit gerade mal siebzehn Jahre alt geworden, fällt als Kulturpolitiker für das Thema also aus.

Es handelt sich um Richard Weimann, geb. 1890, den Leiter der Kulturarbeit beim Zentralausschuss der SPD. Es ist schon irgendwie bezeichnend, dass viele der Sozialdemokraten, die nach 1945 in der SBZ aktiv waren, in Vergessenheit geraten sind oder besser gesagt, in Vergessenheit gebracht wurden. Da ist wohl einiges wieder gut zu machen. Ein zweiter Name auf dieser Liste wirkt auch irgendwie fremd: Fritz Selbmann. Bekannt als Wirtschaftsfunktionär und später als Schriftsteller.

Aber mit Selbmann möchte ich beginnen. Zwar tritt er nach 1945 nicht als Kulturpolitiker in Erscheinung, aber eine der frühen Broschüren trägt seinen Namen. Auf einer noch illegalen Kulturtagung des Antifaschistischen Blocks hält Fritz Selbmann am 29. Juni 1945 im Schreiberheim, Leipzig 05 einen Vortrag. Titel: »Aufbruch des Geistes. Zur Frage der neuen deutschen Volkskultur«. Unmittelbar nach dem Besatzungswechsel in Leipzig herausgegeben, wurde die Broschüre »ein Verkaufsschlager«, schrieb er später, »was allein darauf zurückzuführen sein mochte, daß es nach langer Durststrecke das erste gedruckte Wort war, das in der Buchstadt Leipzig unter die Leute kam.«¹

1 Fritz Selbmann: Alternative Bilanz Credo. Versuch einer Selbstdarstellung. Halle 1969. S. 406.

Der dreißigseitige Text fand bisher selten Beachtung. Wohl auch, weil er sich inhaltlich auf der Linie des Aufrufes der KPD bewegt. Allerdings bringt Selbmann einige Positionen deutlicher zum Ausdruck. So, wenn er die »Schuld des deutschen Volkes« an Faschismus und Krieg »in seiner Unreife« bilanziert und »im Geistigen, in der Kapitulation des Geistes vor der Gewalt.«² Und wenn er in seiner Eigenschaft als Kommunist unterstreicht: »Wir wollen keine Sowjetisierung. Wir werden nicht eine gewaltsame Sowjetisierung des Lebens in Deutschland anstreben. Wir wollen Demokratie.« Freilich erklärt er das einschränkend dann mit dem Argument: das Volk »ist nicht reif für ein Sowjetsystem. Es muß dazu erst erzogen werden.«³

Zu allgemeinen kulturellen Konzepten und Kulturtheorien verhält sich Selbmann in seinem Vortrag distanziert. Ihm geht es um die konkrete Situation. Aber genau zum Problem der Konzepte will ich am Beispiel der anderen Drei etwas sagen. Anton Ackermann, Johannes R. Becher und Richard Weimann haben, jeder auf seine Weise, hierzu entscheidendes beigetragen. Und ihre Wirkung reichte damit weit über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus. Um Wiederholungen zu vermeiden, gehe ich nicht auf die Personen im einzelnen ein, sondern ordne ihre Vorstellungen jenen *drei* kulturpolitischen *Hauptmotiven* unter, die seinerzeit dominierten.

Es geht um jene *drei* Hauptfiguren kulturkonzeptionellen Denkens, die sich zunächst frappierend in Ost und West glichen. *Erstens* das Konzept der *Hochkultur*; womit Kulturpolitik ästhetische Vorstellungen des bürgerlichen Zeitalters aufgriff. *Zweitens* das Konzept der *Demokratisierung*, mit dem SPD wie KPD an kulturelle Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpften. *Drittens* das von den Alliierten betonte Konzept der *Umerziehung*, in dem sich amerikanischer Erziehungsoptimismus und sowjetisches Ideologiekonzept gegenüberstanden und jede Großmacht von der letztlich durchschlagenden Wirkung ihrer Ideen überzeugt war.

Diese Konzepte wirkten im Rahmen einer Umgestaltung des politischen und kulturellen Lebens mit dem Ziel einer antifaschistischen Demokratie. Der Begriff »antifaschistische Demokratie«, den wohl An-

2 Fritz Selbmann: Aufbruch des Geistes. Zur Frage der neuen deutschen Volkskultur. Leipzig 1945. S. 5.

3 Ebenda. S. 7f.

ton Ackermann in die Diskussion eingebracht hatte, ist leider auch in der SBZ sehr schnell zugunsten des Begriffs der »antifaschistisch-demokratischen Ordnung« zurückgenommen worden, den Walter Ulbricht favorisierte. Während Demokratie noch Offenheit und Wahlmöglichkeit suggerierte, zeigte Ordnung schon die Richtung von Reglement und Herrschaft an. – Aber wir Deutschen lieben ja die »Ordnung«.

Erstens: Das Konzept der Hochkultur

Was nach 1945, und zwar in allen Besatzungszonen, zumindest vorübergehend wiederbelebt wurde, war die traditionelle Selbstinterpretation einer gesellschaftlichen Schicht, die es in dieser Form nur in Deutschland gegeben hatte: des Bildungsbürgertums. Was da reaktiviert wurde, war ein spezifisch deutsches Deutungsmuster von Bildung und Kultur im Unterschied zur westlichen Zivilisation: tiefsinnige Kultur contra oberflächliche Zivilisation. Dieses deutsche Deutungsmuster besagte, auf einen kurzen Nenner gebracht: Nicht Ausbildung, sondern Bildung, nicht Effizienz und Zweckdienlichkeit, sondern Kultur seien Ziel und Maßstab menschlicher Entwicklung.

In diesem Deutungsmuster war immer auch ein utopischer Überschuss, ein emanzipatorischer Anspruch von Kultur enthalten. Kein Wunder, dass dieser nach 1945 wieder reaktiviert wurde, und zwar in Ost und West. Politische Festlegungen waren damit zunächst nicht verbunden. Auf »Kultur« berief sich der Kommunist und Schriftsteller Johannes R. Becher bei der Gründung des »Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« ebenso wie der liberale Nationalökonom Wilhelm Röpke. Was dieser in der Schrift »Das Kulturideal des Liberalismus« proklamierte, war ein Minimalideal, das auch politisch Andersdenkende für sich beanspruchten: Der Liberalismus »ist humanistisch, d. h. er geht von der zum Guten fähigen und erst in der Gemeinschaft sich erfüllenden Natur des Menschen, von seiner über materielle Existenz hinausweisenden Bestimmung, von der Achtung aus, die wir jedem Menschen schuldig sind und die es verbietet, ihn zum bloßen Mittel zu erniedrigen.«⁴

4 Wilhelm Röpke: Das Kulturideal des Liberalismus. Frankfurt (Main) 1947. S. 15.

Ein solches Kulturideal war gewissermaßen der kleinste gemeinsame Nenner, der Minimalkonsens der Intellektuellen in West wie Ost, unabhängig von ihrer politischen Position und ihrer Weltanschauung. Dieser Grundkonsens bestimmte den für die Nachkriegszeit immer wieder beschworenen antifaschistischen Konsens der Kulturpolitiker und Intellektuellen. Verallgemeinernd kann gesagt werden, dass der Begriff »Kultur« in den Westzonen wie in der Ostzone zunächst eine vor allem moralische und unpolitische Imprägnierung erhielt, eben in dieser Tradition. Der Begriff wurde politisch neutral gebraucht, aber zugleich auf die »Erziehung des Menschengeschlechts« und auf den Humanismus ausgerichtet. Und so eignete er sich mit seiner politisch dehnbaren Semantik für ganz verschiedene Kulturpolitiken.

Die Offenheit der frühen Nachkriegsjahre in der SBZ dokumentierte vor allem der »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands«, dessen Gründungskundgebung am 3. Juli 1945 in Berlin stattfand. Dieser Bund gewann schnell an Wirksamkeit und Anerkennung unter den Intellektuellen. Denn er präsentierte sich als plurale und überparteiliche Sammlungsbewegung und er konnte diesen Nymbus eine bestimmte Zeit bewahren. Der Kulturbund strebte einen breiten Dialog an.

Das weitgesteckte Umerziehungskonzept, so sein Präsident Johannes R. Becher, könne nur auf Grund einer »universellen Bündnispolitik« realisiert werden: Durch die Einbeziehung von Menschen aller sozialen Schichten auf der Grundlage des Antifaschismus, auf der Basis der humanistischen Traditionen, als patriotisches Bemühen um »nationale Wiedergeburt« und Wiedergewinnung der »nationalen Ehre« und im Kontakt mit den antifaschistischen Kräften der anderen Völker.

Es ist bemerkenswert, wen Becher zu den Hauptkräften der »Umerziehung« zählte und auch für den Kulturbund zu gewinnen trachtete: Die Lehrer, vom Dorfschullehrer bis zum Hochschulprofessor, die Pfarrer und die Geistlichkeit, sowie die Schriftsteller, Künstler und Journalisten. Becher votierte für die »wesenhafte Einheit«⁵ von Demokratie, Sozialismus und Christentum: Das war der groß angelegte und

5 Johannes R. Becher: Zur Frage der politisch - moralischen Vernichtung des Faschismus; Auferstehen! In: Ders.: Publizistik II. 1939–1945. Berlin / Weimar 1978. S. 405ff.

zunächst auch funktionierende Versuch, Intellektuelle aller Richtungen anzusprechen.

Zweitens: Das Konzept der Demokratisierung

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ist uns der Gedanke der Emanzipation durch Bildung bekannt. Ferdinand Lassalle hatte verkündet, dass die Arbeiter vollstrecken würden, wozu das Bürgertum nicht mehr in der Lage sei. Die Formel Francis Bacons »Wissen ist Macht« wurde von Wilhelm Liebknecht umgekehrt in »Macht ist Wissen«. Und Rosa Luxemburg schrieb 1916 an Franz Mehring: Der Sozialismus sei »nicht eine Messer- und Gabelfrage, sondern eine Kulturbewegung«.⁶

Nach 1945 knüpften SPD wie KPD an diese Tradition an. Erschließung aller Bildungsmöglichkeiten und Öffnung eines breiten Zugangs zur Kunst für das gesamte Volk waren ihre Forderungen. Demokratisierung von Kultur bedeutete zunächst nicht kulturelle Aufwertung des Volkstümlichen oder der Massenkultur, sondern Popularisierung und Aneignung der Hochkultur. Das Ziel sozialistischer Kulturarbeit bestehe darin, sagte Richard Weimann, »im Menschen die geistigen und seelischen Grundlagen für den Neuaufbau« zu entwickeln und »das Bewußtsein zu revolutionieren«.⁷

Die kulturellen Forderungen der SPD waren dabei 1945/46 radikaler als die der KPD. So, wenn Otto Grotewohl das geistige Erbe der klassischen deutschen Philosophie, im Unterschied zu Becher etwa, in ein sehr kritisches Licht stellte.⁸ Oder wenn Alfred Werner »rote Universitäten« für die Arbeiter, ähnlich denen in Sowjetrußland, verlangte sowie den »toten Ballast uralten Wissensstoffes ab(zu)werfen und sich [...] den brennenden Aufgaben [...] der Arbeiterbildung« zuzuwenden.⁹ Oder wenn Richard Weimann forderte: »Die geistige Elite der Nation muß sich in Zukunft aus der jungen Generation der Arbei-

6 Rosa Luxemburg: Schriften über Kunst und Literatur. Dresden 1972. S. 143.

7 Richard Weimann über sozialistische Kulturarbeit. In: 40. Parteitag der SPD. Berlin 1946. S. 51.

8 Otto Grotewohl: Wo stehen wir – wohin gehen wir? Weg und Ziel der deutschen Sozialdemokratie. Halle 1945.

9 Alfred Werner: Arbeiterbildung. In: »Das Volk« vom 6. Dezember 1945.

terschaft rekrutieren« und sich ausdrücklich zum »sozialistischen Menschen« bekannte.¹⁰

Im Februar 1946 versuchte die KPD mit einer Kulturtagung ihre Kulturpolitik aus dem bisherigen »Aschenbrödel«-Dasein¹¹, wie Willi Bredel sagte, herauszuführen. Im Hauptreferat der Tagung verfocht Anton Ackermann – in dieser Weise erstmalig in einem programmatischen kulturpolitischen Dokument der KPD – einen Kulturbegriff, der auf die »doppelte Gestalt« von Kultur, die Gesamtheit der materiellen und geistigen Güter abzielte, und Kultur als dem ganzen Volke zugehörig verstand: Eine »hochstehende Kultur ist nicht nur durch einen hohen Stand der Wissenschaft, Literatur, Kunst und Volksbildung gekennzeichnet [...] zur Kultur (gehört) ebenso das Buch und das Kunstwerk wie die Kanalisationsanlage und der Wohnungsbau«.¹²

Mit diesem Verständnis von Kultur grenzte sich Ackermann von jenen Auffassungen ab, die Kultur auf eine »Elite« oder auf »Geistiges« beschränkten. Dieser Kulturbegriff fußte auf der Tradition klassisch-bürgerlichen Denkens, er folgte gleichermaßen der Definition zeitgenössischer sowjetischer Philosophen. Gleichwohl gelang es nicht, damit den traditionellen Kulturbegriff zu verdrängen. Eine auf geistige Werte, auf das »Schöne« und seinen vom Arbeitsalltag abgehobenen Genuss beschränkte Kulturauffassung blieb nicht nur im öffentlichen Bewusstsein, sondern auch in der Kulturpolitik der SED bis in die 60er Jahre bestimmend.

Zur Gründung der SED beschwor dann Richard Weimann wiederum jene traditionelle Kulturidee: »Die Arbeiterbewegung ist von Anfang an eine Kulturbewegung gewesen«, der »Sozialismus ist eine Kulturbewegung im höchsten Sinne des Wortes«.¹⁵ Die neue Gesellschaft wurde als eine Kulturgesellschaft gedacht, die die kulturelle Abdrängung der Unterschichten aufheben sollte.

10 Richard Weimann: 40. Parteitag der SPD. S. 55.

11 Willi Bredel: Die Jugend und die kulturelle Erneuerung Deutschlands. In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Erste Zentrale Kulturtagung der KPD. Berlin 1946. S. 98.

12 Anton Ackermann: Unsere kulturpolitische Sendung. In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Erste Zentrale Kulturtagung der KPD. Berlin 1946. S.37

15 Richard Weimann: Kultur und Erziehungsaufgaben der Sozialistischen Einheitspartei. In: Einheit. Heft 5. April 1946. S. 14, 19.

Als prägendes Motiv war diese Demokratisierung gleichsam ein kulturelles Hebungsprogramm für die Aufsteiger aus den Unterschichten wie für diese insgesamt. Zugleich hatte die Kulturidee des kompensatorischen Ausgleichs sozialer Ungleichheit in der Arbeiterbewegung immer zwei gegensätzliche Traditionslinien: Zum einen wurde in der Kultur eine Pflichtaufgabe gesehen, im Sinne von Erziehung und Zwangsbeglückung, zum anderen wurde mit der Kultur das Recht auf Genuss und Entfaltung für alle beschworen.

Drittens: Das Konzept der Umerziehung

Die Alliierten hatten sich 1945 in Potsdam darauf geeinigt, dass in Deutschland »die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.«¹⁴ Der amerikanische Begriff hierfür war Reeducation. Inhaltlich übersetzt bedeutete das Demokratisierung durch politische Bildung. Er ging wohl von einer »Kollektivschuld« der Deutschen aus, verwarf aber die Vorstellung, dass diese unheilbar dem Rassenwahn verfallen seien. Reeducation war Ausdruck des Glaubens an die Erziehbarkeit des Menschen zu sittlichen Werten, Option für den zutiefst in der amerikanischen Tradition verankerten Erziehungsoptimismus.

Umerziehung war zugleich das Grundprinzip der geistigen und kulturpolitischen Einflussnahme der SMAD, der SED wie der antifaschistischen Intellektuellen. Wenn man auch das Misstrauen gegenüber den Deutschen, die Hitler bis zuletzt gefolgt waren, nicht aufgab, so glaubte man doch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen eine neue Ideologie verbreiten zu können.

Was 1945/46 unter dem kleinsten gemeinsamen Nenner *antifaschistischer Demokratie* firmierte, war somit ein weites kulturelles Feld: von konservativ-bürgerlicher Hochkultur bis zu proletarisch-revolutionären Aktivismen. Man könnte auch sagen zwischen *Klassikmythos* und *Proletkult*, später hieß es einfach zwischen Weimar und Bitterfeld. Und dieses Spektrum bediente auch die Kulturpolitik von KPD und SPD.

¹⁴ Zitiert nach: Wolfgang Benz: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland. München 1992. S. 213.

Die antifaschistische Umerziehung sollte mit der Erziehung der Erzieher und einer kulturellen Mobilisierung der Massen einsetzen und später in die sozialistische Erziehung des »neuen Menschen« und in die Schaffung der »gebildeten Nation« einmünden. Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt angekommen. Das Volk ist nicht reif für ein »Sowjetsystem«. Es muss dazu erst erzogen werden.

Mit Sarkasmus und Ironie beschrieb Robert Havemann, was bei solcher Art Erziehungsdiktatur herauskommen musste:

»In diesen Jahren nach dem Krieg, in diesem politisch und moralisch verrotteten Deutschland, wo der Kampf um die nackte Existenz selbst die leiseste Stimme des Gewissens [...] zum Schweigen gebracht hatte, in diesem elenden, zerrissenen, militärisch besetzten Land war Demokratie nicht nur eine lächerliche Illusion, sie war einfach unangebracht. Was hätte schon herauskommen können, wenn diese Leute das Recht gehabt hätten, frei für sich selbst zu entscheiden. Nein, sie mußten geleitet werden, ohne gefragt zu werden, von klugen, fortschrittlichen und selbstlosen Leuten. Erfüllt von unserem Sendungsbewußtsein hielten wir uns für die einzigen historisch Berufenen. Wir wurden zu Stalinisten, ohne es überhaupt zu merken.«¹⁵

15 Robert Havemann: Fragen Antworten Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten. Berlin 1990. S. 65.

GÜNTER AGDE

Ein anderes deutsches Kino: Exilkonzepte und Nachkriegspraxis

1.

Die Führung der Exil-KPD in Moskau hat sich erst sehr spät nennenswerte Gedanken über eine Gestaltung von Filmproduktion und Kinobetrieb in einem Deutschland nach Hitler gemacht. Eine Hauptursache für dieses Defizit ist darin zu sehen, dass nach der Liquidierung der Produktionsfirma Meshrabpom-Film 1936 eigenständige deutsche Exil-Projekte in der Sowjetunion nicht mehr realisiert werden konnten. »Deutsche« Stoffe kamen nur durch Verfilmungen belletristischer oder dramatischer Werke deutscher Autoren ins Bewusstsein (etwa SEMJA OPPENGEJM, nach dem Roman »Familie Oppenheim« von Lion Feuchtwanger, 1938, Regie Grigori Roschal, oder PROFESSOR MAMLOK, nach Friedrich Wolfs Theaterstück, 1938, Regie Gerbert / Herbert Rapoport und Adolf Minkin u. a.). Diese Produktionen wurden von sowjetischen Firmen (Mosfilm Moskau, Lenfilm Leningrad) mit sowjetischen Stäben realisiert, exilierte deutsche Filmkünstler waren daran nicht beteiligt (wenn man von der eher unscharfen, verschleiernenden Funktion als Berater absieht, die nicht im Vorspann nachgewiesen und nur in den Erinnerungen der Beteiligten genannt wird.) Die Evakuierung der sowjetischen Filmproduktion zu Kriegsausbruch nach Taschkent bzw. Alma Ata vertiefte diese Isolierung. Zwar begegneten sich deutsche und sowjetische Filmkollegen, z. B. in den Kantinen und Gemeinschaftsräumen der evakuierten Studios, aber ohne jegliche Konsequenzen für gemeinsame künstlerische Arbeit. Auch an den agitatorisch orientierten Kurzfilmmagazinen (bojewyje kinosborniki), die zum raschen Einsatz an den Frontkinos gedreht wurden und die viele »deutsche« Sujets enthielten, waren Deutsche nicht beteiligt. Und das Verbot von Wsewolod Pudowkins Verfilmung von fünf Szenen aus Brechts Zyklus FURCHT UND ELEND DES DRITTEN REICHES unter dem Titel UBIZY WYCHODJAT NA DOROGU (1942) hat diese »Enthaltksamkeit« nur noch weiter verstärkt. Unter den 258 Frontkameraleuten (fron-

towyje operatory), die den Vormarsch der Roten Armee begleiteten, befand sich kein Deutscher.

Von der aktuellen Film- und Kino-Situation in Deutschland war die KPD-Leitung praktisch ausgeschlossen. Sie war über die dortige Produktion und Distribution kaum informiert, kannte die Filme nicht. Nur gelegentlich konnten die Spitzenfunktionäre im Moskauer Dom Kino an internen Informationsvorführungen erbeuteter deutscher Filme teilnehmen. Deren Auswahl war sporadisch und nicht repräsentativ für die gesamte NS-Filmproduktion. Nichts wusste sie auch von den infrastrukturellen Veränderungen in Filmproduktion und -distribution, die das NS-Regime während der 30er Jahre stillschweigend, aber tiefgreifend vorgenommen hatte und an deren Ende die Filmproduktion als Staatsunternehmen stand.¹

Erst Ende 1944, als die programmatischen Überlegungen der Exil-KPD-Führung für ein Nachkriegsdeutschland infolge des raschen Kriegsverlaufs präzisiert und vertieft werden mussten, gelangten auch Kino und Film in die Aufmerksamkeit der Parteiführung. Anton Ackermann, seinerzeit ZK-Mitglied, arbeitete ein umfassendes Nachkriegskonzept aus, in dem insbesondere praktische Maßnahmen für die Säuberung des deutschen geistigen Lebens vom nazistischen Ungeist und für die Umerziehung notiert sind. Ackermann nannte als erste Aufgaben auf dem Gebiet von Kulturpolitik und Volksbildung die »Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistisch-imperialistischen Unrat« und die »Pflege eines wahrhaft demokratisch-freiheitlichen und fortschrittlichen Geistes zur Wiederherstellung der Ehre der Nation«. In die Vielzahl der darunter rubrizierten Teilgebiete bezog er »Theater, Kino, Film« ein.² Unter Punkt 54, an vorletzter (!) Stelle seines detaillierten Papiers, notierte er lakonisch »Die Filmerzeugung wird unter staatliche Kontrolle gestellt.«³ Die Distribution von Film berücksichtigte er nicht.

Diese beiden Konzepte – »Pflege eines ... fortschrittlichen Geistes« und die Obergabe einer Exekutive über die Produktion – bestimm-

1 Vgl. Klaus Kreimeier: Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns. München / Wien 1992. S. 300ff.

2 Anton Ackermann: Aktionsprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie. In: Horst Laschitzka (Hrsg.): Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Berlin 1969. S. 206.

3 Ebenda. S. 209.

ten fortan die Kinopolitik der Parteiführung für das Nachkriegsdeutschland. Sie behauptete und beanspruchte den ideologischen und exekutiven Zugriff auf das moderne Medium. Die KPD-Führung mobilisierte hierfür ihr altes, schon in der Vor-NS-Zeit geprägtes Kunstverständnis, das mit der berühmt-berüchtigten Formel »Kunst ist Waffe« (nach Friedrich Wolfs Kampfschrift von 1920) bestimmt werden kann. Film wurde als Instrument der Säuberung und Aufklärung und der Ideologiebildung begriffen. Künstlerische Eigenwerte des Kinos wie z. B. seine Unterhaltungs- und Entspannungsfunktion in einem massenmedialen Verbund blieben ausgeschlossen.

Nur wenig später nach Ackermann präziserte Heinz Willmann (damals Redakteur und Mitarbeiter des NKFD) dessen Film-Vorgaben, wobei er die Grundziele und den entschiedenen Ton seines Vordenkers mittrug. Willmann wollte mit Hilfe einer zu bildenden Filmkommission (über deren Zusammensetzung er nichts notierte) »eine Anzahl von Filmen für Deutschland« vorbereiten: sie sollten aus der sowjetischen Produktion ausgewählt, synchronisiert⁴, »durch Schnitte und Einschnitte so bearbeitet werden, dass sie sich zur Vorführung in Deutschland eignen.«⁵ Unausgesprochen setzte Willmann hier eine Zensur aus den eigenen Reihen an. Außerdem behauptete er, dass es »viele Goebbelsfilme« gäbe, die »sich durch Montage so verändern lassen, dass damit eine antifaschistische Wirkung erzielt wird.«⁶ Und machte den ebenso verständlichen wie problematischen Vorschlag, »durch Montage unter Verwendung deutscher Streifen« »neue Filme« herzustellen.⁶ (Dieser Vorschlag bezeugte die tiefe Unkenntnis Willmanns von deutscher NS-Produktion.) Ausdrücklich sah Willmann »in der ersten Zeit nach Beseitigung der Hitlermacht« keine eigenständige deutsche Filmproduktion (vor). Auch er bedachte die Distribution von Filmen nicht. Und Willmann sicherte seine resoluten Überlegungen ab, indem er sich die Überlegungen des sowjetischen Gewerkschaftsvertreters auf der Weltgewerkschaftskonferenz 1944 zu eigen machte.

4 Willmann verwendete den damaligen sowjetischen Terminus technicus »tonieren«.

5 Heinz Willmann: Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet der ideologischen Aufklärung. In: Horst Laschitzka (Hrsg.): Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. S. 225.

6 Ebenda.

Offenbar erschien der KPD-Führung der Vorschlag Willmanns zu unkonkret oder nicht ausreichend praktikabel, denn sie bat den Dramatiker Friedrich Wolf um präzisere Vorschläge. Wolfs Filmkompetenz schien der Leitung durch die (sowjetischen) Verfilmungen seiner Stücke *PROFESSOR MAMLOCK* und *DAS TROJANISCHE PFERD* (BORBA PRODOLSHAJETSA, 1959, Regie Wassili Shurawljos) erwiesen.

Über direkte filmpraktische Erfahrungen – außer als Stofflieferant – verfügte Wolf nicht. Fairerweise beriet sich Wolf aber mit filmkompetenten Kollegen, mit Hans Rodenberg und Heinrich Greif (Gustav von Wangenheim konnte er nicht erreichen): Rodenberg war 1932 bis 1936 immerhin Produktionsleiter bei Meshrabpom-Film gewesen und hatte einen eigenen Spielfilm vorbereitet, Heinrich Greif hatte etliche Rollen in sowjetischen Spielfilmen gestaltet (u. a. in *BOGDAN CHMELNIZKIJ*, 1941, Regie Igor Sawtschenko, *TSCHELOWEK* Nr. 217, 1944, Regie Michail Romm) und war maßgeblicher Sprecher deutscher Sendungen im Moskauer Rundfunk gewesen. Wangenheim hatte 1936 den Spielfilm *KÄMPFER* in deutscher und russischer Sprachfassung realisiert.

Wolf reichte eine Liste mit Titeln von insgesamt 23 Filmen ein, die er allesamt für einen Einsatz im Nachkriegsdeutschland als geeignet ansah: neun Dokumentarfilme sowjetischer Produktion, acht sowjetische und sechs US-amerikanische Spielfilme.⁷ Wolf kannte alle Filme: die sowjetischen aus dem zeitgenössischen Kinorepertoire Moskaus, die amerikanischen von seiner lecture-Reise in die USA von 1935/36. Er wusste also, was er vorschlug.⁸ Willmanns Idee, NS-Filme umzumontieren und so für antifaschistische Zwecke in Nachkriegsdeutschland zu gewinnen, griff Wolf nicht auf, sie blieb auch weiterhin unerwähnt und war somit erledigt.

Die Reduzierung von Film und Kino auf eine rein ideologische Funktion in den Überlegungen der Exil-KPD-Führung hatte zur Folge, dass ein Gesichtspunkt übersehen wurde, der jedoch gerade im Kinobetrieb eine nicht unerhebliche Rolle spielen sollte: Film als Geschäftsobjekt und als Einnahmequelle.

7 Friedrich Wolf: Vorschläge für den Film. In: Horst Laschitzka (Hrsg.): *Kämpferische Demokratie gegen Faschismus*. S. 238ff.

8 Die sowjetischen Filme von Wolfs Liste wurden auch in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern gezeigt. Privatinfomation von Günter B., Leipzig.

2.

Soweit im deutschen Reichsgebiet die Kinos als Betriebe noch intakt und technisch spielfähig waren, wurden sie unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen und nach der Einrichtung sowjetischer Kommandanturen wiedereröffnet, in der Regel mit dem gleichen deutschen Personal, das schon vordem die Kinos betrieben hatte, wobei Stromsperrern, Heizungsprobleme und oft auch Gebäudeschäden den Spielbetrieb behinderten. Dienstreglements, Werbung und Preisgestaltungen oblagen in den kommunalen Verwaltungen den Abteilungen für Volksbildung, später für Kultur. Die Spielpläne wurden vom örtlich vorhandenen oder schnell erreichbaren Kopienstock bestimmt, allmählich dann auch von einem Kopienaustausch, den die sowjetische Firma Sovexportfilm – die innerhalb der Sowjetischen Militäradministration (SMA) selbständig agieren konnte – organisierte und moderierte.⁹ Die örtliche Zensur der SMAen – in der Reichweite der Kommandanturen – entschied über den Einsatz von NS-Filmen, wenn deren Kopien im Einzugsbereich greifbar waren.¹⁰ Allmählich setzte auch ein interzonaler Austausch meist von Spielfilmen ein, deren westdeutsche Synchronisationen übernommen wurden. Auch der Filmaustausch mit den jungen Volksdemokratien kam in Gang.

9 Siehe Wolfgang Harkenthai: Russen wieder in Berlin. Die Anfänge von Sovexportfilm. In: Die ungewöhnlichen Abenteuer des Dr. Mabuse im Lande der Bolschewik!. Hrsg. von Oksana Bulgakowa, Freunde der Deutschen Kinemathek. Berlin 1995. S. 260ff.

10 Die Reglements der Zensur von NS-Filmen für ihren Wiedereinsatz im Amtsbereich der jeweiligen SMA und der Zentrale, der SMAD in Berlin, sind bisher nur fragmentarisch bekannt. Die zugänglichen SMAD- und SMA-Akten geben hierüber keine ausreichende Auskunft. Bruchstücke dieser Netzwerke sind in Einzelentscheidungen und Lebenserinnerungen, u. a. von Konrad Wolf und Wladimir Gall für Halle bzw. das Land Sachsen-Anhalt, erkennbar. Erst 1949 einigten sich die vier Alliierten über eine einheitliche Liste zu verbotender NS-Filme. In Katalogen u. a. Nachschlagewerken wurde dies so notiert: »Gemäß Entscheidung der Alliierten Militärregierungen ist die Vorführung dieses Films in Deutschland *verboten*.« [Hervorhebung im Original.] Siehe Alfred Bauer: Deutscher Spielfilmalmanach 1929–1950. Neuausgabe 1976. München. S. 169ff. Diese Regelung, die später in Einzelfällen oft unterlaufen wurde, galt im Grunde bis zum Abzug der vier Alliierten.

Die neu entstandene ostdeutsche Filmproduktionsfirma DEFA (gegründet am 16. Mai 1946) und die ebenfalls neue ostdeutsche Synchronfirma »Phönix«-Film sorgten für die Synchronisationen der sowjetischen und anderen »östlichen« Filme. Dabei ging oft Schnelligkeit vor Qualität, sprich: infolge der damaligen unzureichenden technischen Möglichkeiten wurden Zwischenformen von Synchronisation eingesetzt, um die jeweiligen Filme möglichst schnell in die Kinos zu bekommen. So wurde das technische Mittel eingblendeter Zwischentitel aus der Stummfilmzeit reaktiviert. Die Filme liefen in Originalsprache, die Dialoge wurden per Zwischentitel (Inserts) eingblendet. An eine andere Form erinnert sich DEFA-Mitbegründer Kurt Maetzig als – wie er fand – reizvolle Möglichkeit: der Originalton eines Films (die Dialoge) wurde soweit reduziert, dass er zwar zu hören, aber nicht wörtlich zu verstehen war – und darüber wurde der Ton eines deutschen Kommentars gelegt, der die Inhalte der Dialoge zusammenfasst.¹¹ Der technische und finanzielle Aufwand für beide Varianten war gering, die Aufbereitung der Filme für den Einsatz in den Kinos der SBZ erfolgte schnell.¹² Diese Übergangslösungen wurden bald von den heute noch üblichen Standards der Filmsynchronisation abgelöst. Das größte technische Problem des Kinobetriebs der unmittelbaren Nachkriegszeit – der Rohfilmmangel – wurde für Synchronisationen sowjetischer Filme mit der Autorität der neuen Macht entschieden.

Die Struktur der Kinovorstellungen in der SBZ folgte den Strukturen, die sich im Lauf der 30er Jahre im deutschen Kinobetrieb etabliert und als zuschauerfreundlich erwiesen hatten und die auch den NS-Gebräuchen entsprachen: in der Abfolge Wochenschau, Werbefilme oder/und -dias, dann ein Kultur- oder Aufklärungsfilm mittlerer Metrage, schließlich der Spielfilm, insgesamt eine Vorführungslänge von durchschnittlich 120 min.

11 Kurt Maetzig hat so den sowjetischen Spielfilm *KLJATWA* (1946, *DER SCHWUR*, Regie Michail Tschiaureli) bearbeitet. Siehe Gespräche mit Kurt Maetzig. In: Kurt Maetzig: *Filmarbeit, Gespräche, Reden, Schriften*. Hrsg. und mit einer Studie versehen von Günter Agde. Berlin 1987. S. 30.

12 Siehe Heinz Reusch: *Damals hat sich jeder verantwortlich gefühlt*. In: *Alltag des Dokumentarfilms, Erinnerungen an die Jahre des Anfangs 1946–1950*. Zusammenstellung, Redaktion Günter Jordan, Verband der Film- und Fernsehschaffenden der DDR. Berlin 1987. S. 48ff.

Die SMAD und die ihr folgenden deutschen kommunalen Verwaltungen in der SBZ betrachteten diese Art Kinobetrieb als Bestandteil der Normalisierung des täglichen Lebens und des Wiederaufbaus. Hier trafen sie sich direkt mit den konzeptionellen Vorstellungen der Exil-KPD-Führung.

Neben den traditionellen Formen des öffentlichen Kinobetriebs – mit der Besonderheit von Aufsicht und Finanzierung durch die Besatzungsmacht – prägte noch eine weitere Form das »Kinoleben« der SBZ. Die Rote Armee veranstaltete in nahezu allen ihren Kommandanturen in Klubhäusern und requirierten Sälen eigene Kinovorstellungen für ihre Truppen.¹⁵ Sie öffnete diese armee-internen Vorführungen oft für die deutsche Bevölkerung, für Antifa-Ausschüsse, FDJ-Gruppen, Schulklassen etc. Das Repertoire dieser Kinoveranstaltungen wurde sowohl von Sovexportfilm wie über die sogenannten Kinobasa der Armee (ein armee-internes Netzwerk kostenloser Verleihs) organisiert. Diese Kinovorstellungen kosteten keinen oder nur minimalen Eintritt und bildeten natürlich einen weiteren Bestandteil ideologischer Beeinflussung im Sinne der Neuordnung.

3.

Im Repertoire der beiden Kinobetriebsvarianten liefen alle die sowjetischen Filme, die Friedrich Wolf nominiert hatte, u. a. TSCHAPAJEW (TSCHAPAJEW, 1954, Regie Sergej und Georgij Wassiljewy), ZIRKUS (ZIRK, 1956, Regie Grigorij Aleksandrow), DER DELEGIERTE DER BALTISCHEN FLOTTE (DEPUTAT BALTIKI, 1956, Regie Aleksandr Sarchi, Josif Cheifiz, nach dem auch in der SBZ gespielten Theaterstück STÜRMISCHER LEBENSABEND von Leonid Rachmanow), die abendfüllenden Dokumentarfilme über den Kampf der Roten Armee gegen die NS-Wehrmacht¹⁴ und

¹⁵ Siehe Wladimir Gelfand: Deutschland-Tagebuch. Aufzeichnungen eines Rotarmisten. Ausgewählt und kommentiert von Elke Scherstjanoi. Berlin 2005. Gelfand berichtet von zahlreichen Kinobesuchen, die alle Varianten des damaligen Kinobetriebs umfassen.

¹⁴ Wolfs Vorschlag, den Dokumentarfilm DER KAMPF UM UNSERE SOWJET-UKRAINE (BITWA SA NASCHU SOWJETSKUJU UKRAINU, 1943, Regie Julia Solnzewa und Jurij Awdejkenko) zu zeigen, in dem Sequenzen über den Charkower Prozess gegen Kollaborateure und NS-Kriegsverbrecher und ihre öffentliche Hinrichtung enthalten sind, wurde nicht realisiert.

über Moskauer Sportparaden. Diese Auswahl aus der sowjetischen Gesamt-Filmproduktion von rund anderthalb Jahrzehnten, die ausschließlich von der sowjetischen Seite sanktioniert war, signalisierte zugleich auch ein großes Nachholbedürfnis nach sowjetischen Filmen der 30er Jahre und dabei vor allem nach solchen Filmen, die sowohl den Prinzipien des sozialistischen Realismus sowjetischer Prägung entsprachen wie auch dem Helden- und Führerbild der stalinistischen Ästhetik. Insofern bedienten die Filme durchaus die konzeptuellen Vorstellungen der Exil-KPD-Führung, eine Hegemonie des sowjetischen Films in Nachkriegsdeutschland zu etablieren. Einem vergleichbaren Nachholbedürfnis entsprach auch der Einsatz von Filmen aus westeuropäischen und amerikanischen Produktionen, die während der NS-Zeit in Deutschland nicht gezeigt worden waren. Werke der sowjetischen Filmavantgarde, die wesentlich die Formsprache der Weltfilmkunst mitbestimmt hatten und seit 1933 völlig aus dem medialen Gedächtnis der deutschen Zuschauer verbannt worden waren, wurden zunächst nicht gezeigt.¹⁵ Auch an die seinerzeit modernen Filmexperimente und an die internationalistisch-kooperativen Ambitionen der deutsch-sowjetischen Produktionsfirma Meshrabpom-Film wurde nicht erinnert.¹⁶ Wurden Filme dieser Firma gezeigt, so nicht unter deren Produktionssignet. (Personelle Kontinuitäten blieben intern: Aleksander Andrijewski, bei Meshrabpom-Film Regisseur, Autor und Publizist, agierte nun als Berater der DEFA in der Spielfilmproduktion, seine Verbindung wurde nirgendwo thematisiert oder gar erwähnt.) Die historische, personelle und finanzielle »Nähe« der Firma zur Internationalen Arbeiterhilfe IAH (Meshrabpom) und

15 Hier hat erst die (ostdeutsche) Eisenstein-Konferenz 1959, während der die Filme Eisensteins in neuen Kopien und Synchronisationen gezeigt wurden, die inoffizielle Barriere von Ignoranz, Zensur und aktuell propagandistischen Ambitionen der SU und der DDR – wenigstens ansatzweise und mit dem Filmm-Avantgardisten schlechthin – überwunden.

16 Die beiden Produktionen der Firma, die von antifaschistischen Filmexilanten in der Sowjetunion realisiert wurden, wurden ignoriert, ihre Kopien galten lange als verschollen: AUFSTAND DER FISCHER (WOSSTANIJE RYBAKOW, 1934, Regie Erwin Piscator, nach der Novelle von Anna Seghers, und KÄMPFER (BORZY, 1936, Regie Gustav von Wangenheim). Siehe Renate Waack: AUFSTAND DER FISCHER. In: Exil in der UdSSR. Hrsg. von Klaus Jarmatz, Simone Barck und Peter Diezel. Leipzig 1979. S. 510ff. und Günter Agde: KÄMPFER – Biographie eines Films und seiner Macher. Berlin 2001.

damit zu deren Chef Willi Münzenberg, der seit 1937 streng als Unperson galt, und die Liquidierung der Firma 1936 als Signal des Vorausschattens des Großen Terrors wirkten als Stigmata bis ins Nachkriegsdeutschland fort. Merkwürdige und kurzzeitige Ausnahme bildete die (ost)deutsche Präsentation des Films von Meshrabpom-Film DAS LETZTE ZIGEUNERLAGER (POSLEDNIJ TABOR, 1936, Regie Jewgenij Schnejder und Moissej Goldblat), der in einer romantisch-idealisierten Geschichte die Sozialisierung von Zigeunern in der Ukraine der 30er Jahre und ihre Harmonisierung mit der Kolchoswirtschaft bietet, eine breite emotionale Idylle jenseits realer Vorgänge. Der anlässlich dieses Films denkbare ideelle Vorgriff auf Möglichkeiten landwirtschaftlicher Kollektivierungen in der SBZ schien wohl absolut deplaziert.

Anfangs erschienen in den Kinovorstellungen auch vereinzelt Ausgaben der sowjetischen Wochenschau NOWOSTJI DNJA, die in Moskau für das sowjetische Publikum produziert wurde und die über die Verbindungen der Kino-basen auch nach Ostdeutschland gelangten (deutsch synchronisiert). Dem Ton und der Diktion der Übersetzung merkt man deutlich an, wie fremd und ungewohnt alles »Russische« den deutschen Filmschaffenden erschien: lange hielt sich in Kommentartexten – später auch in der ostdeutschen Wochenschau DER AUGENZEUGE – z. B. die Vokabel »Hitleristen« für NS-Verbrecher als wörtliche Übersetzung des im Russischen geläufigen »Gitlerowzy«. Auch die Aussprache russischer Namen und Vatersnamen fiel den deutschen Synchronsprechern zunächst hörbar schwer.¹⁷ Die Auswahl einzelner Folgen von NOWOSTJI DNJA für den Einsatz in der SBZ war vor allem durch solche Sujets bestimmt, die die Präsenz der Sowjets in Deutschland und ihre Zusammenarbeit mit den anderen Alliierten visualisierten.¹⁸ Mit dem Erscheinen der ostdeutschen Wochenschau, DER AUGENZEUGE (produziert von der DEFA) ab Februar 1946, wurden die Vorführungen von NOWOSTJI DNJA auf die internen Vertriebsstrecken der Kino-basen der Roten Armee verlagert. Die Wochenschauen der westlichen Alliierten, z. B. WELT IM FILM, wurden in den Kinos der SBZ

17 Siehe die Erinnerungen der damaligen Synchronsprecherin Isot Kilian »Wir wollten die Menschen aufmuntern« in: Alltag des Dokumentarfilms. Erinnerungen an die Jahre des Anfangs 1946–1950. S. 67ff.

18 Siehe NOWOSTI DNJA Nr. 42/1945, sw, 11'. Kopie im Bundesarchiv / Filmarchiv Berlin.

nicht gezeigt. Ähnlich wie in der SBZ gestalteten sich Filmpolitik und Kinobetrieb auch in der sowjetisch besetzten Zone in Österreich.¹⁹

Das Ensemble zwischen importierten Filmen aus den Volksdemokratien, den neuen DEFA-Filmen und dem AUGENZEUGEN realisierte die von der Exil-KPD-Führung konzipierte Strategie der Aufklärung und Neu-Orientierung, re-education á la SBZ. Bestimmend war dabei die deutliche Orientierung auf das gesellschaftliche Modell der Sowjetunion und die pamphletische, personalisierte Anklage des deutschen Faschismus, z. B. durch eine Serie demonstrativer Sujets im AUGENZEUGEN, in denen die Angeklagten im Nürnberger Prozess filmisch vorgeführt wurden, unterlegt von dem gleichen Text »Schuld sind sie!«

4.

Parallel zu der Installierung und Etablierung eines regulären, wenngleich zensierten Kinobetriebs in der SBZ verlief ein Prozeß, der über längere Zeit diesen Kinobetrieb nachhaltig veränderte. Im Zuge der Sequestrierung und der Entflechtung deutscher Konzerne, wie sie die Alliierten beschlossen hatten, wurde auch die Ufa, der größte Filmkonzern der NS-Zeit und stilles Reichseigentum, aufgelöst. Zur Ufa gehörte ein reiches, Deutschland-weit gegliedertes Netz von konzern-eigenen Kinotheatern, die nun enteignet bzw. sequestriert wurden. Diese Eigentumsumwandlungen erfolgten in der SBZ relativ rasch, da die Besatzungsmacht gerade diese Maßnahmen der Enteignung als Entmachtung ehemals faschistischer Kräfte ansah und folglich energisch und zügig betrieb. Die ostdeutschen Behörden folgten ihr.²⁰ So kamen zahlreiche Kinos – auch mit Liegenschaften – in die Obhut der Kommunen sprich (ost-)deutscher Verwaltungen.²¹ Die Einnahmen

¹⁹ Siehe Wolfgang Müller: Sowjetische Filmpropaganda in Österreich 1945–1955. In: Karin Moser (Hrsg.): Besetzte Bilder. Film, Kultur und Propaganda in Österreich 1945–1955. Wien 2005. S. 86ff.

²⁰ Dieser Vorgang ist exemplarisch an der Verstaatlichung von Kinos in Mecklenburg-Vorpommern zu studieren, siehe Beschlüsse des Zentralsekretariats der SED vom 24. November 1947, vom 8. Dezember 1947 und vom 10. Januar 1949. Bundesarchiv Berlin / SAPMO. DY 30 / IV 2/2.1 / Nr. 147, Nr. 155 und Nr. 260.

²¹ Demontagen von Kinoanlagen und ihr Abtransport in die Sowjetunion sind nicht überliefert.

aus den Kinovorstellungen – berechnet nach jedem Film pro Vorstellung (Film- bzw. Verleihmiete) – gingen weiterhin an die Verleihfirma Sovexportfilm, jedoch entfielen Teile davon an die Kommunen, die den technischen und personellen Betrieb sichern mussten. Auch die Steuern (Vergnügungs- bzw. Lustbarkeitsteuer nebst diversen Variationen durch Prädikate) mussten neu reguliert werden. Teile der Einnahmen wurden der DEFA auch als Vorfinanzierungen für eigene neue Projekte zur Verfügung gestellt.

Im Gefolge der Enteignungen von ufa-eigenen Kinos wurden auch andere, nicht-ufa-eigene, privat betriebene Kinos allmählich enteignet und den Kommunen unterstellt. Damit wurde ein wesentliches, weil flächendeckendes Feld der Distribution von Kinofilmen verstaatlicht. Ein entscheidender Bereich der Wirkung des Mediums geriet so unter die direkte Einflussnahme der neuen Ordnung: Ideologische Indoktrinierung verband sich mit schneller finanzieller Steuerung.

In der Folgezeit gewann auch die neue (ost-)deutsche Filmproduktion der DEFA zunehmend an Bedeutung und ideellem Einfluss. Insbesondere ihre ersten Spielfilme *DIE MÖRDER SIND UNTER UNS* (1946, Regie Wolfgang Staudte), *EHE IM SCHATTEN* (1947, Regie Kurt Maetzig) und *FREIES LAND* (1946, Regie Milo Harbich) antworteten eigenwillig, eindrucksvoll und massenwirksam auf die Filmvorstellungen der Exil-KPD-Führung. Entsprechend prononciert wurden sie in den Kinospieleplänen platziert, ihre große Resonanz entsprach vielen Erwartungen.

Letztendlich gewannen freilich realpolitische Entwicklungen, die wesentlich von den Interessen der Besatzungsmacht diktiert waren, gegenüber den Kino-Konzepten der Exil-KPD-Führung die Oberhand.

KARL-HEINZ GRÄFE

Polens eigener Weg zum Sozialismus – Chance oder Utopie?

Die Kriegsniederlage Deutschlands, seiner Satelliten und Kollaborateure schwächte das bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftssystem, mobilisiert Gegenkräfte und führte zu einem Linksruck auf dem europäischen Kontinent. In Osteuropa verdrängten linke Bewegungen oder avantgardistische Minderheiten, gestützt auf die sowjetischen Befreier, bürgerlichen Eliten von der Macht verdrängten, vergesellschafteten deren Privateigentum an Produktionsmitteln, gewährleisteten soziale Gerechtigkeit und nationale Selbstbestimmung. Verglichen mit Sowjetrußland 1917 schien ein Übergang zu einem demokratischen Sozialismus möglich. Vieles hing auch von den historisch bedingten Zu- oder Abneigung zur russischen Großmacht oder von den Bewegung der Massen ab, die in Jugoslawien, Polen, Bulgarien, Tschechien, Albanien offensichtlicher waren als in Deutschland, Österreich, Finnland, Ungarn und Rumänien. Die allgemeine zivilisatorische Rückständigkeit, die ökonomische Schwäche der zur Großmacht aufgestiegenen UdSSR und der bald einsetzende Ost-West-Konflikt minderten von vornherein die Chancen einer eigenständigen Entwicklung in Richtung eines demokratisch, sozial, national wie internationalistisch emanzipatorischen Sozialismus.

Eine Analyse der Entwicklung seit 1943/44 bestätigt, dass der nationale Entwicklungspfad im Einklang mit dem Leninschen Konzept von den zwei Ertappen der Revolution und der Volksfrontstrategie der Komintern seit 1941 war. Stalin forderte in den ersten Nachkriegsjahren nicht die Nachahmung des sowjetischen Weges ein. Er ging aber davon aus, dass die national orientierte und parlamentarisch-demokratische geprägte Entwicklung letztlich doch in den Staatspartei Sozialismus sowjetischen Typs hinüberführen wird. Vorrangig ging es Stalin um eine feste Anbindung dieser Länder an die sowjetische Großmacht (Polen Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) oder um eine »positive« Neutralität (Finnland, Deutschland, Österreich). Nach den bisherigen Erfahrungen, die die Sowjetunion mit der übrigen Welt

seit 1917 gemacht hatte, war der Aufbau ein westlicher »corton sanitaire« unverzichtbar für ihr Überleben. Stalin brachte diese Politik auf das Axiom, das allerdings (entgegen seiner Behauptung) durch aus kein Novum des Zweiten Weltkrieges war, sondern generell in der Weltgeschichte bisher wirkte: »Wer auch immer ein Territorium besetzt, führt auch sein eigenes Gesellschaftssystem ein. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit die Macht seiner Armee reicht.«¹

Die Krenmlführung befürwortete bis etwa Herbst 1947 die historisch gegebene nationale Bedingungen, die Aktionsbündnisse der Kommunisten mit Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien in Gestalt einer parlamentarischen Demokratie als Alternativen zur bolschewistischen Einparteiensowjetmacht. Dieser politische Spielraum wurde von den kommunistischen Führern wie Josip Broz Tito, Georgi Dimitroff, Klement Gottwald, W³adis³aw Gomu³ka, Mátyas Rákosi, Gheorghe Georghiu-Dej, Walter Ulbricht genau so genutzt wie von sozialdemokratischen, sozialrevolutionär-bäuerlichen und bürgerlichen Politikern. Es zeichneten sich zwischen 1944–1947 grundlegende Unterschiede vom sowjetischen Entwicklungsmodell ab: die weitgehend freien Parlamentswahlen, die Selbständigkeit sozialistischer und kommunistischer Parteien wie auch die Existenz einer bürgerlichen Opposition.² Das kommunistische Konzept auf gesellschaftliche Hegemonie ist in diesem Umbruchsprozess genauso unbestritten wie das Bestreben anderer politischer Kräfte nach Erhalt und Ausbau ihrer Macht. Es waren auch nicht nur die Kommunisten Osteuropas, die sich auf die sich eines »Verfahrens zur Zermürbung und langsamen Entmachtung ihrer politischen Konkurrenten« (also der berüchtigten »Salamitaktik« des ungarischen Parteichef Rákosi) bedienten³. Auch die Politiker der Sozialdemokratie, der bäuerlichen und bürgerlichen Parteien versuchten mit Unterstützung westlicher Großmächte den kommunistischen Einfluss nicht nur mit legalen demokratischen Methoden zurückzudrängen oder auszuschalten, notfalls auch mit mili-

1 Milovan Djilas: Conversation with Stalin. London 1962. S. 90.

2 Siehe Karl-Heinz Gräfe: Die Parteien und Massenorganisationen der DDR, im Vergleich zu den sozialistischen Ländern Osteuropas. In: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002. 159ff.

3 Jörg K. Hoensch: Geschichte Ungarns 1867–1983. Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1984. S. 168.

tärischer Gewalt. Das markanteste Ereignis in der hier beschriebenen Zeit ereignete sich damals nicht im sowjetischen, sondern im anglo-amerikanischen Machtbereich Europas – die Militärintervention von 80 000 Mann des britischen Expeditionskorps unter General Scobis und der Bürgerkrieg in Griechenland seit 1944, der eine demokratische und national bestimmte Entwicklung dieses Landes auf lange Zeit verhinderte.

Im folgenden sollen die wichtigsten Merkmale des polnischen nationalen Weges analysiert werden.

1. Nationaler Weg unter Bedingungen bürgerkriegsähnlicher Zustände in Polen?

Der Polens eigenständiger Weg begann im Unterschied zu fast allen Ländern Osteuropas unter den Bedingungen innerer bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen den beiden verfeindeten polnischen Lagern – der Londoner Exilregierung und der mit Moskau verbundenen Lubliner Regierung (seit Juli 1944), die etwa 30 000 polnischen Bürgern das Leben kostete.

Die polnische Exilregierung in London⁴, besaß im deutsch besetzten Polen einen gut organisierten politischen und militärischen Untergrund (*Rat der Nationalen Einheit RJN/Rada Jedności Narodowej* unter dem Vorsitz des Sozialisten Kazmierz Pużak seit Januar 1944, *Landesministerrat KRM/Krajowa Rada Ministrów* unter dem Vizepremier der Londoner Regierung und Bauernführer Jan Stanisław Janowski seit dem 10. Juli 1944, *Landesdelegatur der Streitkräfte DSZ/Delegatura Sił Zbrojnych na Kraj* in einer Größenordnung von etwa 300 000 Partisanen). Sie bekämpfte nicht nur die deutschen Okkupanten, sondern terrorisierte vordergründig das linke Lager, welches nach

4 In der Londoner Exilregierung 1939 arbeiteten die Parteien der Zwischenkriegszeit zusammen: *Polnische Sozialistische Partei Freiheit-Gleichheit-Unabhängigkeit PPS-WRN/Polska Partia Socjalistyczna - Wolność - Równość - Niepodległość*, *Polnische Bauernpartei PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe*, *Nationalpartei SN/Stronnictwo Narodowe*, *Partei der Arbeit SP/Stronnictwo Pracy*. Sie besaßen im polnischen Untergrund auch eigene militärische Gruppen: *Landesarmee AL/Armija Krajowa*, *Nationalen Streitkräfte NSZ/Narodowe Siły Zbrojne*, Teile der *Bauernbataillone Bch/Bataliony Chłopskie*.

der Auflösung der *Kommunistischen Partei Polens KPP/Komunistyczna Partia Polska* durch die Komintern 1938 erst unter Führung der im Januar 1942 neu gegründeten kommunistischen Partei unter dem Namen *Polnischen Arbeiterpartei PPR (Polska Partia Robotnicza)*⁵ eine einflussreiche politische Kraft wurde (*Landesnationalrat KRN/Krajowa Rada Narodowa* Dezember 1943, das *Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung PKWN/Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego* am 22. Juli 1944 in Lublin und seit Januar 1945 als *Provisorische Polnische Regierung* in Warschau, *Volksgarde GL/Gwardia Ludowa*, *Volksarmee AL/Armija Ludowa* bzw. *Polnische Armee WP/Wojsko Polskie* mit etwa 290 000 Mann). Exilpremier und Oberster Befehlshaber aller Polnischen Streitkräfte, General W³adis³aw Sikorski befahl schon 1942 »die kommunistische Aktion rücksichtslos und mit allen Mitteln zu bekämpfen.« Zwischen Frühjahr 1943 und Dezember 1944 wurden in diesen brudermörderischen Kämpfen 776 Menschen getötet. In den Jahren 1945 und 1946 verloren von den 300 000 Angehörigen der Polnischen Armee, des Inneren Sicherheitskorps, der Freiwilligen Milizreserve (unterstützt 13 530 sowjetischen Soldaten der in Polen stationierten

5 In der Volksfront arbeitete die *PPR* seit 1943 mit dem linken Flügel der *PPS*, der *Arbeiterpartei Polnischer Sozialisten RPPS / Robotnicza Partia Polskich Socjalistow*, seit Februar 1944 mit Abspaltungen der *Bauernpartei SL-WL/ Stronnoictwo Ludowe-Wolja Ludu* und *Demokratischen Partei SD/ Stronnoictwo Demokratyczne* zusammen. Bis Mitte 1944 besaß der Landesnationalrat 55 000 Partisanen in sechs Gebieten (Warschau, Lublin, Radom/Kielce, Krakow, Slask, Lodz/Poznan) und wirkte als Untergrundregierung. Dimitroff, nach der Auflösung der Komintern 1945 Leiter der Abteilung für Internationale Information der KPdSU, billigte zwar diese Initiative der *PPR*, äußerte aber Bedenken, den *Landesnationalrat* zu zeitig als Machtorgan zu konstituieren, denn eine künftige Provisorische Regierung Polens müsse auf breiterer politischer Grundlage geschaffen werden, einschließlich der demokratischen Elemente der politischen Emigration in den USA, Großbritannien und der UdSSR. Gomu³ka informierte Dimitroff im März 1943, dass es bisher nur gelungen sei, sich auf die Opposition innerhalb der *RPPS* und der *SL* zu stützen. Der Landesnationalrat werde, so Gomu³ka, als »Regierungsvertretung handeln«. Er forderte vom Moskauer *Zentralbüro der Kommunisten*, im Falle der Befreiung Ostpolens der Sitz des *KRN* dorthin zu verlegen und seine Anerkennung durch die Sowjetregierung zu gewinnen. Vgl. Eva Seeber: Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um Polen und die *CSR* 1941–1945. Berlin 1984. S. 194ff. – Vostoènjaja evropa v dokumentach rossiskich archivov 1944–1953gg. Tom 1. Moskva-Novosibirsk 1997. Dokument Nr. 4, 5 und 6, S. 42ff. – Sovetskij faktor v vostoènoj evropie 1944–1953gg. Tom 1. Moskva 1999. Dokument Nr. 7. S. 62ff.

nierten NKW-Truppen) 9 276 Militärs und 5482 Zivilisten das Leben; von den etwa 100 000 Untergrundkämpfer des Londoner Exils fielen 7 672.⁶

2. Auf welchen theoretischen und politischen Grundlage sollte die polnische Gesellschaft nach dem Kriege umgestaltet werden?

Die *PPR* orientierte in ihrem programmatischen Dokument »Wofür wir kämpfen« auf eine grundlegende soziale und nationale Umgestaltung Polens. Einer ihrer bedeutsamen Theoretiker Alfred Lampe ging davon aus, dass das polnische Volk »noch keine Demokratie in des Wortes voller Bedeutung kennengelernt« habe und erst eine demokratische Alternative zum Vorkriegsregime geschaffen werden müsse. Er erklärte kurz vor seinem Tode 1943: »Es ist nicht der Weg der sozialen Revolution, der vor Polen steht. Die ungeheuren Zerstörungen, die die Deutschen in der Wirtschaft und der Bevölkerung angerichtet haben, stellen nicht den Bürgerkrieg, sondern die Vereinigung der Bemühungen [...] um den Wiederaufbau des Landes auf die Tagesordnung. Der Weg Rußlands von 1917 ist nicht der Weg Polens. [...] Polen braucht einen eigenen Weg der Entwicklung – keine papageienhafte Nachahmung von Vorbildern aus West oder Ost. Polen muß geschützt werden vor [...] Versuchen, dem Land von außen ein politisches [...] oder ein ökonomisches Regime aufzuzwingen, oder auch im Namen fremder Interessen einen Bürgerkrieg anzuzetteln. Die erste Bedingung der Wiedergeburt der Nation ist die Freiheit, eigene Entwicklungswege zu wählen.«⁷

Der Generalsekretär der *PPR* seit 1943, W³adis³aw Gomu³ka erklärte rückblickend auf dem gemeinsamem Parteiaktiv von *PPR* und *PPS* im Jahre 1946: »Wir haben den eigenen polnischen Entwicklungsweg gewählt, einen Weg, den wir den Weg der Volksdemokratie nennen.

6 Siehe Ryszard Nazarewicz: Der Bürgerkrieg in Polen 1944–1948. In Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Berlin 15(1999). S. 35f

7 Zitiert nach Kszaltowanie sie podstaw programowych Polskiej Partii Robotniczej w latach 1942–1945. Wybor materialow i dokumentow. Warschau 1958. S. 145. – Alfred Lampe: O nowa Polske. Artykuly i przemowienia. Warschau 1954. S. 234. – Antoni Przygonski: Z zagadnien strategii frontu narodowego PPR1942–1945. Warschau 1970. S. 132.

Und auf diesem Weg und unter diesen Bedingungen ist die Diktatur der Arbeiterklasse, um so weniger aber die Diktatur einer Partei weder notwendig noch zweckmäßig. Wir sind der Meinung, daß alle demokratischen Parteien in enger und einträchtiger Zusammenarbeit die Macht in Polen ausüben sollten.«⁸

Auf einer Beratung mit dem sozialistischen Chef des *PKWN* Edward Osobka-Morwaski, dem Generalsekretär der *PPR* Gomu³ka und dem kommunistischen Präsidenten des KNR Boles³aw Bierut, hatte Stalin im gleichen Jahr diesen eigenständigen nationalen Weg nochmals bekräftigt.⁹ Das linksdemokratische Lager ging von Positionen der marxistischen Theorie, von deren Anwendung auf die historisch entstandenen nationalen Bedingungen Polens aus. Insofern unterschied sich die Führungsgruppe um Gomu³ka nicht von jenem Grundsatz, den auch Lenin für Russlands Entwicklung anerkannte und anderen Ländern zugestand hatte. Marxismus in Polen bedeutete auch eine Annäherung der ideologischen und politischen Auffassungen beider doch sehr unterschiedlicher Strömungen der polnischen Arbeiterbewegung beim schrittweisen Übergang zum Sozialismus. Es ging nicht um Anschluss der PPS an die PPR oder umgekehrt, sondern um die Aktions-einheit beider oder um die Bildung einer einheitlichen Linkspartei auf der Basis gemeinsamer marxistischer Auffassungen, die den wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Gegebenheiten und Erfordernissen Polens entsprachen. Gomu³ka bekräftigte erneut auf dem Aprilplenum des ZK der *PPR* 1947 diese Linie: »Unsere Partei ist eine marxistische, eine Partei der Arbeiterklasse und des polnischen Volkes. Wir müssen den Marxismus auf der Grundlage der Geschichte unseres Volkes studieren. Verkürzt könnte man sagen, daß unsere Partei den polnischen Marxismus anwenden muß.«¹⁰

Obwohl ein solches Konzept von Stalin zunächst befürwortet hatte, geriet es Anfang 1948 unter das Verdikt einer nationalistischen Abweichung, welche angeblich »günstige Bedingungen für die Tätigkeit der

8 Zitiert nach Andrzej Werblan: W³adis³aw Gomu³ka. Sekretarz Generalny PPR. Warszawa 1985. Deutsche Übersetzung nach Stanis³aw Milc: Der polnische Weg. In: Polnische Perspektiven. Vierteljahrszeitschrift. Warschau 18. Jg. 4(1988). S. 86f.

9 Siehe Vostoènaja evropa v dokumentach rossiskich archivov 1944–1953gg. Dokument 151. S. 445ff.

10 Ebenda. Dokument Nr. 272. S. 814f.

bürgerlich-nationalistischen Elemente, verschiedener reaktionärer Agenturen« schaffe, die geeignet seien, die »führende Rolle der PPR im demokratischen Block zu schwächen.« Stalin und seine Kominform-Kontrolleure unterstellten nunmehr, dass der Weg der Führungsgruppe um Gomu³ka eine Abweichung von der bolschewistischen Doktrin der »Partei neuen Typs« und der »Diktatur des Proletariats«, also vom stalinschen Marxismus-Leninismus war.¹¹ Das Verdikt gegen die »Theorie des polnischen Marxismus« hatte einzig das Ziel, den seit 1945 mit Moskaus Segen aufgenommenen nationalen und demokratischen Entwicklungspfad abzubrechen und Polen das staatsparteisozialistische Sowjetmodell überzustülpen. In seinem Brief an Stalin vom 14. Dezember 1948 machte Gomu³ka die Gruppe von Kommunisten jüdischer Herkunft unter Minc und Berman verantwortlich für das Scheitern des nationalen polnischen Weges zum Sozialismus: »Auf der Grundlage eine Reihe Beobachtungen kann man in voller Verantwortung erklären, daß ein Teil der jüdischen Genossen sich nicht mit dem polnischen Volk verbunden fühlt und auch in keiner Weise mit der polnischen Arbeiterklasse verbunden ist oder er nimmt eine Position ein, die man als nationalen Nihilismus bezeichnen kann. [...] Ich halte es für notwendig, das weitere prozentuale Anwachsen der Juden nicht nur im Partei- sondern auch im Staatsapparat besonders in den höheren Etagen zu verhindern.«¹²

3. Sowjetmacht oder bürgerlich-parlamentarische Republik?

Ein weiterer Wesenszug des eigenständigen polnischen Weg war die Herstellung eines breiten Bündnisses der verschiedenen politischen Richtungen und Parteien im Interesse der Überwindung militärischen Konflikte und eines demokratischen Neuaufbaues.

11 Ebenda. S. 817f

12 Ebenda. S. 941. Ende 1945 gehörten von den 100 000 überlebenden Juden 16 000 den polnischen Streitkräften an. Ihr Anteil war vor allem in den Ministerien für Sicherheit (18,7 Prozent), Bildung (12,5 Prozent) und Justiz (5,6 Prozent) am größten. Siehe ebenda. Dokument Nr. 96. S. 267ff.

Über die eigenständige Entwicklungsweges waren sich wesentlich alle politischen Kräfte einig.¹⁵ Aber die Meinungen gingen in folgenden Fragen auseinander: Soll das Polen der Zweiten Republik mit seinen sozialen Gegensätzen, seiner autoritären Herrschaftsverhältnisse (Verfassung von 1935) restauriert oder ein neues demokratisches und soziales Polen entstehen? Wird die antisowjetische Politik fortgeführt oder soll Polen ein loyales Bündnis mit der UdSSR herstellen?

Die Verhandlungen über ein Zusammengehen der beiden befeindete Lager reichten über das Kriegsende hinaus. Während des von der Londoner Exilregierung provozierten Warschauer Aufstandes führte Premier Stanisław Mikolajczyk und Chef der *Bauernpartei SL/ Stronictwo Ludowe* am 3. und 9. August 1944 Gespräche mit Stalin. Er gab zu verstehen, dass sowjetische Truppen in Warschau die neue polnische Macht, den Vizepremier der Londoner Exilregierung und den Chef der polnischen Untergrundarmee als Verhandlungspartner antreffen würden. Es wäre möglich, dass auch die *PPR* an der neuen Warschauer Regierung teilnehmen könne. Nur die nach Kriegsende demokratisch gewählte Regierung könne Polens Grenzen von 1939 bestätigen und er hoffe, dass auch die UdSSR dem zustimme. Stalin erklärte unmissverständlich, dass die UdSSR die Londoner Regierung nicht anerkenne und nur vertragliche Beziehungen mit dem Lubliner *PKWN* habe. Er unterstütze aber die Bildung einer gesamtpolnischen Regierung aus beiden Lagern, wünsche ein starkes unabhängiges Polen. Dazu wären jedoch Verhandlungen zwischen dem Londoner und

15 Die rechtsnationale *Polnische Sozialistische Partei Freiheit-Gleichheit-Unabhängigkeit PPS-WRN/ Polska Partia Socjalistyczna - Wolnosc Rownosc Niepodleglosc* der Exilregierung in ihrem Manifest vom 1. Mai 1940 aus Untergang des polnischen Staates den Schluss: »Die Geschichte hat Polen eine fürchterliche Lektion erteilt. Für uns führt nun der Weg in die Freiheit durch die Folterkammer der Gestapo und GPU. [...] Das Schicksal unseres Landes kann nicht den Repräsentanten der Klassen anvertraut werden, die sich als unfähig erwiesen haben, Polen groß, mächtig und gerecht zu machen. [...] Das Land muß ohne Entschädigung der Eigentümer unter die Bauern aufgeteilt werden. [...] Bergwerke, Banken und Fabriken müssen der gesellschaftlichen Kontrolle unterstehen. Freiheit der Sprache, der Religion und des Gewissens muß gewährleistet sein. Schulen und Universitäten müssen für die Kinder des Volkes geöffnet sein.« Zitiert in deutscher Sprache nach Christoph Kleßmann: *Die Selbstbehauptung der Nation*. Düsseldorf 1971. S. 173.

Lubliner Machtzentren notwendig.¹⁴ Mikolajczyk traf sich während seines Aufenthalts in Moskau auch mit dem Chef der Lubliner Administration, Osobka-Morwaski, dem KNR-Präsidenten Bierut und PPR-Generalsekretär Gomuška.¹⁵ In der Gewissheit, dass die Londoner Regierung nach einem Sieg des Warschauer Aufstandes die Macht in der Hauptstadt übernehmen werde, billigte Mikolajczyk der Lubliner Regierung nur eine begrenzten Machtteilnahme zu. Polen werde »eine demokratische Ordnung haben. Privateigentum und ein freies Wirtschaftsleben sollten erhalten werden. [...] In Polen bestehen keine Voraussetzungen für ein kommunistisches System.«¹⁶ Er beharrte auf der autoritären Verfassung von 1935, lehnte die Curzon-Linie als neue Ostgrenze ab, schlug auch das Angebot aus, Premier einer Regierung beider Lager zu werden. Auch trennte er sich nicht vom Kommandeur der Landesarmee im Untergrund seiner Regierung, General Sosnkowski¹⁷, obwohl dieser mit seinen Verbänden die vorrückende Sowjettruppen und *Volksarmee* der Lubliner Regierung bekämpfte. Die Verhandlungen zwischen beiden Lagern im August wie auch die im Oktober 1944 blieben ergebnislos. Im November 1944 trat Mikolajczyk als Premier der Londoner Exilregierung zurück, sein Nachfolge wurde der Sozialist (*PPS-WRN*) Tomasz Arciszewski.¹⁸

Im Januar 1945 erklärte sich das *PKWN* zur *Provisorischen Polnischen Regierung* mit Sitz in Warschau. Sie schloss am 21. April 1945 (nach dem Muster des sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrages von

14 Zu den ergebnislosen Verhandlungen der Londoner Delegation (Stanisław Mikolajczyk, Stanisław Grabski, Tadeusz Romer) in Moskau mit Stalin und Molotow am 5. und 9. August 1944 siehe *Sovetskij faktor v vostoènoj evropie*. Dokument Nr. 9. S. 67ff. und Nr.11. S. 84ff. – *Sprawa Polska w czasie drugiej wojny swietowej na arenie miedzynarodowe*. Zbiór dokumentow. Warschau 1965. Nr. 20. S. 561. – Eva Seeber: *Die Mächte der Antihilterkoalition*. S. 282f. – *Vnešnja politika v period Oteèestvennoj vojny*. Bd. 2. S. 164ff., 272ff.

15 Zu den Verhandlungen mit den polnischen Führern am 6., 7. und 8. August 1944 siehe *Sovetskij faktor v vostoènoj evropie*. Dokument Nr. 10. S. 76ff. und Dokument 9, Anmerkung 6. S. 75.

16 *Documents of Polish-Soviet Relation*. Bd. 2. London 1969. S. 432.

17 Infolge des Drucks Churchills sah sich der Präsident der polnischen Exilregierung gezwungen am 28. September 1944 General Sosnkowski zu entlassen. Aber dessen Nachfolger General L. Okilicki setzte antisowjetische und antikommunistische Politik fort.

18 Vgl. *Sprawa Polska*. Nr. 45–52. S. 586ff. – *Vnešnja politika*. S. 272ff.

1945) mit der Regierung der UdSSR den ersten Staatsvertrag ab. Die Warschauer Regierung wurde von der UdSSR, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Frankreich, Schweden und Italien anerkannt.

Diese neuen Tatsachen und die alliierte Jaltavereinbarung 1945 über die Bildung einer gesamtpolnischen demokratischen Regierung, führten dazu, dass Mikolaczyk vom 17. bis 21. Juni 1945 in Moskau mit Politikern aus Polen und Großbritannien einen soliden Kompromiss aushandelte. An den Beratungen nahmen nicht nur Präsident Bierut (*PPR*) und sein Stellvertreter W³adis³aw Kowalski (*SL*), Premier Osabka-Morawski (*PPS*) und *PPR*-Generalsekretär Gomu³ka und Vertreter der Londoner Exilregierung (Mikolajczyk, Jan Stanczyk und Antoni Kolodziej), sondern auch Vertreter der bisher nicht beiden Machtzentren vertretene Flügel der *SL* (W³adis³aw Kiernik), *PPS* (Stanis³aw Szwalbe, Zygmunt ³u³awski) und *SD* (Wincenty Rzymowski). Mikolajczyk berief sich auf Vereinbarungen mit anglo-amerikanischen Politikern und forderte für sich den Posten des Staatspräsidenten oder des Premiers.¹⁹ Gomu³ka bezeichnete diese Haltung als »unpolnisch«, denn die Polen müssten selbst entscheiden und endlich aufhören Gegenstand von Händeln ausländischer Mächte zu sein. Er macht den Vertretern der Emigrantenparteien die veränderte Lage deutlich: »Wir sind es, die Polen aufbauen und täglich 18 Stunden arbeiten. Deshalb kann man die Provisorische Regierung und Herrn Mikolajczyk nicht wie zwei irgendwie gleichrangige Seiten behandeln. Wir stellen den Emigrations-Demokraten nur einen Platz in unserem Haus zur Verfügung und unterstreichen dadurch, daß wir die Konzeption der Suche nach Verständigung bis heute nicht aufgegeben haben. [...] Wir wünschen die Verständigung von ganzem Herzen, aber denken Sie nicht, daß davon unsere Existenz abhängt. Die einmal errungene Macht geben wir niemals wieder auf.«²⁰ Ausgehandelt wurde, dass die Bauernpolitiker Vincent Witos aus Polen und Stanis³aw Grabski aus London als Vizepräsidenten in den *KNR* sowie drei Politiker der Emigration und zwei Politiker des Inlands zusätzlich in Polens Regierung aufgenommen werden.

19 Zu den Verhandlungen im Juni 1945 siehe Vne¹naja politika. Bd. 3. S. 294f. – Sprawa Polska Dokumente Nr. 143–146. S. 753ff.

20 Sprawa Polska. Dokument Nr. 146. S. 754, zitiert in deutscher Sprache nach Eva Seeber: Die Mächte der Antihilterkoalition. S. 585.

Am 28. Juni 1945 trat die Warschauer Provisorische Regierung zurück. KNR-Präsident Bierut beauftragte Osobka-Morwaski (PPS) mit der Bildung der *Regierung der Nationalen Einheit TRJN/Tymczasowy Rząd Jedności Narodowej*. Dieser ernannte Mikolajczyk zu seinem Stellvertreter und Agrarminister, Stanczyk zum Minister für Arbeit und Sozialfürsorge. Die SL des Inlandes stellte die Minister für öffentliche Verwaltung (Kiernik), Bildung (Czes³aw Wycech) und Kultur (Kowalski). Die PPR erhielt mit Gomu³ka einen Vizepremier und zugleich den Posten des Ministers für die Westgebiete sowie die Schlüsselressorts Verteidigung, Sicherheit, Industrie, Außen- und Innenhandel. Zweifelsohne wirkte sich dieser Kompromiss für den weiteren polnischen Weg günstig aus, und engte den Untergrundterror ein.

Auch nach dieser neuen Kräftekonstellation setzten PPR und PPS ihren bisherigen nationalen Weg konsequent im Einverständnis der sowjetischen Führung fort. Während einer längeren Beratung Stalins im Mai 1946 mit den höchsten polnischen Führern beklagte Präsident Bierut, dass Aufnahme des Bauernführers Mikolajczyk als Vizepremier in die Regierung seit Juni 1945 der politischen Stabilität nicht förderlich gewesen sei. Der Klassenkampf habe sich seitdem verschärft. Dem widersprach Regierungschef Osobka-Morawski. Die schon vor dem agierende starke Opposition sei nun erkennbarer, das demokratische Lager aber stärker geworden. Er fragte Stalin mit sarkastischen Blick auf Bierut: »Wenn wir nicht zur Diktatur des Proletariats übergehen – was für eine Demokratie oder welche gelenkte Demokratie brauchen wir dann und wie muß man diese erweitern?« PPR-Generalsekretär Gomu³ka bezeichnete die im Juli 1944 geschaffenen Lubliner Regierung vom Juli 1944 nicht als eine Diktatur des Proletariats. Er sah in der Verschärfung des Klassenkampfes eine normale Erscheinung. Vieles hinge allerdings von der kommenden internationalen Lage ab. Man mache Mikolajczyk Zugeständnisse, dürfe aber eine bestimmte Grenze nicht überschreiten. Der linke Bauernführer Kowalski hingegen befürchtete, dass Vizepremier Mikolajczyk die Entwicklung zum Bürgerkrieg zurücktreiben könne. Aber demokratischen Wahlen im Jahre 1947 brauche man nicht zu fürchten.

Stalin äußerte sich zu dieser Debatte wie folgt: »In Polen gibt es keine Diktatur des Proletariats und sie ist dort auch nicht notwendig. Vielleicht hätte auch bei uns in der UdSSR die Diktatur des Proletariats einen anderen Charakter erhalten, wenn der Krieg nicht gewesen

wäre. Wodurch wurde sie bei uns (nach dem 1. Weltkrieg) hervorge-rufen? Wir hatten starke Gegner [...], den Zarismus, die Großgrundbesitzer und ein ziemlich starke, vom Ausland unterstützte Klasse russischer Kapitalisten. Um diese Kräfte niederzuwerfen, war eine Macht erforderlich, die sich auf die Gewalt, d. h. die Diktatur stützten. Bei Ihnen ist die Lage völlig anders. [...] Zweifellos half auch die Rote Armee bei der Zerschlagung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer Polens. Es gibt deshalb bei Ihnen keine Basis für eine Diktatur des Proletariats. Die Ordnung, die Sie in Polen errichtet haben – das ist eine Demokratie, ein neuer Typ von Demokratie. Ihre Demokratie ist eine Besondere. Sie haben keine Klasse großer Kapitalisten. Die Demokratie, die bei Ihnen in Polen, in Jugoslawien und teilweise in der Tschechoslowakei errichtet wurde – das ist eine Demokratie, die zum Sozialismus ohne Errichtung der Diktatur des Proletariats und Sowjetordnung möglich ist.«²¹

So war der besondere nationale Weg erneut abgesegnet worden. In seiner Rede auf dem Warschauer Parteiaktiv von PPR und PPS am 30. November 1946 erklärte Gomu³ka, der erste Unterschied zwischen der sowjetischen und polnischen Entwicklung bestehe darin, dass die »gesellschaftlich-politischen Veränderungen in Rußland auf blutigen Weg erreicht wurden, »aber bei uns auf friedlichem Weg.« Das habe einen weiteren Unterschied der Umgestaltung zur Folge, dass Polen die in Russland notwendige Diktatur des Proletariats umgehen könne. Eine dritte charakteristische Besonderheit des polnischen Weges bestehe daher darin, dass Polen eben nicht den Weg zur Errichtung der Sowjetmacht, sondern der parlamentarischen Demokratie gehen wird: Die »Diktatur der Arbeiterklasse« sei nicht erforderlich gewesen, weil die Reaktion durch den Krieg geschwächt und außerstande war eine breite Konterrevolution zu organisieren. Erst im Jahre 1948 galt das alles nicht mehr und wurde als nationalistische Abweichung denunziert.²²

Das Kräftegewicht zwischen dem linksdemokratischen Lager und der bürgerlichen Opposition der einflussreichen *Polnische Bauernpartei (PSL)* Mikolajczyks ist am Ergebnis des Referendums vom 30. Juni

21 Ebenda. Dokument Nr. 151. S. 443ff., 457.

22 Zitiert nach ebenda. Dokument Nr. 272. S. 815.

1946 zu Grundfragen des künftigen polnischen Staates²³ und an den bis heute umstrittenen ersten demokratischen Parlamentswahlen vom 19. Januar 1947 ablesbar: 80,1 Prozent, also 9 Mio. Polen stimmten für den *Demokratischen Block (PPR, PPS, SL und SD)*, aber nur 10,3 Prozent der Wähler gaben ihre Stimme der *PSL*, 3,5 Prozent der abgespaltene *PSL Neue Befreiung* und 4,7 Prozent der *Partei der Arbeit SP/Stronnictwo Prace*. Von den 444 Sejmsitzen besetzte der Linksblock 416, davon allein die beiden Arbeiterparteien 258, also die absolute Mehrheit. Aber auch diese Ergebnisse sind keineswegs unangefochten.²⁴

Auch in anderen Ländern waren Parlamentswahlen ein gewisser Test für die tatsächlichen politische Hegemonie der Volksfrontbewegung (Tschechoslowakei Mai 1946 – 58 Prozent, Ungarn zwischen November 1945 und August 1947 von 41 auf 55 Prozent). Stark war aber noch immer das Elektorat der bürgerlichen Fundamentalopposition 1945/46. In Ungarn besaß die 900 000 Mitglieder zählende *Partei der Kleinen Landwirte* ein Wähler-Klientel von 57 Prozent (November 1945), in Polen die eine halbe Million starke *PSL* (Juni 1946) wahrscheinlich etwas weniger; in der Tschechoslowakei die bürgerlichen Parteien mit mehr als 1,5 Mio. Mitgliedern knapp 50 Prozent (Mai 1946). Die

23 Die Zustimmung zu den drei Fragen des Volksentscheides (Abschaffung des Senats, verfassungsrechtliche Verankerung von Bodenreform und Nationalisierung, neue territoriale Grenzen) betrug nur 55–40, 55–60 und 75–80 Prozent; die offiziellen Angaben hingegen hießen: 68, 77 und 91 Prozent. Trotz Bieruts Einwand übermittelte Minc die tatsächeln Wahlergebnisse an Stalin persönlich. Siehe Sowjetskij faktor. Dokument 110. Anmerkung 2. S. 327. Nach Berechnungen von Andrzej Paczkowski (Referendum 30 czerwca 1946. Warszawa 1995- S. 14) sollen es nur 27, 42 und 70 Prozent der Wähler gewesen sein, die für die drei Fragen zustimmend votierten. In nur 1 800 der 21 000 Wahlkommissionen der Kreise und in drei von siebzehn Bezirkswahlkommissionen (Poznan, Lodz, Krakow) war die *PSL* vertreten gewesen.

24 In keiner der 52 Bezirkswahlkommission war die *PSL* vertreten, sie war lediglich in 296 der 6 726 Kreiswahlkommissionen Stimmen auf die *PSL* erhalten haben. Die Einschränkung der Pressefreiheit während der Wahlkampagne, die Streichung von 136 und die Verhaftung von 110 Kandidaten der Opposition stand nicht nur im Zusammenhang mit Terroraktionen des Untergrundes. In 1 500 Wahlkreisen sollen nach den Berechnungen der dort tätigen Vertreter der Opposition fast 70 Prozent der Wählerstimmen erhalten haben. Siehe Andrzej Kaluza: Der polnische Parteistaat und seine politischen Gegner 1944–1956. Frankfurt am Main 1998. S. 79ff.

kommunistische Politik zur Aufspaltung der Opposition, das zunächst gleichberechtigte Aktionsbündnis von Kommunisten und Sozialisten, erste Wirkungen sozialer Umgestaltungen, politische Fehlentscheidungen bürgerlicher Eliten, aber auch Wahlmanipulationen schwächten antikommunistischen Opposition.

Der Sozialist \bar{u}^3 awskis (ehemals *PPS-WRN*), der nach seinem Ausschluss aus der *PPS* auf einer *PSL*-Liste 1947 in den Sejm einzog, machte in seiner Antrittsrede im Parlament auf Defizite und Gefahren der Demokratie in Polen aufmerksam: »Pilsudski nannte die Polen ein Volk von Idioten und war der Meinung, daß er in ihrem eigenen Interesse das Recht habe, sie mit der Peitsche zu erziehen. Die heute herrschenden Eliten [...] erklären in vertraulichen Gesprächen ebenfalls, daß, wenn sie zurückträten, in Polen furchtbare Dinge eintreten würden – der weiße Terror und die Reaktion. Wer hat das Recht, dieses Volk [...] der Reaktion zu verdächtigen, weil es selbst über soziale Gerechtigkeit, über gleiche Rechte über Freiheit, über seine Vertreter im Parlament und über seine Regierung bestimmen soll? Man hat mir erklärt, daß die Fesselung der Presse aus Rücksicht auf unsere Außenpolitik notwendig sei. Aber ich glaube, daß es umgekehrt ist. Gerade die Einschränkung der Pressefreiheit bei uns, hat diese Art der Durchführung freier Wahlen diskreditiert. [...] Zum ersten Mal und [...] letzten Mal appelliere ich an eure Anständigkeit und an euren politischen Verstand: laßt nicht zu, daß man in dieser Kammer nicht frei sprechen darf! Glaubt mir, selbst wenn diese schwache Opposition, der ihr eine zwanzigfache Kraft entgegensetzen könnt, die größten Ketzereien ausspricht, das dem Staat immer noch weniger Schaden zufügt, als wenn man die letzte Bühne der Freiheit erstickt, die die Tribüne des Sejm darstellt.«²⁵

²⁵ Zitiert in deutscher Sprache nach Wanda Bronska-Pampuch: *Polen zwischen Hoffnung und Verzweiflung*. Köln 1958. S. 134f.

4. Aktionseinheit der beiden Strömungen der Arbeiterbewegung oder Partei neuen Typs?

Ein vierter Grundzug des damaligen besonderen Weges hängt mit der neuen Art und Weise der Beziehungen zwischen den politischen Hauptströmen der Arbeiterbewegung, mit der Frage ihrer Annäherung und ihres Aktionsbündnisses zusammen. Zweifelsohne war das eine der Kardinalfragen der russischen Revolution 1917 und der Komintern.

Der Kampf gegen die faschistische deutsche Okkupation veränderte die Möglichkeiten des Zusammengehens von Kommunisten und Sozialisten. Gomu³ka begriff die beginnende Einheitsfront der Arbeiter und die Zusammenarbeit von PPR und PPS – als »grundlegende Triebkraft der Entwicklung Polens auf dem Weg zum Sozialismus.« Es ging also nicht um eine Abgrenzung von den Sozialisten, deren Hauptvertreter wesentlich das Zwischenkriegspolen mit dem Pilsudskiregime, aber auch das Londoner Exilregierung samt Untergrund im besetzten Polen für den Terror gegen kommunistisch organisierte Linke Mitverantwortung mitzuverantworten hatten, sondern um deren Gewinnung für den gemeinsamen Kampf gegen die faschistische deutsche Besatzungsmacht, um einen politischen Konsens über die Gestaltung Polens nach dem Krieg.

Die durch das Pilsudskiregime in den Untergrund getriebene und verfolgte Kommunistische Partei Polens war durch die Komintern im Sommer 1938 aufgelöst, 30 der 37 ZK-Mitglieder und 5 000 der 8 000 Mitglieder fielen dem stalinschen Terror zum Opfer. Erst nach dem Überfall auf die UdSSR gab Stalin grünes Licht für eine kommunistische Neugründung. Die Kominternführung in Moskau organisierte in der UdSSR erst nach den faschistischen Überfall auf die UdSSR eine Initiativgruppe (Pawel Finder, Marcello Nowotko, Boles³aw Molojec, Pinkus Kartin, Czeslaw Skoniecki, Maria Rutkowicz), die am 28. Dezember 1941 mit Fallschirmen in der Nähe von Wiazowna bei Warschau landete, Verbindung mit dem kommunistischen *Bund des Befreiungskampfes* unter eine Initiativgruppe Marian Sychalski u. a. aufnahm. In der Wohnung von Juliusz Rydiger aus der *Organisation Proletarier* im Warschauer Stadtteil Zoliborz, wurde am 5. Januar 1942 die *Polnische Arbeiterpartei PPR (Polska Partia Robotnicza)* gegründet. Nach dem Tod von Marcelli Novotko übernahm Pawel Finder im November 1942 die Führung der PPR. Als dieser im Sommer 1943 von

der Gestapo verhaftet wurde, kam mit W³adis³aw Gomu³ka ein nicht von Moskau eingesetzter Vertreter des polnischen kommunistischen Untergrunds an die Parteispitze. Wahrscheinlich war das einer der Gründe, warum auf Beschluss des sowjetischen Politbüros im Januar 1944 in Moskau ein zweites kommunistisches Führungszentrum, das *Zentralbüro Polnischer Kommunisten*, entstand. Nachdem alle Versuche einer Einigung mit der Exilregierung aussichtsloser geworden waren, orientierte Gomu³ka unabhängig von Moskau seit Herbst 1943 auf die Bildung einer linken nationalen Volksfrontbewegung.

Die Annäherung von Kommunisten und Sozialisten war kompliziert, aber sie brachte dennoch zwischen 1943 und 1948 beachtliche Fortschritte. Das marxistische Gedankengut, aber auch die praktische Arbeit für ein neues demokratisches Polen waren ein einendes Band. Gemeinsam wirkten *PPR* und *PPS* im antifaschistischen Widerstand und bei der Gestaltung eines sozialgerechten und unabhängigen Polen in den neuen Machtorganen, den Landesnationräten, in der Lubliner bzw. Warschauer Regierung, bei der Landaufteilung und der Verwaltung der neuen Nationalbetriebe.²⁶ Auf ihrer Parteikonferenz im September 1944 nahm die von der Londoner Sozialistenpartei abgespaltenen linksorientierte *Arbeiterpartei Polnischer Sozialisten RPPS* (*Robotnicza Partia Polskich Socjalistow*)²⁷ den alten Namen PPS wieder

26 Der Sozialist Osobka-Morawski leitete die Lubliner Regierung. Seine Stellvertreter waren die Kommunistin Wanda Wasilewska und Andrzej Witos von der Bauernpartei SL. Die PPR besetzte die Schlüsselpositionen: Nationale Verteidigung (General Rola-Zymierski, formal parteilos), Öffentliche Sicherheit (Stanislaw Radkiewicz), Information und Propaganda (Stefan Jendrychowski) und Volksbildung (Stanislaw Skrzewski), die PPS die Ressorts Volkswirtschaft und Finanzen (Jan Stefan Hanemann), Arbeit, Sozialfürsorge und Gesundheit (Boleslaw Drobner). Die Bauernpartei erhielt die Ministerien Justiz (Jan Cechowski), Öffentliche Verwaltung (Stanislaw Kotek Agroszewski), Verkehr, Post Fernmeldewesen (Jan Michal Grubecki) und die neugegründete Demokratische Partei Kultur und Kunst (Wincenty Rzymowski).

27 In der 1943 von der PPS abgespaltenen *RPPS* befürworteten zwar nur vier der 24 Führer ein solches Zusammengehen mit den Kommunisten. Die zwanzig Politiker beschloss, nur auf Wojewodschafts-, Kreis- und Gemeindeebene ein System von Nationalräten aufzubauen und die bisher noch isoliert operierenden kommunistischen Volksgarden, die sozialistischen Volksmilizen und die Bauernbataillone zur Volksarmee AL (*Armia Ludowa*) unter dem Oberkommando von General Zymerski (Rola) zu stellen.

an.²⁸ Die sog. »Zentristen« Boles³aw Drobner und Osobka-Morawski wurden Vorsitzender des Provisorischen Obersten Rates und des Zentralen Exekutivkomitees; der prokommunistische Linkssozialist Stefan Matuszek erhielt den Posten des Generalsekretärs. Die Parteikonferenz erklärte: »PPS und PPR sind zwei Bruderorganisationen, die unter der Arbeiterklasse wirken. [...] Ihre gemeinsamen Ziele bei der Verteidigung der Interessen der Arbeiter sowie das gemeinsame Eintreten für die Ideale der sozialen Gerechtigkeit erfordern die Koordination und Verständigung in der Arbeit beider Parteien.«²⁹ Die linke *PPS* wurde nach Kriegsende eine starke, der kommunistischen *PPR* ebenbürtige politische Kraft. Als sie ihren 26. Kongress im Juni 1945 abhielt, besaß sie bereits mehr als 140 000 Mitglieder, die PPR etwa 160 000. Gomu³ka orientierte auf das Gemeinsame beider Parteien: »Beide Richtungen der polnischen Arbeiterbewegung – PPR und PPS – sollen eng zusammenarbeiten. Es verbindet uns ein gemeinsamer Kampf, der gegen die Reaktion und der um ein demokratisches Polen, und unsere gemeinsame marxistische Ideologie. Was uns trennt, wollen wir gemeinsam überwinden, weil wir uns darauf orientieren, daß früher oder später die historische Aufgabe vor uns steht, die beiden Arbeiterparteien zu einer Partei zu vereinen.«³⁰

In der *PPS* dominierten bald die Zentristen, die (im Unterschied zu den prokommunistischen Linken) die Unabhängigkeit der Partei wahren wollten. Ihre führende Vertreter war der aus dem deutschem KZ befreite Jozef Cyrankiewicz sowie der aus dem Exil zurückgekehrte Julian Hochfeld. Nachdem sich Vertreter der Londoner Exilregierung

28 In der 1945 von der PPS abgespaltene *Arbeiterpartei Polnische Sozialistische RPPS (Robotnicza Partia Polskich Socjalistow* befürworteten zwar nur vier der 24 Führer ein solches Zusammengehen mit den Kommunisten. Die zwanzig Politiker beschlossen, nur auf Wojewodschafts-, Kreis- und Gemeindeebene ein System von Nationalräten aufzubauen und die bisher noch isoliert operierenden kommunistischen Volksgarden, die sozialistischen Volksmilizen und die Bauernbataillone zur Volksarmee AL (*Armia Ludowa*) unter dem Oberkommando von General Zymer-ski (Rola) zu stellen.

29 Zitiert in deutscher Sprache nach W³adis³aw Gora: Volksrepublik Polen. Abriß. Berlin 1979. S. 59. Glos Ludu vom 29. Juni 1945. Zitiert in deutscher Sprache nach: Zenobius Kozik: Die Vereinigung der Arbeiterbewegung in Volkspolen. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 18. Jg. 2(1976). S. 217.

30 Aus dem polnischen übersetzt nach Glos Ludu vom 29. Juni 1946.

entsprechend den Jaltaer Beschlüssen im Juni 1945 an der Regierungsmacht beteiligten, kehrten auch führende Funktionäre der Londoner *PPS-WRN* nach Polen zurück. Da aber ihren maßgeblichem Führer Źu³awski im Oktober 1945 verweigert worden war, eine eigene Sozialdemokratische Partei zu gründen, vereinte er schließlich die *PPS-WRN* im Dezember 1945 mit der Lubliner *PPS*, wodurch deren Mitgliederzahl sich auf 200 000 erhöhte. Sämtliche Mitglieder der *PPS-WRN* wurde Verfolgungsfreiheit zugesichert wurde. Auch der im Februar 1945 von der Roten Armee inhaftierte einflussreiche Sozialistenführer Kaschmir Pujak, der Vorsitzende des polnischen Untergrundparlaments (seit Januar 1944), wurde nach seiner Entlassung aus sowjetischer Haft im November 1945 zu einem wichtigen Politiker des rechten Flügels der *PPS*. Die *PPS* hatte in den Städten mehr Mitglieder (78 000) als die *PPR* (65 000) und auch in den Betriebs- und Fabrikkräften die Majorität (38 Prozent) gegenüber der *PPR* (31 Prozent). Gemeinsame Aktionen, die beide Parteien näher brachten waren der Widerstandskampf 1943/44 gegen die deutschen Okkupanten, die demokratische Bodenreform 1944/45 und die Nationalisierung der Industrie 1946. Aber beide Parteien waren sich auch einig im Kampf gegen basisdemokratische Elemente in den Betrieben: Sie brachten Fabrik- und Betriebsräte unter ihre Kontrolle und integrierten sie in der Einheitsgewerkschaft unter ihren Parteieinfluss.

Das gewachsene Selbstbewusstsein der Sozialisten zeigte sich im Sommer 1946, als sie sich sehr entschieden gegen den Führungsanspruch der *PPR* wandten: »Es scheint mir, daß die größten Schwierigkeiten (für die Erhaltung der Einheitsfront) von der Tatsache herrühren, daß der eine Partner zu häufig unter dem Slogan der ›führenden Partei‹ operiert. [...] Eine Einheitsfront kann nicht nach dem Prinzip aufgebaut werden, daß einer regiert und der andere sich ihm unterwirft, daß einer die Bedingungen diktiert und der andere unterwürfig mit dem Kopf dazu nickt.«³¹ Mit seinem Rücktritt vom Posten des stellvertretenden Ministers für öffentliche Sicherheit signalisierte der Sozialist Henryk Wachowicz, dass er rechtswidrige polizeiliche Übergriffe gegen politische Gegner nicht mehr mittragen wollte. Es gab nun seitens der *PPS*-Führung zudem Versuche, eine Koalition mit der

³¹ Robotnik vom 6. August 1946, zitiert nach: R. (Pseudonym): He Fade of Polish Socialism. In: Foreign Affairs. Band 28. Nr. 1 / Okt. 1949. S. 1500f.

wieder zugelassenen Bauernpartei Mikolajczyks, der *PSL*, einzugehen. Ende August 1946 wurde durch Vermittlung der sowjetischen Führung der Streit zwischen den Führungen beider Arbeiterparteien vorerst beigelegt und Absprachen über den bevorstehenden Wahlkampf vereinbart. Die PPS-Führung entschied, die Zusammenarbeit mit der PPR fortzusetzen, zumal diese die Teilnahme von zwei PPS-Funktionären in der Regierung zubilligte: Cyrankiewicz wurde Minister ohne Portefeuille mit der Zusicherung auf den Premiersposten nach den Wahlen, Stanisław Leszczyński rückte zum Vize-Außenminister auf. Die Byrnes Rede in Stuttgart (September 1946), in der die Oder-Neiße-Grenze in Frage gestellt wurde, beschleunigte den Abschluss eines Abkommens über die Einheitsfront im November 1946. Doch die *PPS* ging nicht darauf ein, ihre Jugendorganisation mit der Kommunisten zusammenzuschließen und lehnte auch die Fusion mit der *PPR* weiterhin grundsätzlich ab. Als Generalsekretär der PPS sorgte aber Cyrankiewicz auch dafür, dass ein Teil des rechten Flügels aus der Partei ausgeschlossen wurde. Auch als Koalitionspartei mit der *PPR* festigte die *PPS* im Interesse der Wahrung ihrer unabhängigen Position auch nach den Wahlen vom Januar 1947 die Verbindung zur europäischen sozialistischen Bewegung. Einer ihrer Führer, Dobrowolski, verteidigte auf der Budapester Konferenz der sozialistischen Parteien Zentral- und Osteuropas im Mai 1947 das Programm des demokratischen Sozialismus und kritisierte das sowjetische Sozialismusmodell.⁵² Einflussreiche PPS-Funktionäre wie der Präsident der PPS-Fraktion, Julian Hochfeld, und der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PPS, Edward Osabka-Morawski, waren gegen die Bildung einer Einheitspartei. Der Führungsrat bekannte sich aber im Juni 1947 einmütig für den eigenständigen sozialistischen Entwicklungsweg Polens. Die dort verkündete Losung, dass die *PPS* für das polnische Volk notwendig war, ist und bleibt, machte deutlich, dass der 27. Parteikongress der PPS (14.-17. Dezember 1947) noch keinen Handlungsbedarf

⁵² Siehe Peter Heumos: Die Konferenzen der sozialistischen Parteien Zentral- und Osteuropas in Prag und Budapest 1946 und 1947. Bemerkungen und dokumentarische Materialien zu einem unbekanntem Kapitel osteuropäischer Nachkriegsgeschichte. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 31(1983). S. 244 ff. – Ders.: Die Konferenzen der sozialistischen Parteien Zentral- und Osteuropas in Prag und Budapest 1946 und 1947. Darstellung und Dokumentation. Stuttgart 1985. Dokument Nr. 22.

verspürte, sich mit der *PPR* zu vereinen. Cyrankiewicz bekräftigte, die *PPS* werde eine unabhängige und selbständige Partei bleiben und nicht bloß den Mond zur kommunistischen Sonne bilden.⁵³

Auf der Kominformkonferenz vom 22. Bis 28. September im polnischen Szklarska Poreba, wo bereits ein allgemeiner Angriff Stalins auf die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien begann, erklärte Gomu³ka⁵⁴: »Die Einheitsfront der Arbeiter und die Zusammenarbeit der Polnischen Arbeiterpartei und der Polnischen Sozialistischen Partei sind die entscheidenden Triebkräfte in der Entwicklung Polens zum Sozialismus. Allen politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften, allen anderen Erfolgen und Siegen liegen die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien zugrunde.« Kritisch vermerkte er aber auch: »In der polnischen Arbeiterbewegung gibt es noch starke sozialdemokratische Traditionen. Sie sind verbunden mit den Traditionen des nationalen Befreiungskampfes jener Zeit als Polen geteilt war und seine Unabhängigkeit verloren hatte. Die sozialdemokratischen Traditionen waren in weit höherem Maße von nationalistischen Chauvinismus und Antisowjetismus durchdrungen als die Traditionen der II. Internationale. In der Vergangenheit stand die Polnische Sozialistische Partei den Kommunisten und der früheren Kommunistischen Partei Polens feindlich und unverhüllt unfreundlich gegenüber. Sie kämpften gegen sie – und das muß man anerkennen – sehr erfolgreich; und zwar in dem Maße, wie die polnischen Kommunisten viele Fehler machten, vor allem in

⁵³ Peter Heumos: Die Sozialdemokratie in Ostmitteleuropa 1945–1948. In: Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien. Bd. 7. Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Marburg/Lahn 1991. S. 70.

⁵⁴ Es handelt sich um den Text der tatsächlich von auf der Kominformtagung am 22. September 1947 gehaltenen Eröffnungsrede Gomu³kas, dem Generalsekretär der gastgebenden *PPR* Siehe Fondazione Giangiacomo Feltrinelli / Russian Centre of Conservation and Study of Records for Modern History (RTsKhIDNT): The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949. Milano 1994. S. 40–63, hier S. 50ff. Die 1947 im Verlag »Tägliche Rundschau« publizierten Redeprotokolle zur Kominformkonferenz unter dem Titel »Für Frieden und Volksdemokratie. Bericht über die Tätigkeit einiger kommunistischer Parteien gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947« (Berlin, o. J.) sind nicht identisch mit den tatsächlich dort im September 1947 gehaltenen Redebeiträgen; sie sind teilweise gefälscht worden.

der nationalen Frage.³⁵ Erst im zweiten Weltkrieg und während der deutschen Besetzung führte die Polnische Arbeiterpartei, zu der sich die Mitglieder der aufgelösten früheren Kommunistischen Partei Polens zusammenschlossen, ihren Kampf gegen die Okkupanten als eine patriotische Partei, die für die Unabhängigkeit des Landes eintrat [...] Erst dadurch wurde unser Einfluß in der Arbeiterklasse stärker als der [der] PPS.«

Gomuška erinnerte dann an die komplizierte Annäherung beider Strömungen der polnischen Arbeiterbewegungen nach der Gründung der PPR 1942: »Schon während der deutschen Besetzung und in der Zeit, als das neue Polen entstand, begriff unsere Partei, daß es ohne Zusammenarbeit mit der Polnischen Sozialistischen Partei sehr schwierig sein würde, die Einheit der Arbeiterklasse zu organisieren. [...] Während der Besetzung spaltete sich die Polnische Sozialistische Partei in zwei Gruppen. Die eine, die sich »Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit« nannte, vertrat die alte Ideologie der Polnischen Sozialistischen Partei und war von Haß erfüllt gegen die Polnische Arbeiterpartei und die Sowjetunion. Die andere, zahlenmäßig kleinere und schwächere Gruppe, (anfänglich »Polnische Sozialisten« und später »Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten«) bestand aus einem rechten und linken Flügel. Mit letzterem begannen wir schon in der Zeit der Okkupation zusammenzuarbeiten. Sie wurde geführt von Osabka-Morwaski, welcher sich gegenwärtig auf dem rechten Flügel der PPS befindet. Sie wurde zum Keim der heute in der Einheitsfront stehenden Polnischen Sozialistischen Partei, in der jedoch mit Ausnahme eines Dutzends besonders reaktionärer Führer, in nicht organisierter Weise fast die gesamte Richtung der polnischen Sozialisten aufging.« Gomuška charakterisierte die PPS als den stärksten linken Flügel der Sozialdemokratie Europas. Sie sei an einer engen Zusammenarbeit mit der PPR interessiert und wolle diese auch ganz bewusst. Unproblematisch sei jedoch das Zusammengehen nicht, da der linke Flügel schwach, die Führung sich in den Händen der Zentristen befände und der rechte Flügel über sehr erfahrene Kader verfüge. Dennoch sei die dreijährige Zusammenarbeit bisher sehr erfolgreich und unverzicht-

³⁵ In der 1947 veröffentlichten Rede Gomuškas wurde u. a. der folgende Satz gestrichen: »Die Kommunisten vermochten nicht ihren Internationalismus mit dem Kampf um die Unabhängigkeit und den patriotischen Gefühlen des polnischen Volkes zu verbinden.« Ebenda. S. 50. Anmerkung 10.

bar gewesen. Gegenwärtig könne man schwer bestimmen, wann die organisatorische Einheit von PPR und PPS entsteht. Dennoch sei die Vereinigung beider Parteien eine Grundbedingung für den weiteren polnischen Weg zum Sozialismus.³⁶ Das Gemeinsame beider Parteien ergab sich vor allem aus den ähnlichen Vorstellungen eines besonderen nationalen Weges Polens zum Sozialismus, für den Gomu³ka prinzipiell und auch aus innerer Überzeugung unerschrocken eintrat, auch dann noch, als Stalin spätestens im Zusammenhang mit dem Jugoslawien-Konflikt seit Anfang 1948 eigenständige Wege in allen osteuropäischen Ländern strikt verbot, deren Träger zu Klassenfeinden erklärte und ausschaltete.

- Der polnische Weg zum Sozialismus beinhaltete des weiteren eine
- Wirtschaftspolitik, die auf eine Mehrsektorenwirtschaft ausgerichtet war und der NÖP Lenins ähnelte³⁷,
 - Innenpolitik, die berücksichtigte, dass in Polen die römisch-katholischen Mehrheitsbevölkerung mit dem polnischen Nationalbewusstsein untrennbar verknüpft war, die Kirche und ihre Geistlichkeit ein Bollwerk des nationalen Widerstandes bis in die jüngste Vergangenheit bildete,

³⁶ Ebenda. S. 52, 54.

³⁷ Auf dem Aprilplenium 1947 kennzeichnete Gomu³ka die neu entstandenen wirtschaftlichen Sektoren:

- die kleine Warenwirtschaft, die den meisten Bauernwirtschaften und einem bedeutenden Teil der Handwerksbetriebe und der Kleinhändler umfasst,
- die privatkapitalistische Form, die wohlhabenden Bauernwirtschaften mit ständiger Beschäftigung von Lohnarbeitern,
- die privaten Industriebetriebe, ein Teil der Handwerksbetriebe, die Großhändler und ein beträchtlicher Teil der Kleinhändler und Hausbesitzer.

Von besonderer Brisanz waren Gomulkas Überlegungen über die Genossenschaften und seine grundsätzliche Ablehnung einer Kollektivierung der Landwirtschaft nach sowjetischem Beispiel. Weder der Marxismus noch die bürgerliche Ideologie hätten eine Theorie des kooperativen Gesellschaftsaufbaus geschaffen.

Literatur und Politik. Heft 2. Dinklage 2002. S. 63ff.

– internationale Politik, die auf einer gleichberechtigten und freiwilligen Zusammenarbeit und effektiven Erfahrungsaustausch mit anderen kommunistischen und sozialistischen Parteien beruhte.⁵⁸

Die sowjetische Führung unter Stalin kam im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg und der europäischen Blockbildung seit Mitte 1947 immer mehr zur Überzeugung, dass die bisher erfolgreichen nationalen Wege in Osteuropa zu beenden und durch eine forcierte Sowjetisierung zu ersetzen seien. Die erste Konferenz kommunistischer Parteien osteuropäischer Länder sowie Italiens und Frankreichs im September 1947 in Sklarska Poreba (Polen) signalisierte den Strategiewandel. Die dort verabschiedete Deklaration bezeichnete die neue internationale Situation als bereits existierende Lagerbildung und bestimmte den Standort der internationalen Sozialdemokratie wie folgt: »Einen besonderen Platz nimmt im Arsenal der taktischen Mittel der Imperialisten die Ausnutzung der verräterischen Politik der rechten Sozialisten vom Typus Blum in Frankreich, Attlee und Bevin in England, Schumacher in Deutschland, Renner und Scharf in Österreich, Saragat in Italien [...] ein, die das wahre räuberische Wesen der imperialistischen Politik unter der Maske der Demokratie und einer sozialistischen Phraseologie zu verbergen suchen, die in Wirklichkeit aber in allem treue Helfer der Imperialisten sind, Zersetzung in die Reihen der Arbeiterklasse tragen ...«⁵⁹ Damit wurde erneut die Sozialdemokratie zu einem Hauptfeind des Sozialismus erklärt und die Bolschewisierung der Arbeiterparteien auf die Tagesordnung gesetzt. Das sollte weitreichende Konsequenzen für das Schicksal des Konzepts und der Strategie der nationalen Wege haben. Auf dieser Tagung wurden

58 Gomułka widersetzte sich der Neuauflage einer »osteuropäischen Komintern«, wie sie Stalin mit dem Kommunistischen Informationsbüro schließlich im Herbst 1947 durchsetzte. Es ging ihm lediglich um einen kollektiven Erfahrungsaustausch und eine freiwillige und gleichberechtigte Koordinierung der Tätigkeit kommunistischer Parteien. Er lehnte ab, dass Warschau Sitz der Kominform wurde und verteidigte auf der Gründungstagung des Kominform noch immer den eigenständigen polnischen Weg zum Sozialismus. Siehe Karl-Heinz Gräfe: Das Kominform – Neuauflage der Komintern? Zur Geschichte des Informationsbüros kommunistischer Parteien Europas. In: Halbjahreszeitschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik. Heft 2. Dinklage 2002. S. 65ff.

59 Für Frieden und Volksdemokratie. Bericht über die Tätigkeit einiger kommunistischer Parteien gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947. Berlin o. J. S. 6f.

entgegen den Vorstellungen Gomu³kas, des Ausrichters und Gastgebers entschieden, dass nicht nur in Polens, sondern in ganz Osteuropa der besondere nationale Entwicklungsweg zu beenden sei. Es ging der Stalinführung jetzt um eine zwangsvereinigte Partei neuen Typus nach dem Muster der sowjetischen Bolschewisierung, die die Sowjetisierung der volksdemokratischen Gesellschaften in Gang zu setzen hatte. Diese Entwicklung wurde jedoch auch durch die Londoner Konferenz des Komitees der Internationalen Sozialistischen Konferenz (COMISCO) im März 1948 forciert. Die polnischen Sozialisten wurden aufgefordert, die Zusammenarbeit mit der *PPR* einzustellen. Die *PPS* verließ daraufhin im März 1948 das internationale Gremium sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien.

Da Gomu³ka nicht bereit war, den besonderen polnischen Weg aufzugeben, wurde er schließlich auf der Juni-Sondersitzung des Politbüros und auf der ZK Tagung vom 31. 8. bis 3. 9. 1948 als *PPR*-Generalsekretär abgelöst; auch seine Mitstreiter Spsychalski, Klizsko, Loga-Sowinski und Bienkowski wurden aus dem Führungsgremium entfernt. Bierut stand nun an der Spitze der *PPR*. Bis Dezember 1948 wurden 28 000 Kommunisten aus der *PPR* ausgeschlossen. Cyrankiewicz schwenkte auf Stalins Kurs ein. Die Tagung des Obersten Rates der *PPS* (18.–21.9.1948) schloss nicht nur solche Parteiführer wie Osabka-Morawski und Drobner aus der Führung aus, sondern sicherte prokommunistischen Funktionären wie Adam Rapacki und Matuszewski größeren Einfluss. Mittels einer weiteren Parteisäuberungen verlor die *PPS* nochmals 150 000 Mitglieder. Damit waren die Voraussetzungen für den Anschluss der *PPS* an die *PPR* geschaffen. Er erfolgte auf dem »Vereinigungsparteitag« vom 15. bis zum 21. Dezember 1948. Diesen Vorgang als einen demokratischen Prozess der Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung zu bezeichnen entspricht nicht der geschichtlichen Wahrheit. Vielmehr wurden zwei einflussreiche politische Parteien, die ursprünglich einen nationalen und demokratischen Sozialismus als Alternative zum reaktionären bürgerlichen Regime in Polen erstrebten, ausgeschaltet.

Stalin versucht anfänglich Gomu³ka auf seine Seite zu ziehen und bot ihm eine führende Stellung im neuen Politbüro der zu bildenden Einheitspartei an, was dieser aber ablehnte. Gomu³kas Popularität hatte aber zur Folge, dass er noch auf dem Einheitsparteitag im Dezember 1948 gefeiert und in das ZK gewählt wurde. Auf einen Sitz im

Politbüro verzichtet er, weil er den Abbruch des besonderen polnischen Weges zum Sozialismus für einen kardinalen Fehler mit schweren Folgen für sein Volk und für die Idee und Praxis des Sozialismus beurteilte. Er war nicht bereit von seiner Vision abzurücken: »Man muß sich darüber klar werden, wie unser polnischer Weg zum Sozialismus sein wird. Aber es scheint mir nicht richtig, zu behaupten, daß es überhaupt keinen polnischen Weg zum Sozialismus gebe. Daß es nur eine Schablone gäbe, nur eine einzige Methode. Die Bedingungen sind heute anders. In der Sowjetunion wurde doch die Kollektivierung in einer anderen historischen Epoche durchgeführt, unter anderen Klassenverhältnissen.«⁴⁰ Doch das war in Stalins Augen schon Hochverrat. Gomu³ka wurde bald aus dem politischen Leben verdrängt. Im Januar 1949 verlor er auch sein Ministeramt und dankte als stellvertretender Ministerpräsident ab. Schließlich wurde er auf Druck Moskaus am 1. August 1951 verhaftet. Wahrscheinlich hat Bierut vor allem verhindert, dass Gomu³ka nicht das Schicksal von Rajk und Slansky erlitt. 1954 wurde Gomu³ka freigelassen. Rehabilitiert aber wurde er erst nach den Unruhen in Poznan und der offensichtlichen Krise des Stalinismus im August 1956.⁴¹ Sein come back und sein Charisma als polnischer Reformier in der Krise 1956 steht im engen Zusammenhang mit seinem Wirken um einen nationalen Weg Polens zwischen 1943–1948: »Der ›polnische Oktober‹ hob ihn zwei Monate später an die Spitze der Macht. Polen war in Aufruhr, und der aus der Versenkung auferstandene Gomu³ka erschien als die große Hoffnung. In den Augen des Volkes war er das Opfer des ›polnischen Weges‹, ein Patriot, der den Mut aufgebracht hatte, der Russifizierung Widerstand zu leisten. Für die Partei war er die einzige Alternative zu einer völlig abgewirtschafteten Führungsclique.«⁴²

40 Zitiert in deutscher Sprache nach Wanda Bronska-Pampuch: Polen zwischen Hoffnung und Verzweiflung, S. 155.

41 Siehe Kristyna Kersten: The Establishment of Communist Rule in Poland 1943–1948. Berkeley 1991.

42 George Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954. Berlin 2001. S. 325.

ERNSTGERT KALBE

Konzepte nationaler Wege zum Sozialismus im internationalen Vergleich. Zur Diskussion um nationale Wege zum Sozialismus in Osteuropa

Die Wege zur Macht bestimmen auch den Inhalt der Machtausübung. Dieses Fazit lässt sich aus den Artikeln Anton Ackermanns zum »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«¹ ziehen, die gleichsam den theoretischen Hintergrund für den »Aufruf des ZK der KPD« vom 11. Juni 1945 und den im April 1946 vom Vereinigungsparteitag beschlossenen »Grundsätzen und Zielen« der SED bilden, die auf einen friedlichen und demokratischen Weg des Übergangs zum Sozialismus über längere Etappen hinweg abzielten.

Wenngleich in der Leninschen These von der Vielfalt der Wege und Formen des Übergangs zum Sozialismus verwurzelt,² schrieb Ackermann im genannten Beitrag in der »Einheit«, Heft 1 vom Februar 1946: »Die Frage nach einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus ist infolgedessen weniger eine theoretische Frage als die der praktischen Politik, d. h. es ist die Frage, ob die deutsche Arbeiterschaft im Bunde mit allen fortschrittlichen Schichten des Volkes den entscheidenden Einfluß auf die demokratische Neugestaltung Deutschlands gewinnt oder nicht.«³

Die historische Möglichkeit nationaler Wege zum Sozialismus hing demzufolge sowohl von unterschiedlichen Gegebenheiten im betref-

1 Anton Ackermann: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? Ders.: Unser Weg zum Sozialismus. Beides in: Anton Ackermann: Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten. Hrsg. von Frank Schumann. Berlin 2005. S. 186ff., 197ff.

2 Siehe W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den »imperialistischen Ökonomismus«. In: Werke. Bd. 25. S. 64. – Ders.: Über die Naturalsteuer. In: Werke. Bd. 52. S. 349

3 Zitiert nach Anton Ackermann: Der deutsche Weg zum Sozialismus. S. 191

fenden Lande als auch vom nationalen und internationalen Kräfteverhältnis der agierenden politischen Subjekte ab, das 1945 angesichts der Zerschlagung des Faschismus durch die Antihitlerkoalition und die Befreiung Osteuropas durch die Sowjetunion für die revolutionär-demokratischen Kräfte grundsätzlich günstig war.

Die heutige aktuelle Diskussion um »nationale Wege zum Sozialismus« stellt ihrerseits einen brisanten Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die Geschichte des osteuropäischen Realsozialismus dar.

Im mainstream der heutigen bürgerlichen politologischen und historischen Literatur dominiert die Behauptung, dass die damalige These von »nationalen, demokratischen und friedlichen Wegen zum Sozialismus« – letztlich sämtlich Synonyme für unterschiedliche und schöpferische Übergangsformen in Richtung Sozialismus – a priori politische Mimikry oder taktische Finte der Kommunisten gewesen sei, um die von Anbeginn geplante »Sowjetisierung Osteuropas« zu verschleiern. Diese These gilt letztendlich auch für neuere Darstellungen mit seriösem Anspruch wie die von Kreuzberger / Görtemaker herausgegebenen Fallstudien über den Machtwechsel in den osteuropäischen Ländern⁴ oder etwa die Monographie von Donal O'Sullivan über »Stalins cordon sanitaire«⁵.

Mir geht es dagegen um den Nachweis, dass der politische Kurs auf nationale und demokratische Wege zum Sozialismus – bzw. später in Deutschland auf eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die den Weg zum Sozialismus öffnet – tendenziell eine seit 1935/36 und erneut seit 1942/45 in der kommunistischen Bewegung langfristig angedachte strategische Orientierung war.⁶

4 Stefan Kreuzberger / Manfred Görtemaker (Hrsg.): Gleichschaltung unter Stalin. Die Entwicklung der politischen Parteien im östlichen Europa 1944–1949. Paderborn / München / Wien / Zürich 2002.

5 Donal O'Sullivan: Stalins 'cordon sanitaire'. Die sowjetische Osteuropapolitik 1939–1949. Paderborn 2005.

6 Siehe Ernstgert Kalbe: Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell. In: Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus. Reihe: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Band 6. Leipzig 2004. – Ders.: Sowjetische und weitere regionale Nachkriegskonzepte für das befreite Osteuropa. In: Nachkriegskonzepte für das befreite Osteuropa. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Bd. 7/2. Leipzig 2005.

Das galt übrigens nicht nur für Osteuropa, sondern zum Beispiel auch für Italien und Frankreich, wo es eine starke, kommunistisch geführte antifaschistische Resistance gab; die italienischen und französischen Kommunisten waren bis Mai 1947 an den Regierungen ihrer Länder beteiligt. Im Referat von Harald Neubert wird gewiss von den Zielen dieser Regierungsbeteiligung die Rede sein.

Übrigens schrieben die britischen Kommunisten noch im Januar 1951 in ihrem Nachkriegsprogramm »Britanniens Weg zum Sozialismus« einen volksdemokratischen und parlamentarischen Entwicklungsweg fest.⁷ Sogar die Zeitung des Herbst 1947 gebildeten Kominformbüros trug noch den Titel »Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie«, freilich mit schon veränderter Diktion.

Der Kurs auf nationale Wege zum Sozialismus wurde erst mit dem Übergang zum »kalten Krieg« und der damit verbundenen »Blockbildung« obsolet. Das resultierte zunächst aus der baldigen Konfrontation der Großmächte, die ihre politische Hegemonialfunktion durchsetzten und ihre jeweiligen Bündnispartner disziplinierten, m. E. aber auch aus überhöhten Sicherheitsängsten eines internationalen »Lagerdenkens«.

Nunmehr wurde seit 1948/49 eine – politisch rigorose – »Sowjetisierung« der Volksdemokratien und das »Überstülpen« des Sowjetsystems betrieben, das die Demokratie des Volkes durch die Diktatur einer Machthierarchie ersetzte und den Gedanken der »Volksdemokratie« weitgehend auf eine formale Begriffshülle reduzierte. Die schöpferische Wegedebatte wurde als revisionistisch verketzert und ihre Verfechter verfolgt – mitsamt all den über kurz oder lang wirksamen negativen Folgen der Deformierung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus.

Dieser teils durch politische Umstände erzwungene, teils durch sowjetische (bzw. russische) zentralistische Herrschaftstraditionen beförderte Paradigmenwechsel von »nationalen Wegen« zu einem »allgemeingültigen« sowjetischen »Sozialismusmodell« ist deutlich ablesbar aus sowjetischen bzw. russischen Dokumenteneditionen über die sowjetische Osteuropapolitik zwischen 1944 und 1953, um die sich in

7 Britanniens Weg zum Sozialismus. In: Neue Welt. Berlin H. 1/1951. S. 69f.

letzter Zeit das Institut Slavjanovedenija der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN) in Moskau verdient gemacht hat.⁸

Aber auch frühere sowjetische und spätere russische Quellenpublikationen einschlägiger Dokumente sind für unseren Zusammenhang wichtig.⁹

Das heutige Tagungsthema zum 100. Geburtstages von Anton Ackermann steht für den (ost-)deutschen Fall eines historischen Prozesses, der angesichts der obersten Macht des Alliierten Kontrollrates in Deutschland und zunehmender Konflikte zwischen den Alliierten, der fortschreitenden Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland und einer dennoch lange weiterhin auf die deutsche Einheit gerichteten Politik der Sowjetunion wie einer inneren Bündnisfront der demokratischen Volkskongressbewegung natürlich ihre differenzierende Spezifik gegenüber anderen volksdemokratischen Ländern aufwies, aber zugleich durch wesentliche Gemeinsamkeiten mit deren Entwicklungsweg verbunden war.

Deshalb steht die von Anton Ackermann verfochtene – bald von orthodoxen Kräfte befehdete – Konzeption eines »deutschen Weges zum Sozialismus« nicht für sich allein; sie war auch keine »Erfindung« weder der KPD-Führung noch Anton Ackermanns persönlich, wengleich dessen theoretischer Beitrag dafür hoch zu schätzen ist. Das Problem gehört vielmehr in den Zusammenhang der internationalen Auseinandersetzungen um Faschismus und Antifaschismus; das Konzept »nationaler« bzw. »demokratischer Wege« zum Sozialismus war deshalb das politische Ergebnis der theoretischen Diskussionen und praktischen Erfahrungen der Komintern um die »Volksfront« ab 1934, der Beschlüsse ihres VII. Weltkongresses von 1935 über breite »Regierungen der antifaschistischen Einheits- und Volksfront« und nicht zuletzt der verallgemeinerten Erfahrungen der Spanischen Republik und ihrer Volksfrontregierungen im Bürgerkrieg gegen die fa-

8 Siehe: *Sovetskij faktor v Vostoènoj Evrope*. Bd. I, II (1944–1948, 1949–1955). Moskau 1999 und 2002. – *Vostoènaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov*. Bd. I, II (1944–1948, 1949–1955). Moskau / Novosibirsk 1997, 1998.

9 Siehe: *Vnejšnaja politika Sovetskogo Sojuza v period Velikoj Oteèstvennoj Vojny*. Bd. I, II, III. Moskau 1946, 1947. – *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948*. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bde 1–3. Berlin 2004.

schistischen Franco-Putschisten und die Intervention des deutschen und italienischen Faschismus von 1936 bis 1939.

Georgi Dimitroff war es, der auf der EKKI-Tagung im September 1936 das republikanische Volksfront-Spanien erstmals als eine »Volksdemokratie« und ihren Machtcharakter als »revolutionär-demokratische Diktatur« definierte:

»Die spanische Demokratische Republik, für deren Sieg das Volk kämpft, wird nicht die alte demokratische Republik sein, sondern ein besonderer Staat mit einer wahren Volksdemokratie, in dem die Volksfront entscheidenden Einfluß hat. [...] Theoretisch könnte man das vielleicht richtig als eine besondere Form der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern bezeichnen.«¹⁰

Überhaupt muss in diesem Kontext die Rolle Georgi Dimitroffs betont werden, der nicht nur großen Anteil an der Ausarbeitung der Politik der Einheits- und Volksfront des VII. Weltkongresses hatte, sondern auch später im zweiten Weltkrieg, besonders seit 1942/43, führend an der Grundlegung für antifaschistische »Nationale Befreiungsfronten« oder »Nationale Unabhängigkeitsfronten« beteiligt war und wesentlich an der Organisation vielfältiger Widerstandsformen in den vom Faschismus okkupierten Ländern mitgewirkt hat.¹¹

Dimitroff betonte schon 1935, dass sich Internationalismus »in jedem Lande akklimatisieren« müsse, dass eine revolutionäre Partei »frei von nationalem Nihilismus« wie von »bürgerlichem Nationalismus« sein müsse, dass sie gegen jede nationale Unterdrückung und für nationale Freiheit zu kämpfen habe.¹²

10 Zitiert nach: Voprosy Istorii KPSS. Moskau 1969. H. 5. S. 15. Die Sicht Dimitroffs auf die Spanische Republik von 1936 bis 1939 siehe in seiner Arbeit »Zwei Jahre heroischer Kampf des spanischen Volkes. In: Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften. Bd. 3 (1935–1948). Berlin 1958. S. 84ff.

11 Siehe dazu: Narodnye i nacional'nye fronty v antifa¹istskoj osvoboditel'noj bor'be i revoljucijach 40-ch godov. Otvetstvennyj redaktor A. Ja. Manusevič. Moskau 1985. S. 55ff., S. 122ff., S. 226ff., S. 316ff.

12 Siehe Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Komintern. 2. August 1935. In: Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften. Bd. 2 (1921–1935). Berlin 1958. S. 609ff.

Eine wichtige Quelle mit zahlreichen Informationen über das vielfältige antifaschistische Wirken Georgi Dimitroffs als Generalsekretär der Komintern, als Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen des ZK der KPdSU ab Mitte 1943 und später als bulgarischer Ministerpräsident seit Ende 1946 stellen seine Tagebücher (Dnevnik) dar, die 1997 in bulgarischer Fassung und 2000 in deutscher Ausgabe erschienen sind. Während erstere die Jahre 1953–1949 umfasst, beschränkt sich letztere auf die Zeit von 1953 bis 1945, wohl um die Komintern als »außenpolitisches Instrument« der Sowjetunion vorzuführen.¹³

Die bulgarische Ausgabe schließt also die Kriegs- und Nachkriegsperiode von 1943 bis 1949 ein, was neue Aufschlüsse über die Diskussion und Politik der volksdemokratischen Umwälzung ermöglicht, die freilich nicht ohne schwere Fehler und dogmatische Verengungen ablief, schließlich selbst von ungerechten politischen Verfolgungen und Repressalien begleitet war, in die auch Dimitroff verstrickt wurde.¹⁴

Dennoch wird das Dimitroff-Bild von seinem unzweifelhaften kämpferischen Antifaschismus dominiert, der sich übrigens im »Dnevnik« auch in zahlreichen Beratungen Dimitroffs zwischen 1943 und 1945 mit führenden Funktionären der KPD und KPÖ dokumentiert, die zur Arbeit unter Kriegsgefangenen und zu nationalen Radiosendern, zur Frontpropaganda wie zu Hinterlandaktionen, zum Nationalkomitee »Freies Deutschland« und zur »deutschen Frage«, zum Einsatz politischer Initiativgruppen in Deutschland unter Leitung Ulbrichts, Ackermans und Sobottkas, zum Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, zur deutschen und österreichischen Nachkriegsordnung stattfanden. Nach der auf diese Quelle gestützten Zählung gab es insgesamt 32 Treffen Dimitroffs mit Pieck, Ulbricht, Florin und Ackermann von der

13 Georgi Dimitrov: Dnevnik. (9 mart 1953 – 6 fevuari 1949). Sofia 1997. – Georgi Dimitroff. Tagebücher 1953 – 1945. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein. Bd. 1, 2/1, 2/2. Berlin 2000.

14 Siehe Ernstgert Kalbe: Streit um Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. In: Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Heft 8. Leipzig 2001.

KPD-Führung sowie 8 weitere Treffen mit Koplenig, Wieden und Fürnberg von der KPÖ.¹⁵

Am 7. Juni 1945 fand eine Beratung des Entwurfs für den Aufruf der KPD vom 11. Juni bei Stalin statt, an der außer Molotow und Dimitroff auch Pieck und Ulbricht, Ackermann und Sobottka teilnahmen. Dabei unterstrich Stalin, dass im Aufruf ausdrücklich erklärt werden müsse, dass die Schaffung eines Sowjet-Systems in Deutschland falsch, vielmehr die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Systems notwendig seien. Die Gesprächsteilnehmer der KPD hielten die Gründung eines Blocks antifaschistischer Parteien auf gemeinsamer politischer Plattform für erforderlich.¹⁶

Zurück zum Gegenstand unserer Arbeitstagung: Georgi Dimitroff, der als langjähriger Gewerkschaftsführer auf dem Balkan wiederholt um die anti-imperialistische Einheitsfront der Arbeiterbewegung gerungen hatte, galt in der Komintern zunächst eher als rechtsopportunistisch denn als linksorthodox, bevor er sich mit seinem Auftreten im Leipziger Reichstagsbrandprozess und dem Kurs des VII. Weltkongresses auf antifaschistische Einheits- und Volksfront politisch durchsetzte. Am Vorabend des faschistischen Machtantritts in Deutschland z. B. kritisierte er 1932 als Sekretär des Westeuropäischen Büros der Komintern in Berlin Tendenzen dogmatischer Enge in der KPD-Politik gegenüber der »Antifaschistischen Aktion«: »Es wurde zwar eine Aktion für die Durchdringung der Betriebe mit der »Antifaschistischen Aktion« unternommen, aber die ganze Einstellung ist zu eng und in Wirklichkeit ist die sogenannte »Antifaschistische Aktion« eine Sache der Partei und ihrer Sympathisierenden geblieben, ohne unter die breiten Massen, besonders unter bedeutende Teile der sozialdemokratischen Arbeiter, durchdringen zu können. [...] Faktisch stellen

¹⁵ Treffen Dimitroffs mit deutschen Kommunisten fanden 1943 sieben (15. 6., 30. 6., 5. 7., 9. 7., 21. 7., 18. 8., 20. 11.), 1944 acht (13. 1., 15. 1., 20. 1., 21. 6., 26. 7., 9. 9., 17. 9., 1. 11.) und 1945 sechzehn statt (5. 1., 19. 2., 16. 3., 17. 3., 29. 3., 1. 4., 24. 4., 25. 4., 29. 4., 5. 5., 25. 5., 6. 6., 7. 6., 9. 6., 5. 9., 21. 9.); mit den österreichischen Kommunisten traf sich Dimitroff gesondert am 17. 7., 11. 11. 1943, 8. 5., 10. 6., 3. 10., 10. 11. 1944 sowie am 4. 4. und 7. 4. 1945. Mehrfach beriet sich Dimitroff mit Stalin zu deutschen Angelegenheiten: so am 17. 3., 7. 6., 23. 6., 21. 9., 8. 10. 1945

¹⁶ Georgi Dimitrov: Dnevnik. 7 juni 1945. S. 481.

wir immer noch die Anerkennung der Führungsrolle der KP als eine Vorbedingung für die revolutionäre Einheitsfront ...«¹⁷

Nochmals möchte ich betonen, dass die spätere Diskussion über »nationale Wege zum Sozialismus« keine vordergründig deutsche Angelegenheit war, sondern eingebunden war in die internationale Debatte um eine antifaschistische und demokratische Nachkriegsordnung. Zeitgleich mit Vorstellungen vom »deutschen Weg« entstanden Konzeptionen eines polnischen, tschechischen, jugoslawischen etc. »Weges zum Sozialismus«, wobei der »jugoslawische Weg« dem sowjetischen Modell anfangs eigentlich sehr artverwandt war. Seine Spezifik bestand eher in einer nichtfriedlichen Verbindung von Partisanenkrieg und Volksrevolution mit der Tendenz eines raschen Übergangs zur sozialen Revolution.¹⁸ Überall spielten in der Wegediskussion die Kommunisten eine initiativ Rolle, aber auch bürgerlich-demokratische Politiker nahmen daran teil, so etwa Beneš¹, Kowalski, Tatarescu und Georgiew, zumal eine sozialistische Perspektive des Antifaschismus zu Ende des zweiten Weltkrieges eine ziemliche Allgemeinerkenntnis war, beheimatet nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Westeuropa, wie wir am Beispiel der Diskussionen zum »italienischen«, »französischen« oder »britischen Weg« zum Sozialismus gesehen haben.

Diese Diskussion war das Ergebnis des antifaschistischen Kampfes selbst, der mit einem langen Weg der Erkenntnis verbunden war. Nach dem Münchener Abkommen vom Herbst 1938, das eine Niederlage der antifaschistischen Volksfrontpolitik wie der Politik der kollektiven Sicherheit – quasi zwei Seiten einer Medaille – markierte, brachte der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom August 1939 einen neuen Rückschlag für antifaschistische Bündnisse mit sich, stiftete Verwir-

17 Dimitrov-Fond in ehemals Parteiarchiv der BKP (CPA) Sofia: Fond 146. Opus 6. AE 815. pag. 2. Siehe auch Richard Gyptner: Das Westeuropäische Büro der Kommunistischen Internationale. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. H. 5. Berlin 1965. S. 489.

18 Siehe Vlado Strugar: Rat i Revolucija naroda Jugoslavije 1941–1945. Belgrad 1962. – Jovan Marjanoviæ / Pero Moraèa: Na¹ oslobodilaèki rat i narodna revolucija 1941–1945. Belgrad 1958.

rung in den Reihen kommunistischer Parteien und machte die Volksfrontpolitik faktisch für zwei Jahre unglaubwürdig.¹⁹

Nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion erfolgte jedenfalls eine rasche Neubelebung antifaschistischer Volksfronten in Gestalt des Befreiungskampfes der Völker gegen faschistische Eroberer, Okkupanten und deren Helfer. Noch am 22. Juni 1941 beschloss das Sekretariat des EKKI die notwendige Weichenstellung. Georgi Dimitroff rückte drei Aufgaben in den Mittelpunkt des Kampfes: *erstens* müssten die Kommunisten in den kapitalistischen Ländern eine breite Kampagne für die umfassende Unterstützung der Sowjetunion entfalten, *zweitens* stehe die Organisierung breiter nationaler Befreiungsbewegungen in den vom deutschen Faschismus okkupierten Ländern wie des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland selbst bevor, *drittens* gelte es, den gerechten Charakter des vaterländischen Krieges der UdSSR gegen den faschistischen Eroberungskrieg deutlich zu machen, der den Interessen aller Völker diene.²⁰

Da die Lage prinzipiell verändert sei, müsse »der Hauptschlag ausschließlich gegen den Faschismus gerichtet werden.« Deshalb gehe es in dieser Etappe weder um den Sturz des Kapitalismus noch um die Weltrevolution. »Es geht jetzt in den einzelnen Ländern vielmehr um den Kampf gegen die nationale Unterdrückung, gegen das Regime der Versklavung durch die Okkupanten, um den Kampf für nationale Freiheit.« Dabei dürfe man nicht »jene Kreise der Kleinbourgeoisie, der Intelligenz und der Bauernschaft wegstoßen, die ehrlich hinter der nationalen Befreiungsbewegung stehen.«²¹

Damit war ein Wendepunkt im Kampf gegen den Faschismus markiert, der 1942/43 von der Volksfrontpolitik zur Orientierung auf »Nationale Fronten« führte, wobei die wesensgleichen Aufgaben differen-

19 Dimitroff wertete übrigens das Münchener Abkommen auch als »Versagen der europäischen Arbeiterbewegung«, während Thälmann in seinem Brief aus der Haft vom 7. November 1940 an das ZK der KPD in Moskau die Schuld für »die keineswegs günstige außenpolitische Lage«, in der sich die Sowjetunion am Vorabend des Krieges befand, der Haltung England zuwies, da die britische Regierung ein Militärbündnis verschleppte und die Sowjetregierung darum das Angebot des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes positiv aufnahm, d. h. »sich so entschieden und entscheiden mußte«. Siehe CPA Sofia, Fond 243, Sign. 243/1677. Bl. 4/5.

20 CPA Sofia, Fond 146, Opus 2, AE 431, S 2f.

21 Ebenda, S. 4f.

ziert an die jeweiligen nationalen Bedingungen angepasst werden mussten. Hier sei nur an die Gründung der Jugoslawischen Volksbefreiungsfront bzw. –bewegung (NOF bzw. NOP) im Herbst 1941, die Griechische Nationale Befreiungsfront (EAM) im September 1941, die Vaterländische Front Bulgariens (OF) zwischen Juli 1942 und August 1943, die Patriotische Antihitlerfront (Juni 1943) und den National-Demokratischen Block (Juni 1944) in Rumänien, die Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront im Mai 1944, die Nationale Front der Tschechen und Slowaken (Programm von Kosiße Anfang April 1945) und den polnischen Landesnationalrat (KNR) am 1. Januar 1944 erinnert.²²

Die Orientierung auf »Nationale Fronten« ab 1942/43 war zugleich der Beginn der Diskussion um »nationale Wege« des Herankommens an gesellschaftliche Umwälzungen in Richtung Sozialismus bzw. um eine volksdemokratische Umwälzung. Die Diskussion um »nationale Wege« und »Volksdemokratie« ist unteilbar; sie bildete im zeitgenössischen Verständnis eine Einheit.

Die Debatte über »Volksdemokratie« wurde teils von der sowjetischen Außenpolitik im Kriege ausgelöst, teils wirkte sie aber auch auf die außenpolitische Nachkriegskonzeption der Sowjetunion zurück. Davon zeugt das Maiski-Memorandum für die sowjetische Staatsführung vom 10. Januar 1944 »zum künftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung«, in dem der stellvertretende Außenminister und Botschafter der UdSSR in Großbritannien Vorschläge zur sowjetischen Nachkriegspolitik sowie seine Vorstellungen zu einzelnen Ländern unterbreitete.²³ Danach bestanden die sowjetischen Nachkriegsziele

22 Die Formierung der »Nationalen Front der Tschechen und Slowaken« vollzog sich zwischen dem Slowakischen Nationalaufstand (August bis Oktober 1944) und dem Programm von Kosiße, wobei die Vertragsbeziehungen mit der Exilregierung Beneš zu berücksichtigen waren. Der dualistische polnische Widerstand von einerseits Exilregierung, ihrer Delegatur und Armija Krajowa und andererseits kommunistisch geführten Widerstand von Armija Ludowa und Landesnationalrat (KNR) erschwerte Die Bildung des »Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung« in Chelm bei Lublin am 22. Juli 1944. Vgl. zu den Nationalen Fronten: Narodnye i nacional'nye fronty v antifašistskoj osvoboditel'noj bor'be i revoljučijach 40-čh godov. Otvetstvennyj redaktor A. Ja. Manusevič Moskau 1985.

23 Siehe die Maiski-Denkschrift »zum künftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung vom 10. Januar 1944. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Leipzig. Bd. 5(2003). S. 169–202.

darin, – »eine solche Lage zu schaffen, bei der für eine lange Frist die Sicherheit der UdSSR und die Erhaltung des Friedens gewährleistet wäre«, weshalb es wünschenswert sei, wenn die Staatsordnung in den befreiten Ländern »auf einer breiten Demokratie im Geiste der Volksfront« basierten. Für die Schaffung »wirklich demokratischer Regimes« bedürfe es »verschiedener Formen des Einflusses von außen«, wobei man vor »derartiger Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Nationen« als einer »wirklichen Garantie für dauerhaften Frieden« nicht zurückschrecken dürfe, denn das Ziel der Alliierten bestünde in der Errichtung eines europäischen Friedens- und Sicherheitssystems; freilich wären dabei die örtlichen Bedingungen und Traditionen und solche Methoden zu beachten, »die dem Geiste des jeweiligen Landes entsprechen.«²⁴

Interessant ist die Einschätzung Maiskis, wonach davon auszugehen sei, »daß in solchen Ländern wie Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und Tschechoslowakei diese Prinzipien von selbst ihre hinlänglich vollständige Verwirklichung finden«; anders dagegen stehe »die Frage in solchen Ländern wie Deutschland, Italien, Japan, Ungarn, Rumänien, Finnland, Bulgarien, Polen, Jugoslawien, Griechenland, Albanien«: hier müssten möglicherweise »für die Schaffung wirklich demokratischer Regimes verschiedene Maßnahmen des Einflusses von außen in Gang gesetzt werden, d. h. in erster Linie seitens der UdSSR, der USA und Englands«, deren Zusammenarbeit Maiski »für möglich, aber nicht immer für leicht« hält.²⁵

Die Maiski-Denkschrift beinhaltete faktisch das Konzept eines ost-europäischen »cordon sanitaire« befreundeter Staaten um die UdSSR, quasi in Umkehrung des antisowjetischen »cordon sanitaire«, den die westeuropäischen Mächte nach 1918/19 bzw. 1921 um die UdSSR legten.

Tatsächlich fanden 1944/45 – und verstärkt 1946/47 – Gespräche von Stalin und Molotow mit exponierten polnischen, tschechoslowakischen, ungarischen, rumänischen, bulgarischen und jugoslawischen Politikern statt – Kommunisten wie Nichtkommunisten – die auf der Linie einer antifaschistischen Konsens- oder Verständigungsdemokra-

²⁴ Ebenda. S. 187.

²⁵ Ebenda.

tie lagen und auf die Formierung stabiler »Demokratischer Block-Regierungen« oder »Nationaler Front-Regimes« abzielten, an denen die kommunistischen Parteien wesentlich beteiligt wären.

Dafür konnten renommierte Partner im bürgerlich-demokratischen Lager gewonnen werden, die nationale, volksdemokratische Wege in unterschiedlichen Maßen und Fristen mitgingen.

Die engagierten Diskussionen in den kommunistischen Parteien über nationale, friedliche und demokratische Wege zum Sozialismus, die auf eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft in verschiedenen Etappen abzielten, sind in den Reden und Schriften von Dimitroff und Kardelj, Kuusinen und Gomulka, Lukács und Gottwald, Ibarruri und Togliatti, aber eben auch bei Ackermann und selbst bei Oberst Tulpanow von der damaligen SMAD nachzulesen.

Die theoretisch fundierteste Auffassung zur »neuen Demokratie« findet sich bei Georg Lukács, der »Volksdemokratie als aus der Demokratie erwachsenden Sozialismus« verstand, die Kontinuität zu den bürgerlich-demokratischen Rechten bewahren, diese mit neuem sozialen Inhalt erweitern sollte und eine lange Übergangszeit dauern würde.²⁶ In seinem Vortrag über »aristokratische und demokratische Weltanschauung« plädierte er für einen »neuen Weg«, ein »tertium datur« zwischen radikaler Demokratie und Sozialismus. »Nur wenn alle realen Formen der Abhängigkeit des Menschen vom Menschen, der gesellschaftlichen Ungleichheit und Unfreiheit verschwinden, kann von Demokratie gesprochen werden.« Dazu bedürfe es der realen Elemente der *unmittelbaren Demokratie*, deren es in der Pariser Kommune, in den Sowjets und im antifaschistischen Widerstand unendlich viele gäbe; nur dann handele es sich um reale, humanistische, nicht um liberal-formalistisch verwässerte Demokratie.²⁷

Die Position Lukács' erinnert übrigens in mancher Hinsicht an das Demokratieverständnis von Rosa Luxemburg, das sie in positiv-kriti-

26 Siehe Georg Lukács: Gelebtes Leben. Frankfurt am Main 1980. S. 188.

27 Georg Lukács: Über aristokratische und demokratische Weltanschauung. In: Sinn und Form. H. 2. Berlin 1985. S. 365f., 378ff., 382; zu den Positionen von Georg Lukács siehe auch Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Politik. Hamburg 2004. S. 140f.

scher Begleitung der Bolschewiki in der Oktoberrevolution schon 1918 in ihrer Schrift »Über die russische Revolution« entwickelt hatte.²⁸

Für eine solche Sicht auf »Volksdemokratie« bzw. »nationale Wege« nunmehr einige Beispiele aus der bzw. für die osteuropäische Region:

Nach Abschluss des sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrages im Dezember 1945 wurde in der tschechoslowakischen Resistance wie in der Emigration die »Formel Bene¹« diskutiert, der verkündet hatte: »In einer Epoche neuer sozialer und ökonomischer Strukturen verläuft der Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur Volksdemokratie [...] in jedem Lande auf seinem eigenen Weg. [...] Sozialistische Maßnahmen müssen auf friedlichem Wege, ohne Diktatur des Proletariats, verwirklicht werden.«²⁹ Dabei schwebte Bene¹ offenbar eine Reorganisation Mitteleuropas vor, deren Kern eine tschechoslowakisch-polnische Allianz oder Konföderation bilden sollte, gestützt auf Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und gebunden an eine gesamteuropäische Allianz, die »der gangbarste Weg zur Sicherung Mitteleuropas vor einer neuen Invasion« wäre.³⁰ Inwieweit Bene¹ hierbei von britischen Ambitionen getrieben wurde oder sich von eigenen Visionen eines demokratischen Gesamteuropa leiten ließ, muss dahingestellt bleiben. Bei allem sowjetischen Misstrauen gegenüber europäischen Föderations- oder Konföderationsplänen akzeptierte die Führung der UdSSR jedenfalls die »Formel Bene¹« vom »friedlichen Weg zur Volksdemokratie«, wohl auch im Vertrauen auf die KPTsch im Bündnis der »Nationalen Front«.

In anderer Diktion, unter bündnispolitischem Aspekt, formulierte Klement Gottwald am 8. April 1945 in Kosiève: »Wir können allein nicht regieren, und sie können auch nicht allein regieren. Sie können nicht ohne uns und wir nicht ohne sie regieren; dabei sie mehr ohne uns als wir ohne sie. Dadurch bleibt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit

28 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Berlin 1990. S. 111–163, besonders Abschnitt IV. S. 148ff.; desgl. in Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1987. S. 366–373.

29 Zitiert nach: Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope. Bd. I. Moskau 1999. S. 10.

30 Edward Benesch: Demokratie heute und morgen. Zürich / New York 1944. S. 249f.

mit der zweiten politischen Gruppe bestehen, die zur Zusammenarbeit mit uns gezwungen ist.«³¹

Als analoges Beispiel für die polnische Debatte sei auf eine Rede Wladislaw Gomulkas vor dem Warschauer Parteiaktiv von PPR und PPS am 30. November 1946 verwiesen, der auf die Unterschiede zwischen Sowjetsystem und Volksdemokratie in Polen einging: »Der erste Unterschied besteht darin, daß die gesellschaftlich-politischen Veränderungen in Rußland auf dem Wege einer blutigen Revolution verwirklicht wurden, bei uns aber auf friedlichem Wege. Der zweite Unterschied äußert sich darin, daß die Sowjetunion eine Etappe der Diktatur des Proletariats durchlaufen mußte, es bei uns aber eine solche Etappe nicht gibt, daß sie vermieden werden kann. Der dritte Unterschied, der die Besonderheiten des Entwicklungsweges beider Länder charakterisiert, besteht darin, daß die Macht der Sowjetunion durch Deputiertenräte ausgeübt wird, d. h. Räte, die eine Form sozialistischer Leitungsmethoden darstellen, in denen gesetzgebende und exekutive Funktionen vereinigt sind; bei uns aber sind die legislativen und exekutiven Funktionen getrennt und die Staatsmacht stützt sich auf eine parlamentarische Demokratie.«³²

Wie immer man den Realismus dieser Einschätzung beurteilen mag, sie zielte jedenfalls darauf ab, ein möglichst breites Bündnis für die gesellschaftliche Umwälzung zu bewahren.

Georgi Dimitroff, der im Herbst 1945 aus der Sowjetunion nach Bulgarien zurückkehrte, betonte stets den Zusammenhang von Antifaschismus und Volksdemokratie. In seiner Wahlrede vom 6. November 1945 erklärte er zum Inhalt des volksdemokratischen Regimes: »Das Volk muß sein Wort sprechen, muß es frei sprechen. Die Wahlen müssen und werden die Grundlagen unserer bulgarischen Demokratie festigen. Das ist keine sowjetische sozialistische Demokratie, aber es ist auch nicht die falsche verlogene Demokratie Muschanoffs. Sie ist, sie muß und wird eine Volksdemokratie der Vaterländischen Front sein.«³³

31 Klement Gottwald: Ausgewählte Reden und Schriften 1925/1952. Berlin 1974. S. 348.

32 Vostoènjaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1955. Bd. I: (1944–1948). Moskau / Novosibirsk 1997. Dok. 272. S. 815.

33 Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften. Bd. 3 (1855–1946). Berlin 1958. S. 256.

Mir kommt es besonders auf den Nachweis an, dass es auch in der sowjetischen Führung ähnliche Diskussionen und Hinweise an andere kommunistische Parteien gab, neue Wege und Formen der volksdemokratischen Umwälzung zu beschreiten. Georgi Dimitroffs »Dnevnik« belegt, dass selbst Stalin gegen Kriegsende ganz pragmatisch über die »Wegeproblematik« nachdachte. Bei einem Treffen mit führenden bulgarischen und jugoslawischen Kommunisten im Januar 1945 äußerte Stalin: »Vielleicht machen wir einen Fehler, wenn wir denken, daß die sowjetische Form die einzige sei, die zum Sozialismus führt. Es hat sich in der Sache gezeigt, daß die Sowjetform die beste, aber nicht die einzige ist. Es kann auch andere Formen geben – die demokratische Republik und unter bestimmten Bedingungen sogar die konstitutionelle Monarchie.«³⁴

An Dimitroff gerichtet, empfahl Stalin noch im September 1946 kurzzeitig die Überführung der BAP(K) – eventuell mit dem Bauernbund (BZNS) – in eine Volks- oder Arbeitspartei (Labour party), die die breiten Massen vereint. Das würde die Situation auch hinsichtlich eines Friedensvertrages erleichtern. »Das würde Ihnen auch helfen, auf einem besonderen Weg zum Sozialismus überzugehen – ohne Diktatur des Proletariats. Die Lage seit unserer Revolution hat sich grundlegend geändert und es ist notwendig, andere Methoden und Formen anzuwenden und nicht die russischen Kommunisten nachzuahmen.«³⁵

Dieser Rat wurde angesichts sich im Herbst 1946 in Bulgarien zuspitzender innerer Konflikte nicht befolgt, vielmehr verschärften sich im Lande politische Konfrontationen.

Auch in Beratungen mit Führungen anderer osteuropäischer Länder schlug Stalin ähnliche Töne an, sicher auch mit Blick auf den erwünschten Fortbestand des Bündnisses zwischen den Großmächten der Antihitlerkoalition.

In einem langen Gespräch vom 24. Mai 1946 mit Bierut, Osobka-Moravski, Gomulka und Kowalski zur polnischen Situation und Nachkriegsordnung meinte Stalin, dass es in Polen um einen »neuen Typ der Demokratie« gehen müsse. »Dafür gibt es keinen Präzedenzfall. Weder die belgische, noch die englische oder französische Demokra-

34 Georgi Dimitrov: Dnevnik. 28 januari 1945. S. 464.

35 Ebenda. 2 septemvri 1946. S. 533f.

tie kann Ihnen als Beispiel oder Muster dienen. Ihre Demokratie ist von besonderer Art. [...] Die Demokratie, die bei Ihnen in Polen, in Jugoslawien und teilweise in der Tschechoslowakei errichtet wurde, das ist eine Demokratie, die Sie dem Sozialismus näher bringt, ohne die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetordnung.«⁵⁶ Stalin empfahl sogar ein Kompromiss-Abkommen mit der Opposition um Mikolajczyk über die Mandatsverteilung im »Demokratischen Block« und riet dem »polnischen demokratischen Lager«, sich mit einer legalen Opposition zu verständigen, »die die Regierung mit legalen Mitteln kritisiert, nicht aber für deren Sturz kämpft.«⁵⁷

In dem von Harald Neubert herausgegebenen Buch von Wladimir K. Wolkow »Stalin wollte ein anderes Europa« trifft der russische Autor die Einschätzung, dass in Osteuropa von Anbeginn eine »Sphäre sowjetischer Kontrolle und der Errichtung von Regimes mit vorherrschender und zum Teil ausschließlicher Machtstellung der Kommunisten« implantiert wurde.⁵⁸ Diesem Urteil kann ich – so undifferenziert – nicht folgen. Angesichts der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee stützten sich die inneren revolutionär-demokratischen Kräfte bewusst auf die Sowjetunion und verfolgten selbst eine sozialistische Orientierung, was ganz dem damaligen Zeitgeist entsprach.

Der weitere Gang der Dinge hing weitgehend vom jeweils konkreten inneren und äußeren Kräfteverhältnis der handelnden Akteure ab.

Freilich trifft zu, dass zwischen Mitte 1947 und Anfang 1949 ein Bruch der bisherigen politischen Nachkriegskonzeptionen stattfand und eine internationale Umbruchsituation eintrat. Die Beziehungen zwischen den ehemals verbündeten Großmächten der Antihitlerkoalition spitzten sich zu und die innenpolitischen Auseinandersetzungen in allen davon betroffenen Ländern verschärften sich, was schließlich im »kalten Krieg« mündete.

⁵⁶ Vostoènjaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953. Bd. I. Dok. 151. S. 457.

⁵⁷ Ebenda. S. 458f.

⁵⁸ Harald Neubert (Hrsg.): Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940 bis 1968 und die Folgen. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow. Berlin 2005. S. 136ff.

Diese Situation bewirkte auf beiden Seiten der internationalen Szene – im Osten wie im Westen – Lagerdenken und Blockbildung. In Osteuropa kam es zu einer »Disziplinierung« der kommunistischen Parteien und der volksdemokratischen Länder unter sowjetischer Hegemonie, die mit der – je nach konkreten Gegebenheiten – differenzierten Sowjetisierung bzw. der Übertragung oder Übernahme des Sowjetmodells endete. Das betraf sowohl die Strukturen der politischen Machtausübung wie der ökonomischen Planung und Leitung als auch die Inhalte von Kultur und Ideologie. Damit erschöpften sich die Freiräume für nationale und demokratische Wege zum Sozialismus.

Die »Volksdemokratie-Konzeption« wurde weitgehend zur formalen Hülle für die Unterordnung unter eine starre sowjetische Doktrin vom »beschleunigten sozialistischen Aufbau«, eines »verschärften Klassenkampfes« und der »revolutionären Wachsamkeit« (besser Repressalien) gegenüber wirklichen oder eingebildeten Feinden. Vormals tolerierte, ja ausdrücklich geförderte »nationale Wege« zum Sozialismus wurden jetzt als »nationalistisch«, »opportunistisch« und »revisionistisch« verketzert, was Machtkämpfe und Denunziationen in den kommunistischen Parteien auslöste, Bündnispartner in den »Nationalen Fronten« ausgrenzte und politische Verfolgungen nach sich zog. Nicht nur tatsächliche, sondern zumeist vermeintliche »Verräter«, »Agenten« und »Spione« wurden vor Tribunale gezerrt und zu Höchststrafen verurteilt. Führende Kommunisten und Sozialisten, z. B. Slansky und Geminder in der Tschechoslowakei, Rajk und Revai in Ungarn, Kostow in Bulgarien, Gomulka und Kliszko in Polen, Pauker, Luca und Patrascanu in Rumänien sowie Dutzende ihrer Mitarbeiter, aber auch ehemalige Verbündete wie Petkow und Lultschew in Bulgarien, Petrescu und Tatarescu in Rumänien, Kovacs und Ferenc Nagy in Ungarn, Zenkel und Lau¹man in der Tschechoslowakei, Kiernik und Grabski in Polen und viele andere gerieten in das Räderwerk politischer Verfolgungen und juristischer Repressalien. Es schienen sich die sowjetischen Schauprozesse der dreißiger Jahre zu wiederholen.

Damit vollzog sich ein wirklicher politischer Paradigmenwechsel, der eine schöpferische Entwicklung des Sozialismus ausschloss, die fortschreitende Deformation gesellschaftlicher Verhältnisse nach sich zog und mit der Implosion des sowjetischen bzw. osteuropäischen Staatssozialismus endete.

Hier ist weder der Platz, die systemaren Gründe der Entartung des Sozialismus noch die Ursachen des »kalten Krieges« auszuloten, die in ihrer *Verbindung* das Scheitern eines sozialistischen Experiments im 20. Jahrhundert bewirkten.

Der marxistische englische Historiker Eric Hobsbawm beschreibt die Hintergründe des »kalten Krieges« mit einer »aus Furcht geborenen Kompromißlosigkeit beider Seiten«.³⁹

Gewiss lösten die Fulton-Rede Churchills (5. März 1946), die Byrnes-Rede in Stuttgart (6. September 1946), die Truman-Doktrin (12. März 1947), der an Bedingungen geknüpfte Marshall-Plan (Juni 1947) und die Ziele der Außenpolitik der USA, die Kennan im Juli 1947 verkündete, die Initialzündung für den »kalten Krieg« aus. Aber auch der griechische Bürgerkrieg seit Herbst 1946, das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz zum Deutschlandproblem im Frühjahr 1947 und die Londoner Separatkonferenz der Westmächte im August 1947, die westliche Sechs-Mächte-Konferenz Anfang 1948 zur deutschen Frage und die NATO-Gründung 1949, aber auch die Gründung des Kominformbüros im Herbst 1947 und die osteuropäische Blockbildung über bilaterale Freundschaftsverträge 1947 bis 1949 haben zum Konfrontationskurs beigetragen.

Die Probe aufs Exempel der Disziplinierung der kommunistischen Parteien auf die Linie der KPdSU war die Bildung des »Informationsbüros Kommunistischer und Arbeiterparteien«, das alsbald zu einer faktisch internationalen Partei mit Apparat und Statut mutierte,⁴⁰ sowie der über das Kominformbüro gesteuerte Jugoslawienkonflikt 1948/49, der mit der Exkommunizierung der KPJ und Jugoslawiens aus dem – in zeitgenössischer Terminologie – »Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus« endete.⁴¹ Der Bruch der UdSSR mit Jugoslawien spielte die Rolle eines Katalysators für die Unterordnung der volksdemokratischen Länder unter die dirigistische Vorherrschaft der Sowjetunion im sich formierenden »sozialistischen Lager«.

³⁹ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1998. S. 295.

⁴⁰ Siehe: Vostoënaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov. Bd. II. (1949–1953). Moskau / Novosibirsk 1998. Dok. 42. S. 132ff.

⁴¹ Siehe das Referat A. A. Shdanows »Über die internationale Lage«. In: »Tägliche Rundschau« (Berlin) Nr. 249 vom 24. Oktober 1947

Hier schließt sich der Kreis zum Gegenstand der heutigen Tagung anlässlich des 100. Geburtstags von Anton Ackermann. Im September 1948 tagte der Parteivorstand der SED, der die »theoretische und praktische Bedeutung« der Entschließung des Kominformbüros zur »Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED« behandelte. Hier übte Anton Ackermann Selbstkritik für die von ihm vertretene These eines »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«, nicht ohne darauf zu verweisen, dass diese Theorie »nicht nur von einzelnen Genossen vertreten worden ist, sondern in die Ideologie unserer Partei eingegangen ist«, gewissermaßen als Kommentar zu den »Grundsätzen und Zielen« der Partei, die vom schrittweisen Herankommen an die sozialistische Umwälzung ausgingen.⁴²

In einer Situation scharfer politischer Auseinandersetzungen, auch wachsenden Misstrauens und gegenseitiger Denunziationen griffen die Führung der KPdSU und sowjetische Berater immer direkter in die Innenpolitik der osteuropäischen Volksdemokratien ein. Mit teils kleinlicher Bevormundung drängten sie auf die Übernahme der »allgemeingültigen sowjetischen Erfahrungen« der Umwälzung zum Sozialismus, wobei die zuvor beschworenen »nationalen Besonderheiten« mehr und mehr auf der Strecke blieben.

Für Inhalt und Stil dieser Bevormundung, die den Kurswechsel der sowjetischen Osteuropapolitik und die strikte Absage an »nationale Wege« bezeugen, sollen nachfolgend zwei Berichte der Abteilung Außenpolitik (früher: Internationale Beziehungen) beim ZK der KPdSU zitiert werden, beide vom 5. April 1948, die Leonid Baranow – übrigens Nachfolger Georgi Dimitroffs als Abteilungsleiter im ZK-Apparat der KPdSU – über Michail Suslow an Stalin, Molotow, Shdanow, Berija, Malenkow und Wosnessenski gerichtet hatte.

Die »spravka« über »antimarxistische ideologische Positionen der Führung der PPR« vom 5. April listet verschiedene Aussagen Gomulka auf dem I. Parteitag im Dezember 1945 und nachfolgenden Plenartagungen des ZK auf, aus denen zweieinhalb Jahre später gefolgert wird: »In Polen treten nationalistische Tendenzen auf, die von einem unfreundlichen Verhalten gegenüber der UdSSR zeugen, vor allem in Form des Verschweigens der Erfahrungen und Erfolge der Sowjetunion beim sozialistischen Aufbau.« Gomulka wird beschuldigt, vor al-

⁴² Anton Ackermann: Der deutsche Weg zum Sozialismus. (Selbstkritik). S. 207.

lem die Unterschiede zur UdSSR zu betonen, um den friedlichen und evolutionären Weg Polens zum Sozialismus, ohne Diktatur des Proletariats zu beweisen. Die Betonung unterschiedlicher Entwicklungswege habe »eine Theorie des polnischen Marxismus« hervorgebracht, um eine »Annäherung an den Nationalismus« und »nationalistische Tendenzen in der Führung der PPR zu rechtfertigen«. ⁴³

Die »spravka« gleichen Datums über die Politik der KPTsch übt scharfe Kritik an einer angeblichen Unterschätzung des Klassenkampfes in der Tschechoslowakei, an der Überschätzung des Parlamentarismus und an »Illusionen über ein friedliches Hineinwachsen« in den Sozialismus seitens der Parteiführung sowie an einer »Geringschätzung der bolschewistischen Lehre« über die nationale Frage und schließlich an einer vermeintlich sozialdemokratischen Parteiauffassung.

Die KPTsch, die in der nationalen Frage »den Stimmungen der rückständigen nationalistischen Elemente der tschechischen Bevölkerung nachgeben« würde, verfüge auch in der Bauernfrage über »kein wissenschaftliches Programm.«

Schließlich wird aus solchen Einschätzungen ein Fazit gezogen, das nur als Absage an Besonderheiten nationaler, demokratischer Wege zum Sozialismus zu verstehen ist: »Die Errichtung des neuen volksdemokratischen Regimes in der Tschechoslowakei und die Bildung einer Koalitionsregierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken [...] all das rief in den Reihen der Kommunisten und bei ihren Führern Illusionen über die ›Leichtigkeit‹ des Sieges des Sozialismus in der Tschechoslowakei auf friedlichem Wege hervor, ohne Opfer und Klassenkampf.« ⁴⁴

Analoge Berichte gab es auch zu mehreren kommunistischen Parteien südost-europäischer Länder, und zwar im Umfeld der Vereinigungsparteitage 1948 von Kommunisten und linken Sozialdemokraten: der Rumänischen Arbeiterpartei im Februar, der KPTsch im Juni, der Partei der Ungarischen Werktätigen im Juni, der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) im Dezember und der PVAP ebenfalls im Dezember 1948, auf denen die neugeformierten Parteien auf das sow-

⁴³ Vostoènjaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1955. Bd. I. Dok. 272. S. 816ff.

⁴⁴ Ebenda. Dok. 274. S. 852.

jetische Sozialismus-Modell eingeschworen wurden. Zugleich sollten die sozialdemokratische Ideologie und Politik überwunden und ihre personellen Träger ausgesondert werden. Im Unterschied zur SED, in der die Kritik des »Sozialdemokratismus« innerhalb der vereinigten Partei erfolgte, fand die Auseinandersetzung mit rechtssozialistischen Tendenzen in den volksdemokratischen Ländern im Vorfeld der Vereinigungsparteitage statt.

Zeitgleich stand die politische Aneignung der Lehren des Stalinischen »Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (Bolschewiki)« auf dem ideologischen Programm, das der »Bolschewisierung« der kommunistischen Parteien diene.

Aber diese Problematik bedürfte gesonderter Erörterung, keiner summarischen Urteile.

Eine letzte prinzipielle Diskussion zu »Rolle und Bedeutung der Volkdemokratie« fand Anfang Dezember 1948 in Moskau zwischen Stalin, Molotow und anderen Politbüromitgliedern der KPdSU mit führenden bulgarischen und polnischen Parteifunktionären statt. Darum hatte Dimitroff in Vorbereitung auf den V. Parteitag der BAP(K) gebeten, wie sein ausführliches Exposé zeigt.⁴⁵

Hierbei räumte Stalin letztmals ein, dass »Sie ohne Sowjetregime auskommen können. Bei Ihnen reicht das volksdemokratische Regime aus, um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu verwirklichen. Aber dieses Regime muß die Funktionen der Diktatur des Proletariats erfüllen.« Unmissverständlich legte er nach: »Die Volkdemokratie und das Sowjetregime sind zwei Formen der Diktatur des Proletariats.«⁴⁶

Das war eine prinzipielle Akzentverschiebung – weg von der Wegeproblematik des Herankommens an den Sozialismus – ohne Diktatur des Proletariats – hin zum Charakter der volksdemokratischen Ordnung als *Form* der proletarischen Diktatur. Dimitroff nahm Stalins Diktion an, wie sein Bericht an den V. Parteitag zeigt, nicht ohne den

45 Siehe dazu den Bericht Georgi Dimitroffs an den V. Parteitag der BAP(K) vom 19. Dezember 1948. In: Rolle und Bedeutung der Volkdemokratie. Internationale Schriftenreihe. H. 2. Berlin 1950. Desgl. Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften. Bd. 3. Berlin 1958. S. 525 ff., bes. S. 596ff. Siehe auch: Georgi Dimitrov: Dnevnik. 2 noemvri 1948. S. 637 ff.; 6 dekemvri 1948. S. 644f.

46 Georgi Dimitrov: Dnevnik. S. 645

unlösbaren Zusammenhang von Antifaschismus und Volksdemokratie zu betonen.⁴⁷ In der Praxis jedoch vollzog sich das forcierte Überstülpen des Sowjetmodells – gewiss in Formvarianten – mitsamt den tragischen Folgen für die Entwicklung des osteuropäischen Staatssozialismus.

Nach Stalins Tod griffen mit der mutigen Kritik Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU Anfang 1956, die freilich nicht alle Wurzeln der Entartung des Sowjetsystems aufzudecken vermochte, zugleich positive Veränderungen in den Beziehungen der UdSSR mit den anderen sozialistischen Ländern Platz. Davon zeugen die Normalisierung der Beziehungen mit Jugoslawien 1955/56 wie die Deklaration vom 30. Oktober 1956 über »Grundlagen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern«. Aber nach der Krisensituation und den Aufständen im Herbst 1956 in Polen und Ungarn zogen erneut retardierende Momente in die Beziehungen ein, die auch aus der »Erklärung der Moskauer Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder« vom November 1957 ablesbar sind. Obwohl insgesamt angesichts einer schwierigen internationalen Situation mit Augenmaß formuliert, wurde das Verhältnis von Gesetzmäßigkeiten und Besonderheiten, von Internationalismus und Gleichberechtigung zwischen sozialistischen Ländern wiederum normativ und verbindlich fixiert, was unterschiedliche Handhabung ermöglichte.

Die politischen Korrekturen blieben also begrenzt, die Defizite an Demokratie in der UdSSR wie in den Volksdemokratien blieben bestehen, was die Rückkehr zu dogmatischen Positionen und diktatorischen Praktiken möglich machte.

⁴⁷ Zu dieser Problematik siehe auch Ernstgert Kalbe: Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell, S. 160ff.

HARALD NEUBERT

Nationale Wege zum Sozialismus am Ende des Zweiten Weltkriegs: Das italienische Beispiel

Vorbemerkung

Um einige Hauptgedanken vorwegzunehmen sei gesagt: Die Strategie der Italienischen Kommunistischen Partei im Kampf um Sozialismus war ab 1944 eine typische Strategie eines nationalen Weges zum Sozialismus. Sie war von Palmiro Togliatti begründet worden und basierte auf den Ideen Antonio Gramscis, auf den Orientierungen des VII. Kongresses der Komintern und war zunächst auch abgestimmt mit J. W. Stalin. Wenn diese Strategie, wie sie in den ersten Nachkriegsjahren befolgt wurde, nicht zum Erfolg führte, lag das nicht an ihrer Grundausrichtung, sondern vor allem an der ungünstigen internationalen Konstellation der Kräfte, an der beginnenden polarisierenden Blockbildung des kalten Krieges. Grundlegende Elemente dieser strategischen Konzeption, die seit den 50er Jahren durch Palmiro Togliatti selbst wie sodann in den 70er Jahren durch Enrico Berlinguer weiter entwickelt wurde, bestimmten die Politik und Programmatik der IKP bis in die 80er Jahre, als sich die Partei de facto auflöste. Verstanden wurde sie als eine »revolutionäre« Strategie. Der vorliegende Beitrag beschränkt sich jedoch nur auf die Jahre von 1944 bis 1947–48.

Zur Spezifik Italiens und zu den strategischen Prämissen der IKP

Die Entwicklung Italiens war gegen Ende des Zweiten Weltkriegs in verschiedener Hinsicht ebenso spezifisch wie beispielhaft. Dies wird besonders deutlich im Vergleich mit den zeitgleichen, aber andersartigen Entwicklungen in Frankreich, in Jugoslawien, in Griechenland, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien usw.

In Italien hatte sich von 1922 bis 1926 das faschistische Regime unter Mussolini etabliert. Während des zweiten Weltkrieges formierte sich eine sozial und politisch sehr breite, koordiniert agierende antifa-

schistisch-demokratische Widerstands- und Befreiungsbewegung, die von der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterbewegung bis weit hinein in die liberale und katholisch orientierte Bourgeoisie reichte. Sie war in einem landesweiten Nationalen Befreiungskomitee organisiert, die eine bewaffnete und militärisch aktive sowie eine politische, regierungsfähige Komponente besaß.

In Italien gab es ein hohes Maß an Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien, der kommunistischen und der sozialistischen, die bereits 1934, bereits vor dem VII. Kongress der Komintern, vertraglich vereinbart worden war. Sie gewährleistete – dank ihrer Stärke, ihres Einflusses und ihren politisch-strategischen Orientierungen – eine maßgebliche Rolle der Arbeiterbewegung im Befreiungskampf.

Aus der Illegalität und aus dem Widerstandskampf heraus formierte sich eine kommunistische Massenpartei, die es dank der hervorragenden Rolle Palmiro Togliattis verstand, die strategischen Orientierungen des VII. Komintern-Kongresses unter den gegebenen nationalen und internationalen Bedingungen Italiens jener Jahre umzusetzen.

An der Ausarbeitung der Orientierungen des VII. Kongresses, die die vorhergehende strategische Linie der Komintern wesentlich korrigierten, war bekanntlich Togliatti, Führer der IKP und zweiter Mann an der Seite Georgi Dimitroffs, maßgeblich beteiligt gewesen. Ihre Quintessenz sei folgendermaßen zusammengefasst:

- Der Faschismus ist nicht schlechthin die Herrschaft der Bourgeoisie, sondern die Herrschaft nur eines Teils von ihr. Deshalb ist es möglich, sich mit den liberalen und demokratischen Teilen der Bourgeoisie gegen deren faschistische Fraktion zu verbinden.
- Nicht Diktatur des Proletariats, sondern die Erneuerung der Demokratie muss die Alternative zum Faschismus sein. Zu entscheiden sei nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern zwischen Faschismus und Demokratie.
- Das Zusammenwirken der Arbeiterparteien ist ein dringendes Gebot der Stunde. Sozialdemokraten dürfen nicht als Sozialfaschisten betrachtet werden.
- Der Kampf für eine sozialistische Perspektive verlangt die konsequente Durchsetzung von Demokratie und breite Bündnisse; es kann sich keineswegs um einen Kampf »Klasse gegen Klasse« handeln.

- Eine kommunistische Partei darf keine Sekte, keine machtpolitische Elite, kein bloßes Propagandainstrument sein, sondern muss eine demokratische, politik-, mobilisierungs- und handlungsfähige offene Massenpartei sein. Sie muss auf dem nationalen Boden kämpfen und nationale Interessen artikulieren, so dass auch unterschiedliche politische Optionen zwischen kommunistischen Parteien möglich sind.

Zur strategischen Konzeption und zur Politik der italienischen Kommunisten

1. Die sogenannte Wende von Salerno

Als Palmiro Togliatti im März 1944 aus der Moskauer Emigration nach Italien zurückkehrte, herrschte in Italien eine verworrene Situation. Im von den Alliierten befreiten Süden, in Salerno, residierte die königliche Regierung unter Marschall Pietro Badoglio, die nach dem Abschluss eines Waffenstillstands mit den Alliierten Anfang September 1943 einen Monat später an deren Seite in den Krieg gegen Deutschland eingetreten war. Sie verfügte über die verbliebenen Armee-Einheiten und besaß die Anerkennung der Alliierten, auch die der Sowjetunion.

Im nichtbefreiten nördlichen Teil Italiens hatte Mussolini, der im Juli 1943 entmachtet und inhaftiert, sodann aber von den Deutschen befreit worden war, im September 1943 unter deutscher Kontrolle die faschistische Herrschaft, diesmal mit dem Attribut republikanisch, wiedererrichtet. Als Hauptstadt hatte er Salò am Garda-See gewählt. In beiden Teilen Italiens agierten die antifaschistischen Kräfte, die sich in dem zentralen Komitee und in örtlichen Komitees der Nationalen Befreiung organisiert hatten, und zwar im befreiten Teil als politische demokratische Opposition mit beachtlichem Masseneinfluss, im faschistisch beherrschten Teil darüber hinaus vor allem als starke, militärisch bewaffnete und kämpfende Partisanenbewegung. In der linken Komponente der Widerstands- und Befreiungsbewegung - so in der Kommunistischen, in der Sozialistischen und in der Aktionspartei - dominierte eine *revolutionäre* Orientierung, die den antifaschistischen Befreiungskampf unmittelbar mit dem Sturz der Monar-

chie und der Überwindung des Kapitalismus, also mit der sozialistischen Revolution verbinden wollte.

Somit gab es zwei gegen den Faschismus kämpfende Lager, die unversöhnlich zu sein schienen, von denen das eine die Regierungsgewalt und die Anerkennung seitens der Alliierten besaß, das andere über einen großen Masseneinfluss und eine starke, politisch und militärisch organisierte Volksbewegung verfügte. Da sich beide Lager im Kampf gegen Faschismus und für die nationale Befreiung gegenseitig blockierten, traf Palmiro Togliatti sofort nach seiner Rückkehr eine strategische Entscheidung, mit der er einen Kurswechsel einleitete, indem er für die Zusammenarbeit der antifaschistischen Widerstands- und Befreiungsbewegung mit den Kräften der Monarchie und deren Regierung Badoglio eintrat.

Togliatti hatte, wie schon angemerkt, diese strategische Entscheidung in Moskau mit Stalin abgestimmt und von ihm entsprechende Empfehlungen erhalten. Vor seiner Abreise hatte er in der Nacht vom 3. zum 4. März 1944, wie Dimitroff in seinem Tagebuch berichtet, ein Gespräch mit Stalin. Dimitroff notierte am 4. März: »Gestern nacht empfing *Stalin* im Beisein von *Molotow Ercoli*. ›In der gegenwärtigen Etappe ist eine unverzügliche Abdankung des Königs nicht zu fordern; die Kommunisten können in die Regierung Badoglios eintreten; ihre Hauptanstrengungen müssen sie auf die Schaffung und Stärkung im Kampf um die Einheit gegen die Deutschen konzentrieren.‹ Dieser Kurs soll durchgeführt werden, *aber ohne Berufung auf die Russen* ...«¹

In Italien begründete Togliatti für die Öffentlichkeit den Kurswechsel in einem Interview für die Parteizeitung *L'Unità* vom 2. April 1944. »Wir können uns heute nicht von einem sogenannten engen Parteinteresse leiten lassen. Es sind die unmittelbaren und die Lebensbedürfnisse unseres Landes, die wir heute verteidigen müssen. Und diese Bedürfnisse können wir wirksam verteidigen, wenn wir immer mehr die Einheit aller jener verbreitern und festigen, die bereit sind, gegen den Eindringling zu kämpfen, ganz gleich, welches ihr Glauben und welches ihre politische Richtung ist. Es ist die Kommunistische Partei,

1 So im 2. Teil des Tagebuchs Georgi Dimitroffs, bisher auf Deutsch nicht publiziert. Dimitroff gibt offenbar die Empfehlung Stalins wörtlich wieder. Wadim Sagladin, stellv. Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU, hatte mir persönlich mitgeteilt, dass er im Besitz des Gesprächsprotokolls Stalins mit Togliatti sei und dieses mir gelegentlich zeigen wolle, was allerdings nie geschehen ist.

es ist die Arbeiterklasse, die das Banner der nationalen Interessen in die Hände nehmen müssen, das der Faschismus und die Gruppen, die ihm die Macht übertrugen, verraten haben.«²

Die als »Wende von Salerno« bekannte Entscheidung verband Togliatti mit der Bedingung, dass zunächst bis zum Zeitpunkt der endgültigen Befreiung die Entscheidung über die künftige Ordnung Italiens, vor allem über das Schicksal der Monarchie, ausgeklammert bleiben sollte. Dies geschah gegen den Widerstand des größten Teils der in der antifaschistischen Widerstands- und Befreiungsbewegung vereinten Kräfte, vornehmlich der linken, darunter vieler Aktivisten innerhalb seiner eigenen Partei. Auf einer Konferenz kommunistischer Funktionäre am 11. April in Neapel sah sich Togliatti gezwungen, sich mit dem Widerstand in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen. »Revolutionär ist nicht derjenige, der am meisten schreit und agitiert, sondern jener, der konkret daran geht, die Aufgaben zu lösen, die die Geschichte den Völkern und den Klassen stellt und die gelöst werden müssen, wenn wir den Weg der Entwicklung einer menschlichen Zivilisation eröffnen wollen.«³

Der Kurswechsel wurde nach kontroversen Debatten schließlich von allen Parteien des Komitees der nationalen Befreiung - wenn zum Teil auch mit Widerstreben - mitgetragen, so dass es zur Umbildung der Regierung Badoglio, d. h. zur Einbeziehung von Vertretern der antifaschistischen Parteien kam und somit eine einheitliche, breite antifaschistische Kampffront entstand. Zu den neuen Ministern gehörten u. a. Palmiro Togliatti, der Philosoph Benedetto Croce, der Liberale Graf Carlo Sforza. Nach der Befreiung Roms durch die anglo-amerikanischen Truppen im Juni 1944 wurde nach der Demission Badoglios eine Regierung des Komitees der Nationalen Befreiung unter Ivanoe Bonomi gebildet, die sich aus Vertretern der im Komitee vertretenen antifaschistischen Parteien zusammensetzte.

2 Zitiert nach Aurelio Lepre: *La svolta di Salerno*. Rom 1966. S. 98ff.

3 Palmiro Togliatti: *La politica di unità nazionale dei comunisti*. In: *Critica marxista*. 4-5/1964. S. 34.

2. Zum Charakter von Widerstandskampf und Nationaler Erhebung im April 1945

Die »Wende von Salerno« schloss aus, den antifaschistischen Befreiungskampf als einen revolutionären Kampf für Sozialismus und die angestrebte Nationale Erhebung als eine sozialistische Revolution zu betrachten.

Von Pietro Nenni, dem Führer der Sozialistischen Partei, und anderen Sozialisten wie auch von Vertretern der Aktionspartei wurde damals wie später Togliatti und der IKP vorgeworfen, ihre Entscheidung sei allein aus Rücksicht auf außenpolitische Interessen der Sowjetunion geschehen. Gewisse linksrevolutionäre Kräfte in Italien wiederholen seither die These von einer angeblich gescheiterten sozialistischen Revolution, und zwar mit dem Vorwurf an die IKP, für deren Scheitern verantwortlich gewesen zu sein. Aus trotzkistischer revolutionstheoretischer Sicht brachte zum Beispiel Isaak Deutscher verallgemeinernd zum Ausdruck, die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz mit den Westalliierten hätte nach Kriegsende die Entwicklung der sozialistischen Revolution in ganz Europa verhindert und »den Klassenkampf in eine Sackgasse« geführt.⁴ Eine solche Behauptung stellt einerseits die Aufrichtigkeit der strategischen Orientierung des VII. Komintern-Kongresses in Frage und ignoriert andererseits die damalige inneritalienische wie internationale Kräftekonstellation. Man muss bedenken, dass eine Orientierung auf eine sozialistische Revolution die italienischen Widerstandskräfte gespalten, paralyisiert bzw. in eine Frontstellung gegeneinander sowie in einen Konflikt mit den in Italien vorrückenden westalliierten Truppen gebracht hätte. Ohne Zweifel lag die strategische Entscheidung Togliattis durchaus im Interesse damaliger sowjetischer Politik gegenüber den westlichen Partnern in der Antihitlerkoalition, doch entsprach sie auch gänzlich den realen Bedingungen Italiens und den Interessen der italienischen antifaschistischen Bewegung. Bekanntlich existierte nicht immer in der kommunistischen Bewegung eine solche Interessenübereinstimmung.

⁴ Isaac Deutscher: Die unvollendete Revolution 1917–1967. Frankfurt am Main 1967. S. 90.

Die italienische Situation war eben ganz anders als in Jugoslawien, wo es eine weitest gehende einheitliche kommunistische Führung des Widerstands- und Befreiungskampfs einerseits und keine alliierte Truppenpräsenz andererseits gab, so dass die Verbindung von Befreiungskampf mit der sozialistischen Revolution zum Erfolg führte. In diesem Zusammenhang sei auf eine bemerkenswerte, kaum bekannte Episode hingewiesen. Nach eigenen Aussagen weilte Edvard Kardelj als einer der kommunistischen Führer des jugoslawischen Widerstands im Oktober 1944 illegal und von den Alliierten unbemerkt in Rom bei Togliatti, der wohl auch noch nach der inzwischen aufgelösten Komintern als kompetenter und einflussreicher Führer der internationalen kommunistischen Bewegung anerkannt wurde. Offenbar wollte er ein Plazet zur Strategie der KP Jugoslawiens von ihm erhalten. Togliatti sei aber nicht bereit gewesen, so schreibt Kardelj, hierzu eine Position zu beziehen. Was Italien anbelangt, habe Togliatti hingegen eine klare Position gehabt und gemeint, dass »eine bewaffnete Aktion (gemeint ist offenbar für Sozialismus, da Togliatti ja den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus billigte, – H. N.) in Italien in dieser Phase ein sehr gefährliches Abenteuer wäre, aus dem die italienische Arbeiterklasse besiegt und politisch geschlagen hervorgehen würde«. Vielmehr gehe es um die Verteidigung und Stärkung eines demokratischen Regimes, in dem die Arbeiterklasse einen entscheidenden Platz einnehmen solle.⁵

Im Hinblick auf Charakter und Ziel der bevorstehenden Nationalen Erhebung formulierte Luigi Longo, ehemals Generalinspekteur der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg, nunmehr Vizekommandant der norditalienischen Partisaneneinheiten, wohl auch im Bewusstsein der Lehren des Spanischen Bürgerkriegs im November 1944 in einem Bericht an die »Aufstandstriumvirate« die strategische Konzeption der italienischen Kommunisten folgendermaßen: »Wir kämpfen heute nicht für die Diktatur des Proletariats, sondern für die fortschrittliche Demokratie, die sich von der ersteren nicht so sehr durch ihre demokratische Substanz, sondern vor allem durch ihren sozialen Inhalt unterscheidet. Die fortschrittliche Demokratie richtet

5 Memoiren Edvard Kardeljs, italienisch: *Memorie degli anni di ferro*. Rom 1980. S. 37ff.; deutsch: Edvard Kardelj: *Der Übermacht zum Trotz*. Erinnerungen an Jugoslawien. Frankfurt am Main 1985.

sich nicht radikal gegen das Prinzip des ausbeuterischen kapitalistischen Eigentums ... Wir kämpfen heute für die fortschrittliche Demokratie, weil wir glauben, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der politischen Entwicklung in Italien sie die einzige Grundlage bildet, auf der es möglich ist, die nationale Einheit aller demokratischen Kräfte, die für die siegreiche Führung des Befreiungskampfs und für den Wiederaufbau nach der Befreiung notwendige und unerläßliche Einheit zu realisieren!«⁶

Wie man diese strategische Wende von Salerno aus heutiger Sicht auch immer einschätzt: Sie förderte und bewirkte durchaus einen demokratischen revolutionären Prozess, der über den Zeitpunkt der Nationalen Befreiung hinausreichte, der zwar aus Gründen, die offenbar nicht in der strategischen Orientierung begründet lagen, nicht zur sozialistischen Umgestaltung des Landes fortgeführt werden konnte, doch immerhin zu beträchtlichen positiven Ergebnissen führte, an denen er schließlich gemessen werden muss. Wichtig ist festzustellen, dass die italienischen Kommunisten in ihrer Strategie die anvisierte sozialistische Perspektive an die konsequente Befürwortung der Demokratie knüpften. In diesem Sinn wurde »die Machtfrage« nicht ausgeklammert, aber ihre Lösung eben auch nicht auf einen Staatsstreich, nicht auf die Machtergreifung einer revolutionären Minderheit reduziert. Die reale Perspektive des Landes wurde von den realen Bedingungen, vor allem von der Entwicklung der realen Kräfte- und Mehrheitsverhältnisse, abhängig gemacht.

Im April 1945 wurde Italien vom Faschismus endgültig befreit. Im faschistisch regierten und von deutschen Truppen besetzten Norden hatte ein Aufstand, die »Nationale Erhebung« der Partisanenverbände, stattgefunden, so dass die alliierten Truppen in ein zum Teil von den Italienern bereits »selbstbefreites« Territorium vorrücken konnten.

3. Das Konzept des italienischen Weges zum Sozialismus

Nach Einschätzung der IKP befand sich das Land zum Zeitpunkt der Befreiung mitten in einer *demokratischen Revolution* zwecks grundlegender Erneuerung des Landes, wie Togliatti im Juni 1945 konstatier-

6 Luigi Longo / Pietro Secchia: Der Kampf des italienischen Volkes für seine nationale Befreiung. Berlin 1959. S. 155f.

te.⁷ Dies besagte, dass die Kommunisten mit der siegreichen Nationalen Erhebung und dem Beitrag zur Selbstbefreiung vom Faschismus und von der deutschen Okkupation ihre Ziele erst teilweise verwirklicht sahen. Die demokratische Erneuerung des Landes, nach Möglichkeit im Verein mit allen anderen politischen Strömungen des Befreiungskampfes, den Katholiken, den Liberalen, der Sozialistischen und der Aktionspartei, und mit dem Anspruch auf eine maßgebliche nationale gesellschaftliche und politische Rolle der Arbeiterklasse, stand nun erst bevor. Die Vollendung der »demokratischen, antifaschistischen Revolution war das erklärte Ziel der IKP«.⁸ Darüber hinaus hielten die Kommunisten an ihrer perspektivischen Zielsetzung fest, vermittels weiterer Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der linken Kräfte und vermittels politischer und ökonomischer *Strukturenreformen* den Weg für einen demokratischen Vormarsch zum Sozialismus zu eröffnen.

Der Erfolg dieser Politik hing vor allem von zwei Voraussetzungen ab: von der strategischen Orientierung und deren praktischer Umsetzung zum einen und von den gegebenen Bedingungen. Was die Strategie der IKP anbelangte, die im wesentlichen von Togliatti konzipiert wurde, gab es bereits damals wie auch später immer wieder bei linken Kräften Diskussionen, ob sie richtig oder illusionär oder gar gänzlich falsch war. Generell kann man wohl aus heutiger Sicht feststellen, dass es kaum eine vernünftige, realistische Alternative für den Kampf der italienischen Kommunisten gab als den Kampf entsprechend dieser Strategie. Es war ein zwingendes Gebot ihrer Strategie, stets zunächst die militärische Präsenz anglo-amerikanischer Truppen und später den dominierenden amerikanischen Einfluss auf die italienische Innenpolitik zu berücksichtigen. Hätte Togliatti dies nicht getan und die Partei auf die direkte Machteroberung orientiert, hätte er das militärische Eingreifen der Anglo-Amerikaner provoziert und die Zerschlagung der Partei mit anschließendem Verbot riskiert. Togliatti die Absage an die Idee der sozialistischen Revolution in dieser Situation zum Vorwurf zu machen, wie das geschah, war ungerechtfertigt.

Von Bedeutung war, dass die Partei – ähnlich anderen Parteien – in Übereinstimmung mit der nationalen Spezifik auf einen nationalen

7 Palmiro Togliatti: Per la salvezza del nostro paese. Rom 1946. S. 314f.

8 Referat Togliattis auf dem V. Parteitag: Rinnovare l'Italia. In: Critica marxista. 4-5/1964. S. 115.

Weg orientierte. Auf der Org-Konferenz der IKP im Januar 1947 in Florenz erklärte Togliatti: Ein *italienischer Weg zum Sozialismus* bedeute, die Demokratie in höchstem Maße zu entwickeln, denn dies sei Sozialismus. Die italienischen Werktätigen können »andere, neue Wege (beschreiten), verschieden zum Beispiel von denen, die von der Arbeiterklasse und den Werktätigen der UdSSR befolgt wurden ... Daraus folgt, dass wir über jene politische, organisatorische, ideologische Fähigkeit verfügen müssen, die es uns erlaubt, den italienischen Weg ausfindig zu machen, den Weg, der gekennzeichnet ist von den Besonderheiten unseres Landes, der Entwicklung der Demokratie und des Kampfes für die Verwirklichung fortgeschrittener demokratischer Reformen und des Kampfes für Sozialismus«. ⁹

Die Dialektik von Strategie und objektiven Bedingungen bedarf einer Erläuterung. Bereits auf dem ersten Parteitag nach dem Faschismus, dem V., der vom 29. Dezember 1945 bis zum 6. Januar 1946 stattfand, hatte die Partei ihr strategisches Konzept begründet. Mit *Strukturreformen* sollten die reaktionärsten Gruppen in der Industrie und der Landwirtschaft enteignet, die Produktion zum Wohle des Volkes reorganisiert werden. »Dies lässt sich nicht ohne Intervention des Staates, ohne die Einführung von Elementen der Organisation seitens des demokratischen Staates in unserem gesamten industriellen Leben erreichen. Der Staat muss also die monopolistische Industrie in seine Hände nehmen und seine Kontrolle über das ganze Banksystem effektiv durchsetzen.« Die Reformen in der Industrie sollten ergänzt werden durch solche in der Landwirtschaft, in der die großen Latifundienbesitzer die Vorherrschaft besaßen, die in einer reaktionären Politik Ausdruck fand. ¹⁰ Auf der erwähnten Org-Konferenz bezeichnete Togliatti im Januar 1947 die bis dahin erzielten Errungenschaften für nicht ausreichend. Die bisherigen politischen Errungenschaften würden nicht dauerhaft erhalten werden können, wenn es nicht gelänge, »die italienische Demokratie auf dem Gebiete der Wirtschaft, auf dem Gebiete der Reformen der sozialen Struktur des Landes voranzubringen«. Dies sei der Inhalt des italienischen Weges in Richtung des Sozi-

9 Referat Togliattis auf der Org-Konferenz: *La nostra lotta per la democrazia e per il socialismo*. In: *Critica marxista*. 4-5/1964. S. 191f.

10 Referat Togliattis auf dem V. Parteitag. S. 120f.

alismus.¹¹ Wichtig dafür seien allerdings veränderte Machtverhältnisse auf der Grundlage der Komitees der Nationalen Befreiung »als Organismen der Beziehungen zwischen den verschiedenen Parteien und als Organe des Kampfes für die Demokratisierung des Landes«. ¹²

Für Togliatti war ein italienischer Weg zum Sozialismus, wie immer wieder deutlich wird, nur als *demokratischer* Weg vorstellbar. An dieser Auffassung änderte sich auch dann nichts, als die Entwicklung des Kräfteverhältnisses im Lande und international in eine andere Richtung ging, als dies für den Erfolg dieser Strategie erforderlich gewesen wäre. Doch eben die Dynamik des Kräfteverhältnisses und des politischen Klimas waren es, wie schon angemerkt wurde, die den Erfolg vereitelten.

4. Togliattis Parteikonzept

Für das Verständnis der Strategie des italienischen Weges zum Sozialismus besitzt das von Togliatti begründete Partei-Konzept eine zentrale Bedeutung. Auf der Grundlage dieses Konzepts sah er nach seiner Ankunft in Italien es als eine der wichtigsten Aufgaben an, die Partei neu zu formieren. Um zu verstehen, worum es dabei ging, muss man ihren Zustand im Frühjahr 1944 in Betracht ziehen. Es gehörte zu ihrer Stärke, dass sie die seit 1926 dauernde Illegalität und Verfolgung nicht nur überstanden, sondern sich als fähig erwiesen hatte, sich an die Spitze des antifaschistischen Widerstands- und Befreiungskampfes zu stellen. Funktionäre besetzten entscheidende Posten in diesem Kampf, so war Luigi Longo einer der Führer der norditalienischen Partisaneneinheiten; Giorgio Amendola war Mitglied des Zentralen Befreiungskomitees in Rom.

Dennoch entsprach die Partei so, wie sie sich wiederbelebte, nicht den Vorstellungen, nicht den Erfordernissen, die Togliatti mit seiner politischen Orientierung verband. Jene, die an der Spitze standen, hatten ganz unterschiedliche Erfahrungen durchgemacht, so in den faschistischen Kerkern, im italienischen Untergrund, in der Emigration; sie waren vielfach geprägt von einem revolutionären, sektiererischen Avantgardismus, von politischer Intoleranz, von einer Missachtung demokratischer Prinzipien. Es fehlte an einer einheitlichen Linie.

11 Referat Togliattis auf der Org-Konferenz. S. 171, 195.

12 Ebenda. S. 192.

Die Rolle, die Togliatti der Partei zudachte, und die Ziele, die er verfolgte, verlangten eine andere, eine erneuerte Partei: eine im ganzen Volke verwurzelte, hegemonie- und regierungsfähige, einheitliche, gut organisierte und kämpferische *Massenpartei*, eine Partei, in der die Funktionäre und Mitglieder auf allen Ebenen und im ganzen Lande in der Lage sein mussten, selbständig und mit Initiative die vereinbarte Politik zur demokratischen Erneuerung des Landes durchzusetzen. Noch im April 1944 beschrieb er in einem Brief an Dimitroff nach Moskau den Zustand der Partei, wie er ihn antrifft: »Die Partei ist im Lande wirklich sehr stark, und ihre Autorität wächst gegenwärtig weiter. Sie ist aber sehr schwach vom Gesichtspunkt der Organisiertheit und hinsichtlich der politischen Linie, Die Partei ist fast vollständig von der Autorität derer abhängig, die an ihrer Spitze stehen, und nur im geringsten Maße von der Reife ihrer Mitglieder. Die Situation birgt deshalb viele Gefahren in sich.«¹⁵

Auf der bereits erwähnten Funktionärskonferenz der IKP am 11. April 1944 in Neapel ging Togliatti auch auf den Charakter der Partei ein, der nötig sei, um die mit der Wende von Salerno begonnene Politik der nationalen Einheit und demokratischen Wiedergeburt Italiens vorantreiben zu können. Dabei gebrauchte er den Begriff der »Neuen Partei«, auf den er sodann immer wieder zurückkam. »Als kommunistische Partei, als Partei der Arbeiterklasse bestehen wir entschieden auf unserem Recht, an der Schaffung des neuen Italiens teilzunehmen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass – wenn wir dieses Recht nicht beanspruchen und uns nicht in der Lage erweisen würden, heute und in Zukunft diese Funktion zu verwirklichen, – Italien nicht wieder aufgebaut werden könnte.«¹⁴ Am 3. Oktober 1944 hielt er in Florenz eine Rede, in der er auf *drei neue* Momente seines Parteikonzepts hinwies: auf »1) den nationalen Charakter unserer Partei; 2) die nicht nur kritische, sondern aktive Teilnahme an einer nationalen Regierung; 3) den Massen- und Volkscharakter, den unsere Partei haben muss«. ¹⁵ In einer Rede vor der Provinzorganisation der Partei im

15 Brief vom 29. April 1944, erstmals veröffentlicht in: L'Unità vom 21. Januar 1973.

14 Palmiro Togliatti: La politica di unità nazionale dei comunisti. In: Critica marxista. 4-5/1964. S. 25

15 Aldo Agosti: Palmiro Togliatti. Turin 1996. S. 288.

befreiten Rom am 24. September 1944 hatte er bereits zuvor sein Konzept der neuen Partei präzisiert: »Vor allem, und dies ist das wesentliche, ist die neue Partei eine Partei der Arbeiterklasse und des Volkes, die sich nicht mehr nur auf die Kritik und auf die Propaganda beschränkt, sondern sie Einfluss nimmt auf das Leben des Landes mit einer positiven und konstruktiven Aktivität, die mit der Zelle in der Fabrik und im Wohnort beginnt und bis zum Zentralkomitee und jenen Personen erstrecken muss, die wir zwecks Vertretung der Arbeiterklasse und der Partei in die Regierung delegieren. Es ist deshalb klar, dass wir, wenn wir von der neuen Partei sprechen, vor allem eine Partei anstreben, die fähig ist, in ihrer Organisation und in ihrer täglichen Arbeit jene tiefgreifende Veränderung durchzusetzen, die in der Stellung der Arbeiterklasse in bezug auf die Probleme des nationalen Lebens erfolgt sind.«¹⁶

Togliatti äußerte sich auch zum Verhältnis zu den zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie existierenden Mittelschichten. In einer Rede in einer Bürgerversammlung in Reggio-Emilia am 24. September 1946 charakterisierte er die Mittelschichten als jene, »die zwischen den Lohnarbeitern und den Eigentümern von Produktionsmitteln, das heißt den Kapitalisten, existieren und folglich keines von beiden sind«, und deren Interessen mit denen der Kommunisten durchaus vereinbar seien. Zwischen den Kommunisten und den sozialen Zwischengruppen gebe es demnach »keinerlei Gegensatz« der Interessen, vielmehr hätten »einige dieser Gruppen gerade in uns, in den Kommunisten, ihre konsequenten Verteidiger gefunden«.¹⁷ Hinter dem Bestreben, eine Kluft zwischen der IKP und den Mittelschichten aufzumachen, gäbe es keine andere Absicht, »als in die italienische Nation eine neue Spaltung hineinzutragen, eine Spaltung, die für das Schicksal der Demokratie verhängnisvoll sein könnte«.¹⁸ Togliatti ging davon aus, dass die Ziele der IKP ohne Bündnis mit den Mittelschichten – sei es durch deren Repräsentanz in der Mitgliedschaft der Partei, sei es als Wähler – nicht verwirklicht werden könnten, dass nämlich »die engste Ver-

16 Palmiro Togliatti: *Avanti verso la democrazia!* Rede ist abgedruckt in: *Critica marxista*, 4-5/1964, S. 47f. Diese Passage ist wörtlich enthalten in einem Beitrag »Che cosa è il 'partito nuovo'? In: *Rinascita* 4/1944.

17 Palmiro Togliatti: Die Mittelschichten und das Rote Emilien. In: Palmiro Togliatti: *Ausgewählte Reden und Aufsätze*. Berlin 1977, S. 268ff.

18 Ebenda, S. 272.

bindung, ja die Einheit zwischen den in unserer Partei zusammengefaßten und um sie gescharten Kräften der Vorhut und den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung und folglich auch den Massen der Mittelschichten unumgänglich ist, wenn man erreichen will, daß die Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität, die wir vertreten, triumphieren sollen«. ¹⁹ Hierbei ging es also nicht um den Kampf »Klasse gegen Klasse«. Der IKP gelang es tatsächlich, viele Anhänger aus den Mittelschichten zu gewinnen, so dass bei einem Arbeiteranteil an der Mitgliedschaft, der im allgemeinen zwischen 30 und 40 Prozent lag, die Mehrheit der Parteimitglieder anderen sozialen Gruppen und Schichten angehörte.

Eine weitere Voraussetzung für die neue Rolle der Kommunisten sah Togliatti darin, dass die Partei eine *Partei der Einheit* sein müsse, und zwar »der Einheit der Arbeiterklasse, der Einheit der antifaschistischen Kräfte, der Einheit der ganzen Nation«. ²⁰ Er erinnerte an einen entsprechenden Passus im Einheitsabkommen mit der Sozialistischen Partei, in dem »für die Zukunft die Möglichkeit der Schaffung einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse« vorgesehen war. ²¹ Auf dem V. Parteitag, der vom 29. Dezember 1945 bis zum 6. Januar 1946, also nach der Befreiung, stattfand, knüpfte er daran an: »Es ist für uns klar, dass der Pakt /mit den Sozialisten/ in der Richtung entwickelt werden muss, um zur Bildung einer Einheitspartei der Werktätigen zu gelangen.« ²² Die so verstandene Einheit war, wie es schon Gramsci anstrebte, ein zentrales Element für »einen großen nationalen Block der Kräfte der Werktätigen, der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der fortschrittlichen Intellektuellen«. ²⁵

Togliatti machte sich auch Sorgen um den ideologischen Zustand der neuen, zahlenmäßig rasch anwachsenden Partei. Neben der mangelnden ideologischen Einheitlichkeit der alten Parteikader kam nun durch den Zustrom neuer Mitglieder, die sich aus ganz unterschiedlichen Gründen der Partei anschlossen, ein unübersichtliches ideologisches Spektrum hinzu, das in der Partei Erosionserscheinungen auszulösen vermochte. Für die Aufnahme in die Partei existierten damals

19 Ebenda. S. 273.

20 Palmiro Togliatti: La politica di unità nazionale dei comunisti. S. 44.

21 Ebenda. S. 26.

22 In: Critica marxista. 4-5/1964. S. 125.

23 Palmiro Togliatti: Avanti verso la democrazia! S. 75

keine ideologischen, keine weltanschaulichen, keine politischen Barrieren, sofern die neuen Mitglieder die Politik und Ziele der Partei anerkannten. Giorgio Amendola hat die Lage rückblickend wie folgt charakterisiert: »In der Partei konnten sich somit Mitglieder zusammenschließen, die unterschiedliche Erfahrungen gemacht hatten, Atheisten und Gläubige, Idealisten und Positivisten und Marxisten, alle zumindest überzeugt von der Gültigkeit des politischen Programms, das später auf dem V. Parteitag bestätigt wurde, und alle bereit, die nationale und internationalistische Disziplin, die von der Notwendigkeit des Kampfes diktiert wurde, zu akzeptieren. In der Partei musste es den Marxisten gelingen, ihre Hegemonie durchzusetzen, indem sie gleichzeitig eine offene Konfrontation mit anderen Positionen zuließen.«²⁴ Vor diesem Hintergrund war Togliatti – ohne Zweifel ganz in der Tradition der Komintern – um die Herstellung ideologischer Einheit und Geschlossenheit bemüht. »Die bestimmende ideologische Richtung dieser Partei kann nichts anderes sein als die marxistische und leninistische Lehre, die einzige, die eine vollständige Analyse aller Elemente der Realität, deren Verstrickungen und deren Entwicklung ermöglicht; sie ist deshalb die einzige Lehre, die es ermöglicht, die politische Aktion der Arbeiterklasse und einer großen Partei exakt mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen.«²⁵

Die neue Partei bedurfte für die Erfüllung ihrer hegemonialen nationalen Rolle und ihrer konkreten Aufgaben der Gewinnung möglichst vieler Intellektuellen, was zugleich ein Wesenszug der breiten Öffnung der Partei war. Hierin kam überhaupt zum Ausdruck, dass die italienische Partei ein anderes, ein viel positiveres Verhältnis zu Intellektuellen besaß als viele andere kommunistische Parteien.

Zur Zeit der Org-Konferenz der IKP im Januar 1947 zählte die IKP 2,2 Millionen Mitglieder und war zur größten kommunistischen Massenpartei in einem kapitalistischen Lande geworden. Ihre größte zahlenmäßige Stärke erreichte die Partei 1948, als sie mehr als 2,3 Millionen Mitglieder besaß. Das rasche Anwachsen der Partei bedeutete Erfolg und Konsolidierungsaufgabe zugleich, eine Aufgabe, deren Lö-

²⁴ G. Amendola: *Dal Quaderno' del 50^o alla coscienza storica del partito nuovo di oggi*. In: *Rinascita*. 48/1970. S. 13

²⁵ Palmiro Togliatti: *Partito nuovo*. Beitrag in: *Rinascita*. 4/1944, nachgedruckt in: Palmiro Togliatti: *Il partito nuovo*. Rom 1964. S. 65.

sung erst bevorstand. »Die Realität besteht darin,« führte Togliatti auf der Org-Konferenz aus, »dass wir Kommunisten in Italien uns – vielleicht als erste unter den Kommunisten Westeuropas – vor einem neuen Problem befinden, das in den vergangenen Jahren niemals vor uns stand, weder in den Jahren der Legalität und noch viel weniger in den harten Jahren der Illegalität und der Verfolgung ... Wir [...] haben die Aufgabe, unter völlig neuen Bedingungen eine kommunistische Partei zu schaffen, die völlig neue Aufgaben hat, verschieden von denen, die in der Vergangenheit vor unserer Partei standen.«²⁶ Die Partei sei, so Togliatti auf der Org-Konferenz in Florenz, eine Massenpartei, »aber zu gleicher Zeit eine Führungskraft [...], die gleichzeitig kämpft und aufbaut, die die Massen nicht nur durch Propaganda und Agitation gewinnt, sondern durch ihre konstruktive Tätigkeit, die in allen Bereichen ihren Ausdruck findet: im Bereich der Regierung, der kommunalen Verwaltung, der Gewerkschaften, der Genossenschaften und in allen Zweigen gesellschaftlicher Aktivität.«²⁷ Immer wieder kam Togliatti auf den Charakter der Partei als einer »neuen Partei« zurück, zumal seitens anderer kommunistischer Parteien – und dies wohl nicht ganz unberechtigt – der Verdacht gehegt wurde, Togliatti weiche von der Leninschen Parteidoktrin ab. Auf der Internationalen Beratung kommunistischer und Arbeiterparteien im November 1957 in Moskau sah er sich in seiner Rede genötigt, sich zu rechtfertigen. Der Begriff *Neue Partei* habe bei anderen Parteien Missverständnisse hervorgerufen. »Weshalb haben wir diese Formulierung gebraucht und nicht die Leninsche von der Partei neuen Typus? Wenn wir das getan hätten, hätten wir, so glaube ich, einen historischen und politischen Fehler begangen. Eine Partei neuen Typus zu schaffen bedeutet, eine kommunistische Partei zu schaffen, mit der Organisation, der Ideologie und den Traditionen der Sozialdemokratie zu brechen. Eine kommunistische Partei haben wir im Jahre 1921 geschaffen, und mehr als zwanzig Jahre haben wir gearbeitet und gekämpft, um sie auf dem Wege des Marxismus-Leninismus voranzubringen. In den ersten drei Jahren wurde die Partei jedoch von einer ultra-sektiererischen Gruppe geleitet. In der Folgezeit, bedingt durch die Situation der Illegalität

26 Palmiro Togliatti: I compiti del partito nella situazione attuale. In: Il partito. Rom 1964. S. 75.

27 Palmiro Togliatti: La nostra lotta per la democrazia e per il socialismo. S. 189.

[...] nahm die Partei einige spezifische Züge der Enge und der Abgeschlossenheit an, Züge des Unvermögens, die eigenen Reihen zu erweitern, die eigenen Verbindungen mit den Massen auszudehnen, um breite legale Massenaktionen usw. durchzuführen. Deshalb haben wir davon gesprochen, dass unsere Partei [...] sich erneuern muss, d. h. sich zahlreiche neue Eigenschaften aneignen muss, die sie zuvor nicht gehabt hatte und die sie in die Lage versetzen mussten, eine Massenpartei zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten wir wahrhaftig unsere Funktionäre umerziehen.«²⁸ Diese Erklärung ersparte Togliatti auf dieser internationalen Konferenz aber nicht den Vorwurf des Revisionismus, und zwar ausgerechnet von Seiten der Französischen KP.

In den Jahren zwischen 1945 und 47 blieb ein für die Stärkung der Linkskräfte und für Fortschritte in Richtung auf Sozialismus als vorrangig angesehenes Problem ungelöst: die angestrebte organisatorische Einheit der Arbeiterparteien, d. h. die Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei. Innerhalb der Sozialistischen Partei²⁹ formierte sich eine Mehrheit, die die Vereinigung mit der IKP ablehnte und darüber hinaus sogar eine Minderheit (um Giuseppe Saragat), die sich überhaupt gegen eine engere Zusammenarbeit mit den Kommunisten wandte. Dennoch gelang es, am 27. Oktober 1946 das zwischen beiden Parteien bestehende Einheitsabkommen zu erneuern. Es war sehr umfassend und beinhaltete die gemeinsamen unmittelbaren Aufgaben für die Gestaltung Nachkriegsitaliens und die Formen und Ebenen der Zusammenarbeit der Parteien. Auf die Erringung der Macht und die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft in Italien wurde im Abkommen nicht orientiert, obwohl beide Partei dies als ihr perspektivisches Ziel ansahen.

Zu den Ergebnissen des nationalen Befreiungskampfes

Welche positiven Resultate dieses demokratischen Umbruchs lassen sich nennen? Das faschistische Regime wurde liquidiert, die deut-

²⁸ Palmiro Togliatti: Sugli orientamenti politici del nostro partito. In: Togliatti: Problemi del movimento operaio internazionale. 1956–1961. Rom 1962. S. 258ff.

²⁹ Die Partei nannte sich damals Partito socialista di unità proletaria (PSIUP) – Sozialistische Partei der proletarischen Einheit.

schen Okkupationstruppen wurden besiegt, dem Land wurde eine demokratische, republikanische Perspektive eröffnet. Dies geschah unter aktiver Beteiligung der Italiener selbst. Ihr Eigenbeitrag zur Befreiung vom Faschismus war beträchtlich, die erbrachten Opfer sehr groß. Die Linkskräfte hatten im politischen Leben Italiens ein beträchtliches Gewicht erlangt, was ihnen ermöglichte, zwei wesentliche Ziele der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung durchzusetzen. Am 2. Juni 1946 fanden das Referendum über die Monarchie sowie die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Mit 54,69 % der Stimmen wurde die Monarchie abgeschafft. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung erhielt die IKP 19 Prozent, die Sozialistische Partei 20,7 Prozent und die Christlich-Demokratische Partei 35,2 Prozent. Die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Christlichen Demokratie war bereits unverkennbar.

Immerhin wurde ein führender Kommunist, Umberto Terracini, Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung. Nach langwieriger intensiver Arbeit wurde eine Verfassung vorgelegt, die am 1. Januar 1948 in Kraft trat. Eines ihrer Wesenszüge bestand darin, dass sie nicht nur die vollzogenen Veränderungen fixierte, sondern zugleich einen programmatischen, das heißt auf weitere demokratische Veränderungen gerichteten Charakter besaß. Dies war das Ergebnis linker Einflussnahme. Terracini schätzte ein, dass für eine bürgerlich-demokratische Verfassung als die weitest gehenden jene Artikel zu nennen seien, die, »wenn auch vorsichtig, eine neue Gesellschaftskonzeption über das Eigentum« und die sozialen Verhältnisse zum Inhalt haben.⁵⁰ Alle Hindernisse und Beschränkungen für Freiheit und Gleichheit der Bürger seien abzuschaffen; die öffentliche Einflussnahme auf das wirtschaftliche Leben zum Wohle der Gesellschaft soll durchgesetzt werden; aus Gründen des allgemeinen Interesses könne das Privateigentum gegen Entschädigung enteignet werden; der Arbeiterschaft wurde das Recht auf Mitbestimmung eingeräumt, d. h. an der Führung der Betriebe entsprechend den sozialen und Produktionserfordernissen mitzuarbeiten usw.

Was den programmatischen Charakter der italienischen Verfassung anbelangte, sprach Togliatti von einigen zum Staatsgesetz geworde-

⁵⁰ Umberto Terracini: *La Costituzione italiana e il socialismo*. In: *Trenta anni di vita e lotte del PCI*. Quaderni di Rinascita 2. [o. J.] S. 216.

nen Grundprinzipien, die »eine Umgestaltung der alten politischen und wirtschaftlichen Ordnung Italiens verlangten und einen Entwicklungsweg aufzeigten, der in Richtung des Sozialismus führt.«⁵¹

Als ein bedeutsames nachwirkendes Ergebnis des gemeinsamen Widerstands- und Befreiungskampfes hatte sich der sogenannte Verfassungsbogen der demokratischen, antifaschistischen Parteien gebildet, die bis zu den 80er Jahren dem Antifaschismus verpflichtet geblieben waren. Seit den 80er Jahren jedoch vollzog sich eine zuvor kaum vorstellbare Zersetzung der traditionellen Parteien – namentlich der Christlich-Demokratischen, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei – mit der Konsequenz, das auch der antifaschistische Verfassungsbogen zerbrach und eine Rechtskoalition zwischen der Forza d'Italia Berlusconi, der Neofaschistischen Partei und der Lega Nord eine parlamentarische und Regierungsmehrheit erlangte.

Die Nachkriegsentwicklung bis zur konservativen Wende von 1947

Ohne hier auf Einzelheiten der weiteren politischen Entwicklung Italiens einzugehen, sei lediglich vermerkt, dass die IKP im engen Bündnis mit der Sozialistischen Partei nach der Befreiung vom Faschismus nach realen Möglichkeiten eines zum Sozialismus führenden Transformationsprozesses suchte. Sie orientierte hierfür, wie schon dargelegt, auf die Durchführung von Strukturreformen, deren Hauptinhalt in der (demokratischen) Veränderung der Macht und Eigentumsverhältnisse, in der demokratischen Kontrolle und Planung der Wirtschaft, in der Schaffung von Bedingungen für soziale Gerechtigkeit usw. bestand.

Gewisse Chancen einer entsprechenden weiteren Veränderung des hierzu erforderlichen Kräfteverhältnisses im Lande boten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 im Zusammenhang mit der Regierung unter Ferruccio Parri als Vertreter der Aktionspartei, ehemals Vorsitzender der Komitees der Nationalen Befreiung Oberitaliens, und dem von Pietro Nenni, Führer der Sozialistischen Partei, proklamierten »Vento del Nord«. Autorität und Einfluss der Partisanenbewegung Norditaliens sowie der linken Kräfte in den norditalienischen Befreiungs-

51 Palmiro Togliatti: Il Partito comunista italiano. Rom 1961. S. 102ff.

komitees sollten genutzt werden, um der Regierungspolitik in Rom eine neue Orientierung zu geben. Diese Bestrebungen scheiterten am bestehenden Kräfteverhältnis zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen antifaschistischen Parteien. Auch die Kommunisten entzogen diesen Bestrebungen ihre Unterstützung, weil sie sich keinen Erfolg davon versprachen und deshalb nicht bereit waren, die noch bestehende Einheit der antifaschistischen Kräfte durch revolutionären Maximalismus aufs Spiel zu setzen.

Man kann darüber streiten, ob tatsächlich zwischen einer Linie der sozialistischen Revolution und einer Linie der Einheit des Antifaschismus zu entscheiden war, wie es die Sozialistische Partei formulierte, selbst wenn man bedenkt, dass die wohlbehütete und mit Kompromissen aufrechterhaltene antifaschistische Koalition schließlich doch zerbrach und die Linkskräfte zurückgedrängt wurden. Es ist bekannt, dass die Partisaneneinheiten bald auf Betreiben der alliierten Besatzungstruppen entwaffnet und aufgelöst wurden. Eine Mobilisierung der noch verfügbaren Kräfte zum bewaffneten Widerstand lehnte die IKP dennoch entschieden ab, weil dieser als aussichtslos und selbstzerstörerisch eingeschätzt wurde. Diese Entscheidung lässt sich nur aus der konkreten Situation heraus und nicht vom abstrakten Standpunkt einer Revolutionstheorie beurteilen.

Hinzu kam erschwerend, dass in Italien wie in anderen Ländern mit dem beginnenden kalten Krieg die linken Kräfte gespalten wurden. Es zerschlug sich nicht nur der Plan, eine Einheitspartei der Arbeiterbewegung aus Kommunisten und Sozialisten zu bilden, denn im Zuge des wachsenden Antikommunismus traten die »Autonomen« mit Giuseppe Saragat an der Spitze auf dem XXV. Parteitag im Januar 1947 aus der Sozialistischen Partei aus, um über Zwischenschritten eine Sozialdemokratische Partei zu konstituieren. Und bis zum Jahre 1948 löste sich aus dem 1944 gegründeten einheitlichen Gewerkschaftsbund CGIL die katholische und die sozialdemokratische Strömung heraus, die eigene Gewerkschaftsverbände bildeten.

Schließlich wurden die Kommunisten und Sozialisten nach einer Reise des christlich-demokratischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi in die USA und einer versprochenen amerikanischen Finanzhilfe im März 1947 aus der Regierung verdrängt. Es entfaltete sich im Lande eine Welle von wütendem Antikommunismus mit dem – völlig unberechtigten – Vorwurf, die Kommunisten würden einen Staats-

streich vorbereitet haben. Den Chancen und Möglichkeiten einer demokratisch-sozialistischen Alternative war damit Anfang 1947 der Boden entzogen. Die großbürgerliche Zeitung *Corriere della sera* bemerkte, dass die USA De Gasperi im Nacken sitzen würden, doch dass es mit der Krise der Sozialistischen Partei möglich geworden wäre, sich vom Einfluss der Kommunisten zu befreien.⁵²

Am 15. Mai 1947 demissionierte die Regierung De Gasperi. Die neue von ihm gebildete Regierung kam ohne kommunistischer Beteiligung mit Unterstützung der Liberalen und der Sozialdemokraten Saragats zustande, die mit ihrem Frontenwechsel wesentlich zur Kräftepolarisierung im Sinne des kalten Krieges beitrugen. Für die Verschiebung der Kräftekonstellation zuungunsten der Linkskräfte und für den Bruch der antifaschistischen Regierungskoalition in Italien waren ohne Zweifel die Veränderungen der internationalen Situation und deren Rückwirkung auf Italien ausschlaggebend.

Die Frage, ob eine andere, eine ohne Rücksicht auf die veränderten internationalen Bedingungen und auf den Bestand der breiten antifaschistischen Einheit betriebene revolutionäre Strategie überhaupt Erfolgchancen gehabt hätte, erscheint im Rückblick fast überflüssig. Togliatti bezog sich zwecks Rechtfertigung seiner Linie in diesem Zusammenhang wiederholt auf das griechische Beispiel, das er negativ bewertete, weil dort der Kampf um Sozialismus ungeachtet der unzureichenden Bedingungen und realen Kräfteverhältnisse fortgeführt wurde und mit einer Niederlage enden musste. Er meinte, Italien hätte im Fall eines bewaffneten Kampfes der pro-sozialistischen Kräfte um die Macht das gleiche Schicksal erlitten.

Ohne Zweifel war der Ausschluss der kommunistischen und sozialistischen Minister aus der Regierung De Gasperi eine Niederlage; und ohne Zweifel hätten die Arbeiterparteien offensiver reagieren können. Aber mit einem Staatsstreik, mit einem Kampf um die Macht zu antworten, wäre abenteuerlich und selbstmörderisch gewesen. Es wäre zu einem internationalisierten Bürgerkrieg gekommen, den die Arbeiterbewegung verloren hätte. In Frankreich vollzog sich bekanntlich Ähnliches wie in Italien, wenngleich die Lage dort etwas anders war. Das Verhalten der Französischen Kommunistischen Partei ähnelte dem der Italienischen.

52 Siehe Ceasre Pillon: *I comunisti nelle storia d'Italia*. Rom o. J. Bd. II. S. 954.

Gescheitert war die Möglichkeit einer Transformation der italienischen Gesellschaft in Richtung auf den Sozialismus. Doch lässt sich daraus nicht folgern, dass damit auch die strategische Konzeption gescheitert wäre, die dieser Politik zugrunde lag.

Ein betrübliches internationales Nachspiel für die IKP

Strategie und Verhalten der beiden großen kommunistischen Parteien, der italienischen und der französischen, wurden überraschender- und bezeichnenderweise auf der Gründungstagung des Kommunistischen Informationsbüros im September 1947 in Polen Gegenstand heftiger Kritik. Es wird berichtet, dass Togliatti, der nicht mit nach Polen zur Gründungstagung fuhr, den Delegierten der IKP, Luigi Longo und Eugenio Reale, wohl ahnend, was da kommen könnte, den Rat gegeben habe: »Falls man uns der Vorwurf machen wird, dass wir nicht verstanden hätten, die Macht zu ergreifen oder dass wir zugelassen haben, uns aus der Regierung zu jagen, so sagt ihnen, dass wir Italien nicht in ein zweites Griechenland verwandeln wollten. Und dies ist nicht nur in unserem Interesse, sondern auch in dem der Sowjets selbst.«⁵³ Togliattis Vorahnung traf ein.

Es war der bereits erwähnte Edvard Kardelj als Leiter der jugoslawischen Delegation, der den beiden Parteien, vor allem aber der Partei Togliattis, in sehr aggressiver Weise parlamentarische Illusionen, Opportunismus, unzulässige Zusammenarbeit mit Kräften der Bourgeoisie, Verzicht auf die Machtergreifung durch einen Aufstand (wie beispielsweise in Jugoslawien), eine ungenügende Orientierung auf die Sowjetunion usw. vorwarf. Den Hinweis auf das griechische Dilemma habe er ironisch mit der Bemerkung zurückgewiesen, dort sei die Situation aus der Sicht der Kommunisten viel besser als in Italien und Frankreich. So der Bericht eines Teilnehmers der Tagung.⁵⁴ Also noch kurz vor dem Bruch mit Moskau artikulierten sich die jugoslawischen Kommunisten als äußerst orthodox, dogmatisch und sektiererisch.

Man hat wiederholt vermutet und behauptet, hinter den Angriffen Kardeljs habe die KPdSU, habe Stalin gestanden. Dies ruft Bedenken

⁵³ Aldo Agosti: Palmiro Togliatti. S. 346

⁵⁴ Siehe Eugenio Reale: *Nascita del Cominform*. Mailand 1958. S. 39f.

hervor, obwohl es in Anbetracht des teils voluntaristischen, teils erzwungenen Kurswechsels Stalins im beginnenden kalten Krieg, seiner entschiedenen Absage an die Konzeptionen von den nationalen Wegen zum Sozialismus nicht ausgeschlossen werden kann. Togliatti hatte sich, wie schon dargelegt, vor seiner Rückkehr nach Italien mit Stalin beraten und die Linie mit ihm abgestimmt. Dabei ging es wohl nicht nur um die Berücksichtigung sowjetischer außenpolitischer Interessen durch die IKP, sondern offenbar auch um Entscheidungen, die sich aus der realen Lage und den realen Möglichkeiten kommunistischer Politik in Italien aufdrängten. Es dürfte Stalin klar gewesen sein, dass mit dem kalten Krieg und der Spaltung der Welt in zwei machtpolitische Lager die italienischen und französischen Kommunisten im anderen Lager wirken mussten, und zwar ohne eine absehbare Aussicht, aus diesem Lager ausbrechen zu können. Es wäre für Stalin ein gefährliches Abenteuer gewesen, anstatt Realpolitik Revolutionsexport zu betreiben. Es ist auch bekannt, dass Stalin sich gegenüber dem Kampf von EAM und ELAS um die Macht in Griechenland, der ja 1947 noch immer im Gange war, distanziert verhielt, während dieser Kampf die uneingeschränkte Unterstützung Jugoslawiens besaß.

* * *

Die Politik und Strategie der IKP stießen 1947–48 an die Grenzen der realen Bedingungen und Möglichkeiten, die sie zurecht in Rechnung stellte. Die Polarisierung der Kräfte besaß eine internationale Dimension, die den politischen Kräften in beiden sich formierenden Lagern de facto absolute Entscheidungen aufzwingen, die beiderseits – zu Recht oder zu Unrecht – als existentiell betrachtet wurden.

Auf keiner Seite der Frontlinie des kalten Krieges schien es nunmehr den politischen Kräfte möglich, die Front zu wechseln. Die IKP wie auch andere Parteien waren im kalten Krieg aufgrund der herrschenden Blocklogik dazu verurteilt, ihren Kampf im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft mit mehr oder weniger Erfolg zu führen. Doch gerade unter diesen Bedingungen ist es der IKP gelungen, ihre Stärke weitestgehend zu erhalten, an ihren strategischen Prinzipien und Orientierungen festzuhalten und mit beachtlichem Erfolg Einfluss auf die italienische Entwicklung der Nachkriegsjahre zu nehmen.

Autorenverzeichnis

Dr. Günter Agde

Finckensteinallee 11
12205 Berlin

Dr. Simone Barck

Große Hamburger Str. 51
10115 Berlin

Prof. Günter Benser

Baikalstr. 15
10319 Berlin

Dr. Gerd Dietrich

Albertstr. 44
15370 Petershagen

Prof. Stefan Doernberg

Erich-Kurz-Str. 9
10319 Berlin

Prof. Karl-Heinz Gräfe

Bergerschachtweg 6
01705 Freital

Prof. Jürgen Hofmann

Blumenthalstr. 4
12103 Berlin

Prof. Ernstgert Kalbe

Paul-Grüner-Str. 68
04107 Leipzig

Prof. Klaus Kinner

Lampestr. 12

04107 Leipzig

Prof. Harald Neubert

Elsa-Brändström-Str. 18

13189 Berlin